Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 311 7. DEZEMBER 1979 2,50 DM incl. 6,5 % MWSt. D 1870 CX



„Die wechselseitige Dekkung von Polizeibeamten ist die unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren der Polizei"

SOZIALARBEITER GESUCHT

Moers
29. November

Das selbstverwaltete Jugendzentrum Utfort sucht dringend einen Sozialarbeiter/pädagogen zum Anfang nächsten Jahres. Wer Interesse hat, melde sich unter folgender Adresse:

Jugendzentrum Utfort
Albert-Altwicker-Str.
413 Moers 1
Tel. (ab 16 Uhr): 0 28 41/ 4 68 19

Wetzlar - Männerplenum

Mit mehreren Limousinen erschienen die Herren in ihren elegant sitzenden Anzügen mit den nicht mehr wegzudenkenden Aktenkoffern und verbrachten den Abend in zähen Auseinandersetzungen um die Zukunft der deutschen Männer. Erst beim Herrenabend fühlte man sich wieder so richtig wohl.

Am letzten Oktober-Wochenende fand bei Wetzlar das 2. Plenum von Männergruppen statt. Wir haben wieder ein Wochenende zusammen gelebt um uns kennen zu lernen und Vertrauen herzustellen. Das geht vielleicht nicht ganz so, wie es innerhalb von Männergruppen gelingt, aber auch bei einem regionalen Plenum wollen wir HERRSCHAFT weglassen. Ziel war wiederum nicht, mit vielen „Delegierten" „Beschlüsse" und „Grundsatzerklärungen" zu „erarbeiten" sondern den Rahmen für gemeinsames zu erkunden bzw. auszudehnen. Diesmal waren 13 Männer aus 5 Gruppen da. (Und ein ganz schamloser Hund). Nach einer zwanglos abgelaufenen Runde kurzer Selbstdarstellung reihum, wobei auch jeder was über seine Gruppe sagte, ergaben sich Themen von selbst. Die Offenheit und damit auch die Behaglichkeit in diesem Kreis bisher nicht miteinander bekannter Männer war fühlbar. Am Ende lief sogar noch ein Gespräch übers Wichsen. Wo kann Mann sonst sowas finden? Nächtlicher Rundgang, dann ein fast einstündiges Experiment mit Rhythmuszupfen-trommeln-tingeln-tackern. Wir fühlten uns wohl miteinander, und wollten erst mal nicht mehr tun.
Am Sonntag dann Gespräche über Zusammenarbeit, alle sich wohlig auf einem trockenen Grashang in der Oktobersonne räkelnd. Zusammenarbeit unter Gruppen, mit Gruppen der Frauen und der Schwulen, Öffentlichkeit, Männerfest, Cafegedanke stirbt nicht aus, Zeitung, Mitmachen bei uns tangierenden Ereignissen wie Rock gegen Rechts. Wir sprachen auch über eine größere Basis für die Herstellung unserer Zeitung „Von Mann zu Mann", deren 3. Nr. schon von zwei Gruppen erstellt wurde, und fanden dabei die Möglichkeit-fast-selbst zu drucken.

Nächstes Männerplenum: Sa/So, d. 15.16.12.79 bei Wetzlar.
Kontakt: Rudi Gerharz, Marburger Str. 9, 6000 Frankfurt, 0611-704529

WANDMALEREIEN

In den letzten Jahren sind die regionalen Bewegungen in Westeuropa immer lauter, munterer und vor allen Dingen bunter und farbiger geworden. Die Wände sind zum Bemalen da. Und wie! Wir wollen dazu eine Broschüre herausgeben, in der neben acht vierfarbigen Postkarten auch die „Künstler" selbst zu Worte kommen werden. Schwerpunkt: Baskenland, Sardinien und Portugal.

Wer Lust, Liebe und Laune hat, in diesem Projekt einzusteigen, melde sich bitte bei: M v. Thiel, 3e Oosterparkstraat 137, NL-Amsterdam, 00 31 20 -659187.

KURZE

INFOMATERIAL GESUCHT

Hofen
30. November

Wir haben es satt! Zu viele Leute hängen einfach auf der Straße und haben nichts zu wohnen. Zu oft sind wir schon verarscht worden von den Vermietern. Deshalb sind wir nun fest entschlossen, uns gegen diese Mißstände energisch zu wehren. Darum schickt uns massenhaft Material zu; zur Wohnraumzerstörung, Erfahrungsberichte von Hausbesetzungen, bzw. überhaupt alles was dazu gehört. Bitte schickt es an

Alex Grasseck, Schulbrunnenstr. 56
7124 Hofen

Köllner Schwarze Hilfe koordiniert Weihnachtspakete in den Knast

Gefangene, die kein Paket zu Weihnachten bekommen und Leute, die nem Knacki eins machen wollen, können sich melden bei:

Schwarze Hilfe Köln c/o Edith Zedler
Holweider Str. 128, 5000 Köln 80

KURZE

KNAST–WEIHNACHTSPAKETE

Frankfurt
5. Dezember

Am Mittwoch, 12.12. findet in der Batschkapp ab 20 Uhr ein Fest statt.
Die Einnahmen sind für das "Hilde-Pohl-Spendenkonto", von dem bisher Zeitungsabos, Arztbesuche, Kleidung und vieles andere mehr für Gefangene bezahlt wurde. Das Konto ist LEER! Deshalb ist auch kein Geld für Weihnachtspakete da, das muß sich ändern!
Es spielen: Avarall Dalton Band, Krach, Mobiles Einsatzorchester und die sagenumwobenen Rollenden Schweine sowie andere namhafte Künstler auf. Außerdem gibt's: Gaumenfreuden, Champagnerersatz und eine Riesen-Tombola! Der Eintritt kostet 5 DM und enthält ein Los.



St. Wendel – Treffen von Stotterer-selbsthilfegruppen

Vom 16. bis 18. November trafen sich ungefähr zwanzig Stottererselbsthilfegruppen aus der ganzen BRD in St. Wendel im Saarland. Es wurde die Bundesvereinigung Stottererselbsthilfe gegründet, deren Vorsitzende Rainer Nonnenberg, Köln; Susanne Oehler, Köln und Elisabeth Bahlmann, München wurden.
Die Stotterer, die zum Teil bereits langwierige Therapien ohne Erfolg, dafür mit umso mehr Kosten hinter sich gebracht haben, wollen sich jetzt in den Selbsthilfegruppen gegenseitig helfen, ihre Sprechhemmung zu überwinden.

Wer sich für die Mitarbeit in solchen Gruppen interessiert, kann sich an die Anschrift der Stotterer-Zeitschrift wenden:

Der Kieselstein
Helmut Hergenröther
Blücherstr. 12
6050 Offenbach

Hamburg – Bambule-Kalender 1980

Zum Thema Heimrealität von Jugendlichen und ihren Widerstand dagegen haben Hamburger einen Bildkalender herausgegeben Sie schreiben dazu:

Gewalt produziert Gegengewalt, Druck Gegendruck. Die Formen von Widerstand, die in Heimen praktiziert werden, entwickeln sich immer nur spontan und planlos, unorganisiert, als Aufstand, Widerstand, Rabats, als BAMBULE.

Durch die Zusammenstellung von Bildern und Zitaten von Heimjugendlichen soll etwas von dieser alltäglichen Rebellion in unserem Wohnheim für junge Frauen (17-21) gezeigt werden.

Nach 1-3 Jahren Sozialarbeit im Heim sind wir der Auffassung, daß der Versorgungs- und Verwaltungsbetrieb den Jugendlichen kaum eine Chance zur Emanzipation läßt. Wir bereiten deshalb die Gründung von Wohngemeinschaften vor. Der Überschuß aus dem Verkauf des Kalenders soll für diesen Zweck verwendet werden.

Wenn Ihr Kalender bestellen wollt, zahlt bitte auf das Postscheckkonto

Angelika Wiesmann
Sonderkonto-Kalender
Postscheckamt Hamburg
Nr. 3603 20-208

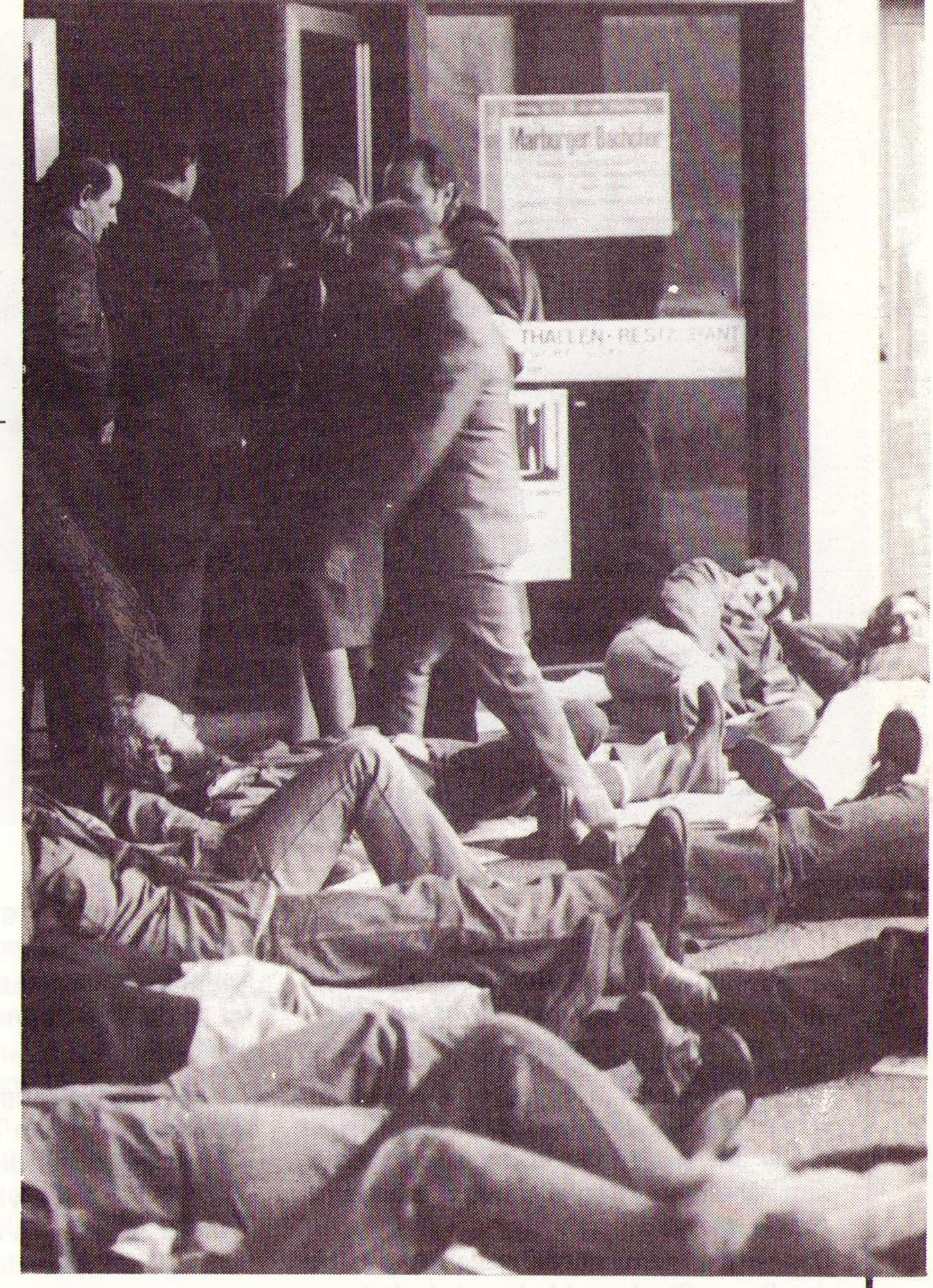
DM 8,--/Stück ein. Die Vorauszahlung gilt als Bestellung. Wir schicken Euch die Kalender dann so schnell wie möglich zu. Der Buchhandel erhält den üblichen Rabatt.

Kontaktadressen:

Peter Dammann, Erikastr. 146,
2000 Hamburg 20

Angelika Wiesmann
Greflinger Str. 2
2000 Hamburg 60

Umwelt



SPD–PARTEITAG GEHT ÜBER LEICHEN

Marburg
24. November

Am 17. November fand vor dem SPD-Landesparteitag in Marburg eine Aktion von Atomkraftgegner statt. Die örtlichen Zeitungen brachten nichts über diesen Protest. Hier ein Bericht des Gorleben Freundeskreises Marburg:

„Am 17.11.79 legten sich ca. 30 Atomkraftgegner wie Tote vor das Tagungslokal des SPD-Landesparteitages Hessen, um den Passanten und den über sie hinwegsteigenden Delegierten zu zeigen, daß die SPD mit ihrer Atompolitik über Leichen geht. Andere AKW-Gegner erstiegen das Dach der Tagungsstätte, um ihren Protest den Köpfen der SPD-Delegierten auch räumlich näher zu bringen.

Ziel der Aktion war es besonders auf die im Dezember in Berlin auf dem SPD-Bundesparteitag anstehenden energiepolitischen Beschlüsse hinzuweisen, die, trotz ungeklärter Entsorgungsfrage, trotz Harrisburg, trotz der Unfälle auch in deutschen AKWs und trotz anderer Möglichkeiten das Energieproblem in den Griff zu bekommen, eine Aufrechterhaltung des Atomprogramms bringen sollen.

Nach Zeitungsberichten äußerte SPD-Landeschef Börner, daß er für die eventuellen Erkältungen der Demonstranten keine Verantwortung übernehmen könne. Die Atomkraftgegner waren sich einig, daß Börner genausowenig für seine Atompolitik die Verantwortung übernehmen wird."

KONTAKT: Gorleben, Freundeskreis Marburg, c/o Umweltladen, Weidenhäuserstr. 23, 3550 Marburg

KIRCHENBESETZUNG IN WORMS

Worms
26 November

Vom 21. bis 25. November haben Mitglieder von Umweltschutzintiativen aus dem Wormser Raum die Dreifaltigkeitskirche in Worms besetzt. Auslösender Faktor für diese Aktion war die geplante weitere Erhöhung des ATOMAREN Risikos im Atomkraftwerk Biblis durch die Errichtung von Kompaktlagern für abgebrannte Brennelemente und die bevorstehende Genehmigung von Biblis Block C. Gleichzeitig wollten die Besetzer an den Tod des Umweltschützers Hartmut Gründler erinnern, der sich vor zwei Jahren aus Protest gegen die unverantwortliche Atomenergiepolitik der Bundesrepublik verbrannte. Die Veranstaltungen in der Kirche konnten ohne Störungen stattfinden. Nach einem offenen Gespräch mit der Kirchenleitung duldete diese die Besetzung. Wir zitieren aus Presseerklärungen der Besetzer:

Die schon wenige Stunden nach der Besetzung erfolgten Meldungen in Funk und Presse gaben Intention und Verlauf der Besetzer durchaus positiv wieder. Spontane Solidaritätstelegramme ermutigten uns gerade in dieser sehr schwierigen Anfangsphase. Es fand ein reger Gedankenaustausch mit der sich äußerst interessiert zeigenden Bevölkerung statt, die in überraschend großer Zahl den ganzen Tag über die Kirche besuchte. Mit besonderer Freude nahmen wir die praktische Hilfe in Form von warmen Getränken, Decken, belegten Broten und Kuchen entgegen. Mancher Besucher mit zunächst negativer Einstellung ging nach intensiver Diskussion mit Verständnis fort. Presse, Funk und Fernsehen verfolgten die Besetzung der Dreifaltigkeitskirche in Worms mit großem Interesse und berichteten weit über die Landesgrenzen über unser Vorhaben. Damit wurden die Hauptziele unserer Aktion erreicht.

Bewaffneter Zwischenfall

Zu einem Zwischenfall kam es, als mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten in die Kirche eindrangen.

Ein Schwerbeschädigter des letzten Krieges, der sich mit den Besetzern solidarisch erklärte, erhob sich mühsam aus seinem Rollstuhl und wurde von Polizisten mit Spott als „HB-Männchen" bezeichnet.
Den Besetzern drohten die Polizeibeamten mit körperlicher Züchtigung: Zitat: „Fresse polieren"; „Ab ins Arbeitslager"; „Dann steht Ihnen die Nase hinten.".
Diese Aussagen erinnern erschreckend an die Zeit des Faschismus in Deutschland.
Dabei soll jedoch auch erwähnt werden, daß durchaus nicht alle Polizeibeamten diese Meinung vertraten, sondern z.T. zu einem Gespräch mit den Besetzern bereit waren.
Nach der Beendigung der Besetzung erklärten die Beteiligten: Die friedliche Besetzung der Dreifaltigkeitskirche machte uns die ungerechtfertigten Kriminalisierungsversuche anderer friedlicher Umweltschützer drastisch deutlich. Wir fordern deshalb die sofortige Freilassung der inhaftierten AKW-Gegner und die Einstellung aller schwebenden Verfahren.
Wir hoffen, mit diesem Unternehmen der Kirche neue Wege zu Gesprächen mit engagierten Umweltschützern gezeigt zu haben.

PROZESS GEGEN BRIGITTE HEINRICH
Die nächsten Termine sind: 10., 12., 20., 21. Dezember im Landgericht Karlsruhe. Kontakt: AStA Uni Frankfurt, Tel. 0611/777575



Dorf im Winter

Taunus 1. Dezember *Die am 5. Mai begonnene Besetzung des Dammes mitten im Wald zwischen Kelkheim und Königstein im Taunus, auf dem die vierspurige Schnellstraße B8 gebaut werden soll, geht weiter.*

Das erste halbe Jahr der Besetzung liegt hinter uns, der Winter kommt unaufhaltsam näher und veranlaßt uns zu emsiger Arbeit im Dorf.
Die Hütten haben mittlerweile Doppelwände, die mit Stroh und Lehm als Isolationsmaterial ausgefüllt sind, die Feuerstelle ist gemauert, Holzöfen sind angeschlossen. aus dem attraktiven Sommerschlafhaus „Hilton am Damm" ist ein rustikaler Stall gebaut worden, mit neuem, steilerem Dach, damit es unter der Last des Schnees nicht zusammenbricht. (Es gibt außerdem eine große Rundhütte mit großer Feuerstelle, eine Schlafhütte, eine helle Werkstatt, der Stall - alles aus dünnen Baumstämmen, Ästen, Stroh und Lehm gebaut. Ein Schwitzhäuschen, auch aus Ästen und Lehm, ist schon halb fertig. Und wenn jemand in den letzten Monaten nicht draußen gewesen ist, wie wir, kann Augen machen, wie gut winterfest alles gemacht wurde. Anm. der Red.).
Was uns im Augenblick noch fehlt, sind Riesenvorräte an Holz, die wir unbedingt brauchen, um die Besetzung den langen Winter über aufrechterhalten zu können.

Die Besetzergruppe wächst mit der Überwindung gemeinsamer Schwierigkeiten immer besser zusammen, die Atmosphäre im Rundhaus ist familiärer geworden, die Kommunikation wird intensiver. Der erste Frost hat mehr Solidarität geschaffen...

Die Behörden haben ihre Taktik uns gegenüber ändern müssen, nachdem sie einsahen, daß die Bevölkerung die Aktion mit wachsendem Interesse verfolgt und eine gewaltsame Räumung des gewaltlosen Naturdorfes zu Protestaktionen in der Bevölkerung geführt hätte.

(Z.B. ein Spaziergänger hat die Dammbesetzer sogar für den Theodor-Heuß-Preis vorgeschlagen, für die Leute gesucht werden, die mit viel Civilcourage sich uneigennütz zum Wohle anderer eingesetzt haben. Zur Preisverleihung kommt dann Walter Scheel auf den Damm.)

Deshalb versuchen sie jetzt uns leerlaufen zu lassen, indem sie uns mehr oder weniger totschweigen, den Baubeginn von 1980 auf 1983! verschieben, in der Annahme, daß wir bis dahin längst nicht mehr durchhalten. Vermutlich können sie sich auch nicht vorstellen, in den Holzhütten, ohne „Atomstrom" den Winter zu überstehen.

Zu dem Bau der B8 fehlte im Frühjahr eigentlich nur die Unterschrift des Regierungspräsidenten, sie sollte in diesem Herbst erfolgen. Erst die spektakuläre Dammbesetzung hat die Diskussion über die B8 ins Rollen gebracht. Plötzlich war die SPD nur noch für zwei Spuren, die Jusos ganz dagegen, bei der FDP ist man von für sofortige Räumung des besetzten Dammes bis zur totalen Verhinderung der Straße, und selbst die CDU macht zur B8 öffentliche Veranstaltungen.

Politisch gesehen war die Aktion bisher erfolgreicher, als wir zu hoffen wagten. Zunächst einmal wurde sie innerhalb kurzer Zeit national bekannt gemacht in den Medien, was zur Folge hatte, daß gerade aus der nahen Umgebung viele Menschen zu uns kamen, um sich in der Natur von Mensch zu Mensch über verkehrspolitische Fragen bzw. über Fragen politischen Bewußtseins zu unterhalten. Dabei wurden auch viele Vorurteile abgebaut, da die Erwachsenen (die Besetzer sind meist Jugendliche. Anm. der Red.) einsehen mußten, daß wir u.a. langhaarige junge Leute sind, die sich nicht dem 8-Stunden-Tag beugen wollen und die die Konsumgesellschaft ablehnen und dennoch keine verlausten Verrückten sind, sondern engagierte idealistische Jugendliche, die gewaltlos und phantasievoll über Verkehrsprobleme informieren wollen. Gerade die Tatsache, daß wir auch den Winter über weiterinformieren wollen, persönliche Belange zurückstellen müssen, bringt uns die Achtung vieler Erwachsener ein und macht uns glaubwürdiger.....

Aber nicht nur das, der Damm ist mit der Zeit auch zum Kommunikationszentrum geworden. Es entstand aus der Notwendigkeit ungezwungen miteinander kommunizieren zu können, ohne permanent konsumieren zu müssen, wie es sonst überall im Taunus der Fall ist.

Allerdings klafft der Anspruch des Kommunikationszentrums mit seiner Realität weit auseinander. Wir sind bei der Fülle der Alltagsprobleme und nicht zu vergessen, der persönlichen Schwierigkeiten jeden Dammbesetzers noch nicht in der Lage, auf jeden Gast einzugehen, uns mit ihm zu unterhalten und ihn möglichst in die Gruppe zu integrieren. So haben wir viele, viele liebe Leute wieder traurig weggehen sehen, die von dem geschaffenen Freiraum am Damm bitter enttäuscht waren. Zu überlegen sei dabei aber auch, was jeder einzelne Besucher dafür getan hat, Kontakt zu der Gruppe zu bekommen, denn die Besetzer haben genau wie die Besucher mit ihrer

menschlichen Verschlossenheit zu kämpfen. Und sich menschlich zu öffnen ist eine Sache, die wir alle erst erlernen müssen.... und dabei stehen wir alle erst am Anfang.

Also, zieht nicht frustriert von dannen, sondern stellt euch unserem und eurem Problem, denn gemeinsam läßt es sich besser bewältigen. Und wir sind von eurer Unterstützung abhängig, genauso wie ihr von unserer....

Es gibt noch über ein tragisches Unglück zu erzählen. Es kam für uns aus den eigenen Reihen: Kurt Jarinski, der Ziegenbock Hauptverantwortlicher und von der Polizei meistgesuchter Besetzer, ist tot. Mehrere Hunde, die zu Spaziergängern gehörten, fielen gleichzeitig über den angebundenen Kurt her und verletzten ihn so schwer, daß er zwei Wochen später notgeschlachtet werden mußte. Kurt wird zwar unersetzbar bleiben, dennoch suchen wir dringend einen Ersatzziegenbock. Zur Zeit leben im neuen Stall drei Zwergziegen, Hasen und Ponys, für weitere robuste Tiere wäre aber noch Platz (Die Besetzer haben nicht nur vor, noch mehr Tiere anzuschaffen, sie sind sogar dabei, Ackerland und einen Garten anzulegen. Sie haben ein Stück brachliegendes Feld von Gebüsch und alten Bäumen befreit und die vernachlässigten Obstbäume freigelegt. Augenzeugen: die ID-Redaktion persönlich. Und sie würden ein richtiges Ökodorf hier auf dem Damm aufbauen, mit Volkshochschule, Windmühle usw., da sie meinen, die Bevölkerung hat ein großes Interesse an der alternativen Technologie...)


Das wird das Schwitzhäuschen

Zu hoffen sei noch, daß die Besetzung gegen den Straßenbau nicht die einzige im Lande bleibt, denn außer den 8,5 km im Taunus haben die Minister in Bonn noch vor, weitere 8000 Autobahnkilometer zu bauen; d.h. daß das im Augenblick bestehende Autobahnnetz in den nächsten 50 Jahren verdoppelt werden soll. Und muß die Natur sterben, damit der Asphalt Platz hat?

Es grüßen die Leute vom Damm.
Und noch ein Spendenkonto für die Winterausgaben:
Volksbank Kelkheim-Münster
Nr. 3005 35 945 (Albi Kündiger)
Sonstiger Kontakt: E. Groth, tel.: 06174/7140

Hier fällt die Axt

"DER BUNDSCHUH MÜSSE EINEN FORTGANG HABEN"

Schwabhausen
5. Dezember

Am Samstag fand in Schwabhausen die erste Mitgliederversammlung der Bundschuhgenossenschaft statt. Im Widerstand gegen die Teststrecke von Daimler - Benz haben sich mittlerweile 760 Leute in der land- und forstwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft zusammengeschlossen. Um den Bundschuh zu stärken, wurde beschlossen, daß sich Freundeskreise bilden, die informieren und aktiv den Bundschuh unterstützen, um so eine breitere Öffentlichkeit zu schaffen und die direkt Betroffenen ein wenig zu entlasten.
Außerdem wurde, da früher oder später mit anfallenden Prozeßkosten zu rechnen ist, ein Rechtshilfe-Konto eingerichtet.

Zur Gründung des Freundeskreises treffen wir uns am Freitag, 14. Dezember 79, im Umweltladen Ffm, Höhenstr. 32

„LE CUN" IN GORLEBEN?

Berlin, 15.November 79

Gewaltfreie Gruppen haben im ID Nr. 301 zur Gründung einer „Begenungsstätte für Gewaltfreie Aktion" im Kreis Lüchow-Dannenberg ausgerufen. Vorbild soll „Le Cun du Larzac" in Okzitanien sein.

Volker Tonnätt vom Larzac-Freundeskreis Hamburg hat daraufhin im ID Nr. 303 „Le Cun" „kein ermutigendes Beispiel" genannt. Auf diese „kritischen Anmerkungen" antwortet Theodor Ebert aus Berlin.

Wer braucht eine „Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion" im Landkreis Lüchow-Dannenberg?

Im ID 303 behauptet Volker Tönnätt, daß es im Raum Lüchow-Dannenverg „reichlich Räume und Häuser gäbe, in denen jederzeit Seminare, Konferenzen und Versammlungen durchgeführt werden können." Das ist eine zumindest unzulängliche Information. Man findet in der unmittelbaren Nähe von Gorleben eine Reihe betroffener Gastwirte, die ihre Nebenräume auch für Versammlungen und Konferenzen zur Verfügung stellen. Auch das Zelten wird an verschiedenen Orten gestattet. Kirchengemeinden können für bestimmte Veranstaltungen stundenweise Räume zur Verfügung stellen. Es gibt jedoch keine Tagungsstätte, in die man mit einer Gruppe von etwa 20 Personen kommen und etwa eine Woche lang ein eigenes Programm gestalten könnte bei weitgehender Selbstversorgung in puncto Schlafen und Essen. Gespräche mit der Bürgerinitiative und Pfarrern des Landkreises haben ergeben, daß wir eine solche Tagungsstätte möglichst sofort bräuchten. Es wird sich hier nicht um das Haus „irgendeiner der ideologischen und politischen Richtungen des Widerstandes" handeln, sondern um eine Tagungsstätte, deren Mitarbeiter für das Widerstandskonzept der Bürgerinitiative eintreten, so wie es in den bisherigen Aufrufen zum dezentralen gewaltfreien Widerstand zum Ausdruck gekommen ist. Die Bürgerinitiative Lüchow-Danneberg hat dieses Vorhaben beraten und will es unterstützen. Wenn es uns gelingt, für DM 200 000,- eine Tagungsstätte zu schaffen, und sie mit jährlich 60 000 DM zu unterhalten, dann wäre dies für Kenner der Haushaltspläne von Tagungsstätten ein sehr schöner Erfolg.

Dieser Erfolg kann überhaupt nur zustandekommen, wenn alle Beteiligten Opfer bringen, denn „Gorleben soll leben!"

Die Bemerkungen von Volker Tonnätt zu „Werbung, Referentenhonoraren und Reisekosten" gehören zu den süffisanten Späßchen, mit denen leider immer wieder das Engagement anderer in der Ökologiebewegung in Frage gestellt wird.

Theodor Ebert, Berlin

Soweit ich die Geschichte von „Le Cun" vom Volker kenne, ging es ihm nicht darum, etwas gegen eine Tagungsstätte überhaupt zu sagen. Es ging ihm um die Sonderstellung, die eine Gruppe im Widerstand für sich beanspruchte und darum, daß diese Gruppe sich damit teilweise über die Gepflogenheiten des einheimischen Widerstandes hinwegsetzte. So sei es im Larzac Brauch, Häuser für eigene Zwecke zu besetzen, oder, wenn es sein muß, auch zu bauen, ohne sich um eine Baugenehmigung zu kümmern. Nachdem bei den Bauern die erste Aufregung darüber verflogen war, daß da eine Gruppe unbedingt ihr eigenes Haus machen wollte, wurden sie erst richtig sauer, als diese Gruppe nach der Verweigerung der Baugenehmigung dann auch tatsächlich zögerte, mit dem Bauen weiterzumachen. Erst daraufhin haben die Bauern dann das Haus selbst mit fertiggebaut.

Ich weiß nicht, obs stimmt. So kenne ich die Geschichte vom Volker. Weiteres erzählt er am besten selbst nochmal dazu.

Karl

BÜRGERINITIATIVENTREFFEN IN MÜNSTER

Münster
30. November

Am 15./16. Dezember findet in Münster, KSG, Frauenstr. 5 (Nähe Hindenburgplatz) ein weiteres Arbeitstreffen der Bürgerinitiativen wegen dem geplanten Brennelementzwischenlager in Ahaus statt. Beginn 11 Uhr.

Schwerpunkte der Diskussion sollen sein:

1) Möglichkeiten einer koordinierten Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Ahauser Aktionstage)
2) Weiterarbeit der Freundeskreise in Ahaus
3) Diskussionen über Möglichkeiten eines erfolgreichen praktischen Widerstandes.

Anmeldung (wegen Schlafplätze) und Kontakt:

Michael Sch., Upshoven 10
4405 Nottuln
Tel. 02502/6642

WER BAUT MIT AM AKW GROHNDE ?

Grohnde
November 1979

Die folgende Liste von Firmen, die am AKW Grohnde mitbauen, ging uns leider anonym zu, weshalb wir auch keine Sammelstelle für Informationen über diese Firmen angeben können, wie es die Absender der Liste in ihrem Eingangstext ja selbst vorschlagen. (Warum so ängstlich, zu Aktionen gegen Firmen die am Atomgeschäft beteiligt sind, ruft doch selbst die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg auf.)

Leider sind die Informationen über die einzelnen Firmen ziemlich allgemein gehalten und reichen so nicht aus um wirksame Aktionen gegen die Firmen vorzubereiten, selbst zum Flugblattverteilen an die Mitarbeiter ist es zu unkonkret. Wer also mit dieser Liste arbeiten will, muß vorher zuerst einmal selbst

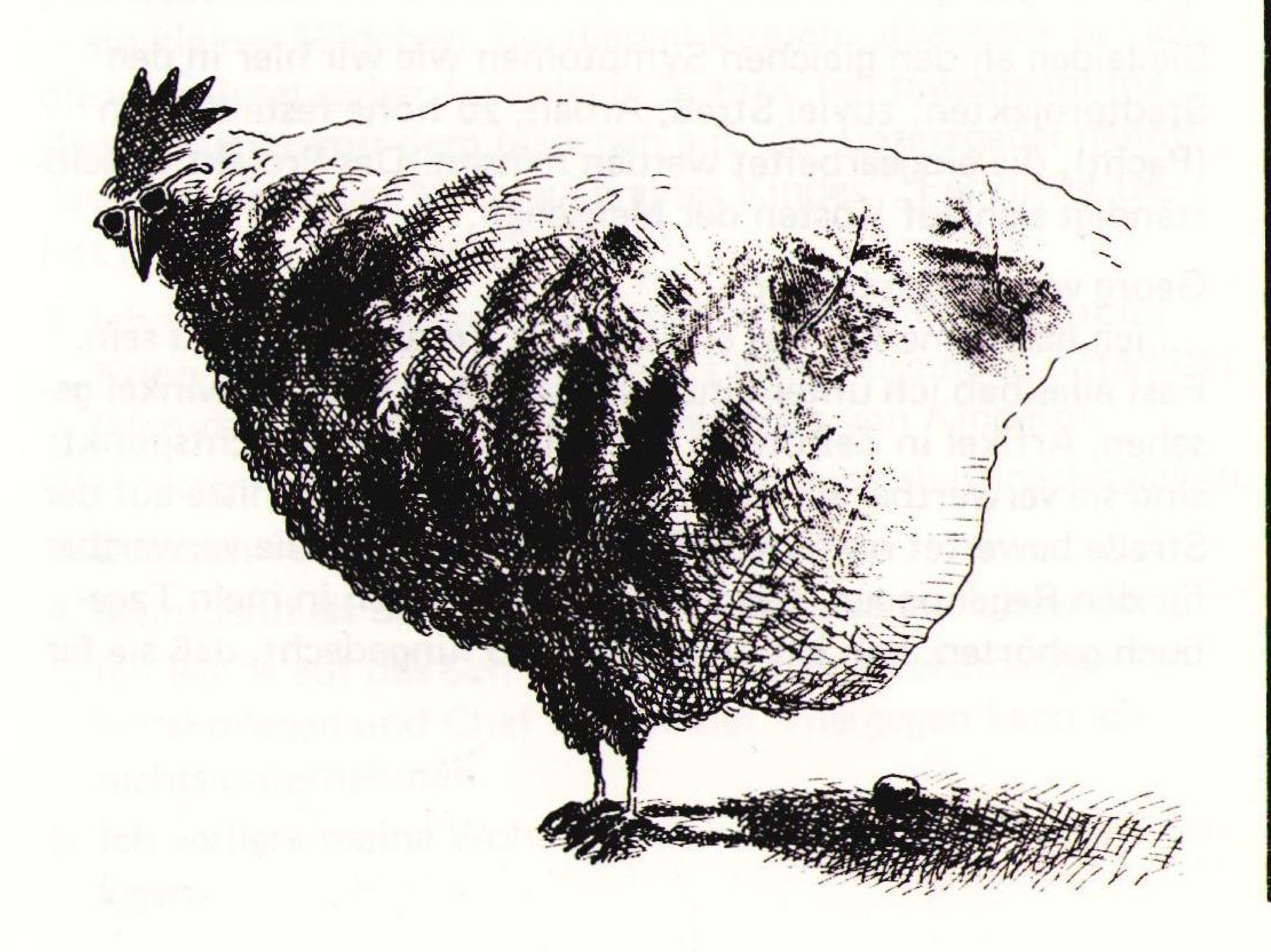
recherchieren. Hinzu kommt, daß diese Liste unseres Wissens mehr als zwei Jahre alt ist, und von der Baubeobachtungsgruppe im Anti-Atom-Dorf angefertigt wurde. Auch deshalb sind neue Recherchen erforderlich. Solange es keine Kontaktadresse für Informationen über diese Unternehmen gibt, werden wir sie im ID veröffentlichen.

In Grohnde wird schon seit geraumer Zeit am AKW weitergebaut (ein Kompaktlager ist zusätzlich in Planung). Jetzt haben einige AKW-Gegner angefangen, eine Liste der Firmen zu machen, die am Bau des AKWs beteiligt sind; d.h. der Firmen, die Geschäfte damit machen, daß sie Teile für AKWs produzieren und verkaufen, bzw. den Transport solcher Teile besorgen. Diese Firmen tragen damit auch Verantwortung für die Zerstörung unserer Lebensbedingungen, nicht nur die Preussen-Elektra als Bauherr.
Jeder ist aufgefordert, diese Liste zu vervollständigen. Wer sich dafür interessiert, kann ja versuchen, herauszubekommen, was konkret die einzelnen Firmen wann und wo genau herstellen, und/oder liefern.

Eine Möglichkeit wäre, vor den beteiligten Firmen Flugblätter zu verteilen, in denen die Leute aufgefordert werden, Informationen rauszurücken.

Es gibt aber auch noch andere Möglichkeiten, was wir mit dieser Liste anfangen können, damit die Firmen nicht ungestört und reibungslos ihren Reibach im Atomgeschäft machen können.

NAME	STANDORT	FUNKTION
Eisenhenke KG	Hameln, Stüvestrasse 42	Eisenhandel
Rieth & Co	7312 Kirchheim/Eck Tel. 07021/45051	Stahlbau/ Elektronik
Hermann Wiedemann	Sarstedt, Am Bocksbergl	Industrie+Haustech.
Herbert Schulte	Bochum-Dahlhausen, Ottostr. 172 Tel. 0234/49941	Apparate + Bohrleitungen
Schenning	Goslar	Fassaden+Fenster
Friedrich Fricke	Coppenbrügge, Bahnhofstr. 41, Tel.05156/239	Heizungen
Emmerthaler Heizungsbau (F.Kriha, Heizungsbaumeister)	Emmerthal, im Mittelfelde 21	Heizungen
SKF Kugellager (Kugellagerfabriken GmbH)	Hannover, Nikolaistr.13 Tel. 0511/12041 Verkaufsbüro	
PPP Flüssiggas Beteiligungs-GmbH + CoKG	Hannover-Altwarmbüchen Hannoversche Straße 30	Techn. Gase
Schenker	Hannover-Messegelände Tel. 0511/861200	Spezial+Schwertransporte, schlüsselfer-
Streif	5450 Neuwied Hannover, Hagenstr. 33 0511/57067	schlüsselfertige Systembauten Schalungsbau
Erich Saal	Kreiensen	Rostschutz
Friedhelm Käse	Emmerthal 05155/7324	Bautechnik
Baustoff Prüftechnik (Abt. Betonbau)	Hameln, Stüvestr. 39 0 151/13033	Baustoffprüfung
Klaus Tiedemann	Erlangen	Bauleiter nach §7, Atomgesetz
Zerna + Klitscher	Hannover, Langenfeldstr.53 0511/523006	Bauing.
Hans Lathwesen	Detmold, Am Ostbahnhof8	Dipl.-Ing.(Planung)
Ewald Spedition	Hameln, Langes Feld 40	Transporte
Spedition Simon	6236 Eschborn, Frankfurter Str. 77	Transporte
Müller Transporte	Emmerthal 1, Mühlenweg52 05155/7196	Transporte
Spedition Krage	Hannover 91, Südfeldstr.100 0511/4498	Transporte
Karl Rumpfkeil	Hameln, Alte Heerstr. 51 05151/12141	Transporte
Kannengießer Spedition	Minden, Pionierstr. 7 0571/34062	Transporte
Gebler Transporte	Hameln, Ohsenerstr. 24	Transporte
Hann.Silo GmbH	Hannover-Musburg, Andertstr. 76	Transport von losem Zement
Karl Rogge (Inh. F. Sander)	Springe, Tivolistr. 10 05041/2513	Sand, Kies,Mörtel Verbundpflaster
Klöckner	Hameln,Wehrbergerstr. 34	Baubedarf
Honig & Co.	Hameln, Fluthhamelstr. 1	Baustoffe , Fliesen
H.R. Bartelt GmbH	Stadthagen 05721/76007	Zementestriche
Ernst Müller Weserkieswerke	Bodenwerder Kemnade 05533/2434 Polle 05535/394	gewaschener und gesiebter Weserkies
W. Beckmann	Hannover, Schulenburger Landstr. 119; 0511/634031	Baumaschinen, Baugeräte, Baueisenwaren
Georg Noell	Würzburg, Schweinfurterstr. 22 0931/22011	macht fast alles
Wayss+Freitag AG	Frankfurt, Neue Mainzerstr. 59 Hannover, Fischerstr. 13 0511/714044	alles ,was mit Bau zu tun hat
Strabag KG (bzw. Bau-AG)	Köln, Siegburgerstr. 241 Empelde-Ronnenberg, Chemnitzerstr. 4; 0511/463026	Tiefbauleitung!!!
Dyckerhoff& Widmann AG	München, Sapporobogen 6 Hannover, Karmarschstr. 30/32 Schmiedesstr. 18; 0511/16121	alles, was mit Bau zu tun hat.!!
EWV (Boden- und Tiefbau GmbH	Büro in Grohnde 05155/7091	
Kessler+Luch KG	Gießen, Rathenaustr. 8 Hannover, Fuhrbergstr.4; 0511/556071	Klima, Lufttechnik
Mannesmann-Druckluft	Frankfurt, Solmstr. 2–26	Förder+Drucklufttechnik
Demag Fördertechnik, Baumaschinen	5802 Wetter (Ruhr) Ruhrstr. 13; Hannover, Tillystr. 2; 3160 Lehrte, Burgdorferstr. 117, 05132/4031	Technik
Stahlwerke Peine Salzgitter AG	Salzgitter/Peine	Rundstahl u.a.
OTB Mörtel		Zementmischer
Neuland Beton		
Masson Spedition	Neuhaus/Gifhorn	
Heidelt Spedition	Berlin	
Containerdienst		z.B. Müllcontainer
Tönsemeyer	Minden	
Krösche	Holzminden	Kranverleih



MORDDROHUNG VON NEONAZIS

Pforzheim 23 November *Die Redakteure der Pforzheimer Stadtzeitung „stadtblatt"* *(Adresse: Herrenstraße 7, 7530 Pforzheim) teilen mit:*

Heute morgen fanden wir im Briefkasten des Stadtblatt-Büros den folgenden Drohbrief der „Neuen Rassistischen Rechten, Gau Enzkreis, Komitee zur Einstellung des STADTBLATTS":

VOLKSVERRÄTER !

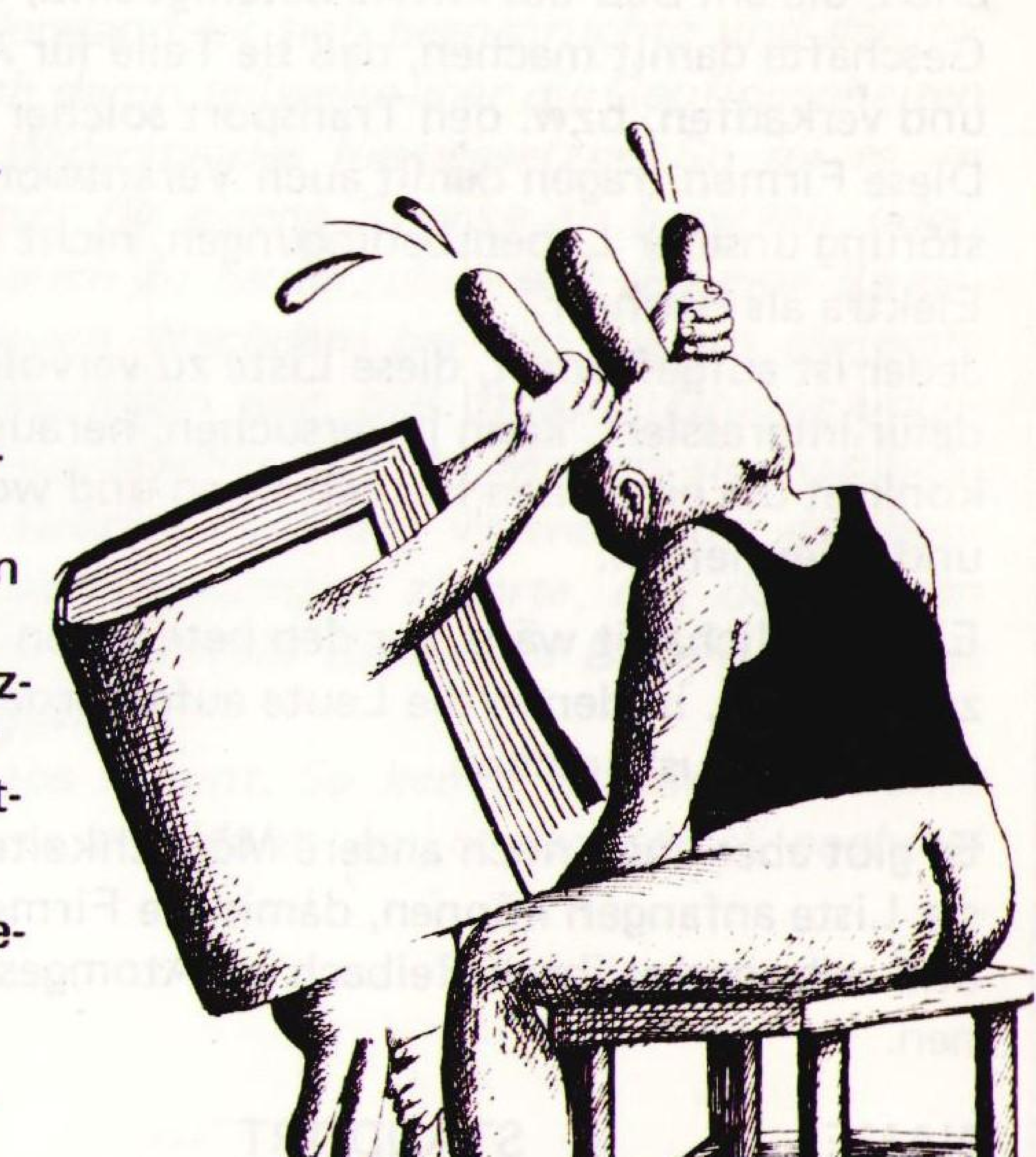
Mit Interesse haben wir eure Reaktionen auf unsere Aktionen, über die Sie sich in Ausgabe 3 Ihres ROTEN BLATTES ausgelassen haben, gelesen. Solche Provokationen und Verunglimpfungen unseres FÜHRERS können und dürfen wir, die wir stolz auf Auschwitz sind, nicht dulden !
Obwohl viele Mitglieder unseres Komitees auf sofortige Liquidation bestanden, haben wir uns zu dieser einmaligen Warnung durchgerungen. Bei Nichteinstellung Ihres Blattes binnen eines Monats sehen wir uns gezwungen, den Forderungen der Mehrheit unserer Mitglieder Folge zu leisten.
TOD den Kommunisten und Sozialisten, TOD dem jüdisch-bolschewistischen UN-TERMENSCHENTUM, TOD allen Niggern und Gastarbeitern.

Mit freundlichen Grüßen DAS KOMITEE
Heil dem Führer !!!

Wir können davon ausgehen, daß es in Pforzheim und im Enzkreis durchaus neo-nazistische Gruppen gibt, die auch schon öfters in Erscheinung traten:

- Grabschändungen auf dem jüdischen Friedhof Königsbach (Sommer 78)
- Anläßlich des 40. Jahrestags der Reichskristallnacht, Beschmierung des Mahnmals für die ehem. jüd. Synagoge
- Anbringung von NSDAP/AO-Aufklebern in der Pforzheimer Innenstadt „Kauf nicht bei Juden!"
- Anläßlich der Ausstrahlung des Fernsehfilms „Holocaust" Schmierereien von Hakenkreuzen und Führerparolen in ganz Pforzheim
- Hakenkreuzschmierereien an der Fritz-Erler-Schule (darüber berichteten wir in der im Drohbrief erwähnten Stadtblatt-Ausgabe)

Dieser ernstzunehmende Brief ist ein Beweis für die u n m i t t e l b a r e Bedrohung — nicht nur der Stadtblatt-Redaktion — sondern auch aller Demokraten und Antifaschisten.
Es ist Zeit, daß diesen neo-nazistischen Aktivitäten endlich Einhalt geboten wird. Wir fordern die Pforzheimer Behörden dazu auf, alle rechtlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung neo-faschistischer Organisationen auszuschöpfen.



DIE KRISE DER MACHER KRISELT WEITER

Im letzten ID druckten wir Statements von der Heide und dem Winnie, die sich beide recht unterschiedlich zur Krisenstimmung in der bundesdeutschen Zeitungsscene ausgelassen hatten.
Daß diese nicht so sehr durch Äußerlichkeiten wie Geld sorgen, Prozesse oder Mitarbeiterfluktuation hervorgerufen wurde, war uns in Oldenburg wohl allen klar.
Die nachfolgenden Statements der Huglfinger vom Regenbogen zu ihrer Zeitungssituation machen das nochmals deutlich.

Auch auf dem Land kriselt's: Der ‚Regenbogen', die Landkreiszeitung aus Huglfing (bei Weilheim), und die Kittenalm, eine Kollektivwirtschaft bei Utting am Ammersee, haben konsequenzen gezogen: Sie machen dicht.

Sie leiden an den gleichen Symptomen wie wir hier in den Stadtprojekten: zuviel Streß, Arbeit, zu hohe feste Kosten (Pacht), die eingearbeitet werden müssen. Das Projekt verselbständigt sich auf Kosten der Menschen.

Georg vom Regenbogen:
„...ich hab gemerkt, was es bedeutet, Zeitungsfritze zu sein. Fast alles hab ich unter einem bestimmten Gesichtswinkel gesehen, Artikel in Zeitungen gelesen nach dem Gesichtspunkt: sind sie verwertbar für den Regenbogen, Geschehnisse auf der Straße bewertet nach dem Gesichtspunkt: sind sie verwertbar für den Regenbogen, Geschichten, die an sich in mein Tagebuch gehörten, hab ich umgedacht, so hingedacht, daß sie für

• (...) Jetzt kann ich keine Bullen mehr verarschen und keinen Staat, auf so'ne indirekte Art und Weise, nämlich im kleinen Kämmerlein, jetzt muß ich den Leuten wieder selber ins Gesicht sagen, was ich von ihnen denk....."

Aber sie sind nicht am 'Ende des Regenbogens' angelangt, sie sehen ihren Entschluß nicht als klägliche Niederlage, sondern als 'Freiheit aufzuhören'.

Sie stehen immer noch zu ihren Projekten, überlegen, sie auch wieder mal weiterzuführen und wollen, trotz allem andere dazu antörnen, weiterzumachen.

Das hört sich ganz einfach an: Hörn mir auf ab heute. G'schissn. Total schwer ist das. Ich häng ja an dem Ding. Bin total drin und drum und drauf. Ich finds wichtig, daß es ihn gegeben hat und ich täts wichtig finden, daß es ihn weitergibt. — wieviele Gespräche sind nicht bzw. schon wegen und über uns gelaufen. Manche Initiativen wie Coop und Theatergruppe sind durch uns entstanden. Gegenöffentlichkeit ist entstanden, Informationen sind verbreitet worden, die sonst nicht verbreitet werden. Ich hab mich immer auf den NEUEN gefreut; aber irgendwann ist halt mal der politische Anspruch nicht mehr so wichtig, wie ich mir selber wichtig bin,.." (Charly)

„Wenn irgendjemand Lust hat im Landkreis, der kann den REGENBOGEN gerne weitermachen und wir helfen euch auch dabei. (Kollektoid)

„Also Freunde und Feundinnen, der Regenbogen ist nicht tot; schreibt uns weiter, wir machen sicher mal wieder ne Nummer oder machen selbst eine ‚Zeitung' oder was anderes. Laßt euch keine Angst einjagen von den verstaubten Bürokraten und laßt euch die LUST am LEBEN nicht stehlen (Vorsicht! manchmal merkt mans kaum und schon ist sie weg)."
(Werner)

Und hier noch ein passendes Lied von Tommy:
WIR WOLLEN LEBEN!
Wenn ich morgens früh aufstehe
steh ich einfach erst gar nicht auf
wenn ich dann zur Zeitung gehe
bleib ich zu Haus und pfeife drauf
wenn mich dann der Leser anscheißt
lieg ich an der Ach mit dir
wenn ich abends wieder nach Haus komm
bin ich fit wie ein Stier.

Und ich weiß das ganze Leben
hier hat nur den einen Zweck
sollst dich schinden für die Leser
wir wollen raus dem Dreck
und ich weiß das ganze Leben
hat erst dann einen Zweck
wenn wir endlich die Zeitung schmeißen
wir wollen leben wies uns schmeckt.

Wenn ich von meiner Zeitung träume
träum ich von Stunden voller Liebesglück
von der Zeitung die ich jetzt versäume
weil ich dich so gern an mich drück
und den andern geht es ganz genauso
der Zarges steht schon oft halb leer
wir wollen leben um zu leben
die Zeitung kann uns kreuz und quer.
Wenn ich an mein Kollektoid denke
wird mir im Herzen so richtig warm
denn ich weiß wenn mir mal aufhörn
bläst der Landkreis gleich Alarm
hier sollst du leben um zu schuften
die Leser lesen gut davon
und sie werden auch erst dann was machen
wenn wir ihr Lesen mal bedrohn.

Leicht verändert aus Blatt, München

Konsequenz „Aufhören" ist wohl für mache eine der Möglichkeiten, als Antwort auf die Krise, genauso wie für andere das „Rock'n Roll spielen" (Winnie); bloß kommt für mich z.B. keine der angebrachten Lösungen in Betracht. Mein ländliches Machertum hat mich vielleicht ähnlich genervt, wie den Georg vom Regenbogen (s.u.): Ich habe mir dadurch einige, für mich sehr wichtige Bedürfnisse verbaut. Daraus habe ich, hoffentlich, gelernt. Wie's weitergeht kann ich momentan nicht sagen. Die schwermütig-pessimistische Diskussion zum einen und die flippigen Folgerungen in Oldenburg zum anderen, haben in mir jedenfalls Freiräume geschaffen, die ich nun für meine künftige Arbeit nutzen will. Ich bin nun vorerst aus der Zeitungsmache ausgestiegen um den richtigen Abstand zum Vorangegangenen zu bekommen. Ich möchte auch weitermachen, daran anknüfen und neues versuchen, bloß gilt es eben für mich die angenehmste und befriedigenste Form zu finden. Ich weiß nicht, ob es besser wird, wenn es anders wird; es muß aber anders werden, damit es besser wird..... – um mich den Berliner Radikal-Leuten mit ihrer Feststellung anzuschliessen: Wir müssen ausprobieren und aus unserem eigenen,vielleicht veralteten Gefüge herausbrechen.

(Christoph)

RUMPELBLÄTTLER VERSTIEG SICH

SONTHOFEN
5. Dezember

Christoph, verdienter Rumpelblatt-Macher, verstieg sich in den Allgäuer Alpen, slalomte in kühnen Sprüngen durch die Frankfurter Wolkenkratzer-Scene und landete gradewegs im ID, so er nach unbestätigten Berichten das Layout der vorliegenden Nummer chaotisiert haben soll – ganz entsprechend dem dem Rat Karl Sandras: Macht mir bloß nicht wieder einen Stadt-ID !!!

Die ID-Menschen lehnen jegliche Verantwortung für das nächste Rumpelblatt mit Entschiedenheit ab. Einzahlungen auf das Spendenkonto sind willkommen, Stichwort: Geistersteiger.

SOLL PETER HARTLEB IN RATEN STERBEN?

MOERS
19. November

Die Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie (DSAP) hat auf ihrer vom 9.11. – 11.11.79 in Moers (Niederrhein) durchgeführten Bundesversammlung die Folgen der unmenschlichen Strafjustiz gegen Pädophile (Erwachsene mit Liebesbeziehungen zu Kindern) angeprangert. Aktueller Anlaß ist die Situation des wegen „Vergehen gegen § 176" zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilten Erziehers und Drogenberaters Peter Hartleb. Die DSAP schreibt:

Peter wird vorgeworfen, mit einem kleinen Mädchen „ausgedehnte sexuelle Eskapaden (...) im Zustand neurotisch-psychopathischer Persönlichkeitsstörung von Krankheitswert" begangen zu haben. Tatsache ist, daß zwischen dem Kind und Peter ein zärtliches, freundschaftliches Verhältnis bestand. Streicheln und Liebkosen, auch völlig nackt, waren ungezwungener Bestandteil dieser Begegnung zwischen Peter und dem Kind. Zuneigung und Wunsch nach Peters Nähe bestimmte auch noch das Verhältnis des Kindes zu dem großen Freund, nachdem die Justiz ihn längst verhaftet und mit bewährten Verhörmethoden zu „Geständnissen" gezwungen hatte. Wie schon gesagt fanden zwischen Peter und dem Kind völlig erwünschte Streichelkontakte statt und nicht etwa der Koitus. Das 6jährige Mädchen kam von selbst zu ihm. Als Begründung dafür sagte das Kind (laut Polizeiprotokoll): „Ich habe ihn lieb ...!"

Nach eigenen Angaben wurde Peter von der Kripo derart unter Druck gesetzt, daß er nach stundenlangem Verhör widerstandslos die durch kriminalisierende Amtssprache verzerrten „Tatschilderungen" im Protokoll der Verhörbeamten unterschrieb. Aufgrund dieser „Geständnisse" und durch Intim-Fotos zweifelsfrei indiziert, forderte der Staatsanwalt vor dem Landgericht Marburg die Höchststrafe von 10 Jahren (zehn!!!)

Das Fazit seiner Strafverfolgung hat Peter in seiner 120seitigen Dokumentation schon Ende 1978 so zusammengefaßt:

KNAST UND SOZIALE ENTWURZELUNG

„Im Dezember 1976 besucht mich – wie schon vorher so oft – ein kleines Mädchen. Bei diesem Besuch „überschreite" ich die vom Gesetzgeber festgelegte Grenze. Ich tausche intime Zärtlichkeiten mit dem Mädchen aus, der Gesetzgeber nennt das aber „sexueller Mißbrauch eines Kindes". Für dieses Delikt erhalte ich folgende Strafen:

1. Ich werde vom Schreibtisch weg verhaftet, vorher hat die Kripo/Fritzlar auf widerliche Art und Weise mich diffamiert (Herumzeigen von Fotos und Befragen von Kindern).
2. Ich komme neun Monate in Untersuchungshaft nach Gießen.
3. Dadurch verliere ich meinen Arbeitsplatz.
4. Mein Beruf als Sozialpädagoge ist dadurch auch beendet.
5. Ich werde auf das Schlimmste von meinen ehemaligen Arbeitskollegen und Chef verleumdet. Hiergegen kann ich nichts unternehmen.
6. Ich verliere meine Wohnung, dadurch auch wertvolle Unterlagen.

7. Nach Verbüßung der neun Monate U-Haft am 14. Oktober 1977 bekomme ich vom Amtsgericht Schwalmstadt-Treysa Hausarrest (bisher insgesamt 450 Tage).
8. Ich muß mich – wie ein Schwerverbrecher – einmal wöchentlich bei Gericht oder bei der Polizei melden.
9. Dadurch wurde mir eine Wiederaufnahme einer Beschäftigung unmöglich gemacht.
10. Mein bisheriger Verdienstausfall beträgt schätzungsweise 30.000 – in Worten Dreißigtausend – DM.
11. Das Landgericht Marburg verurteilte mich zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis ohne Bewährung.
12. Vorausgegangen war, daß ich mich für krank erklären lassen mußte, wäre dieses nicht geschehen, hätte ich eine noch höhere Strafe bekommen, sicherlich nicht unter fünf Jahren.
13. Meine Anwaltskosten belaufen sich inzwischen auf knapp 2000 DM (1978).
14. Ich bekam lediglich 227,– DM Sozialhilfe vom 14. Oktober 1977.
15. Davon soll ich auch nun die Gerichtskosten bezahlen.

Dies alles nur, weil ich zärtlich zu einem kleinen Mädchen war. Das Mädchen hat mich sehr gern, dieses interessiert die Justizbehörde aber nicht im geringsten.
Neben den hier aufgeführten Strafen ist es mir unmöglich, die weiteren Strafen, bzw. erlittenen Schäden, die mir die Justizbehörde zugefügt hat, aufzuzählen, es waren sicherlich nicht wenige. Aber ich muß es hier am Schluß noch einmal klar und deutlich aussprechen: Auch eine noch höhere Strafe kann mi mich nicht davon abhalten, auch in Zukunft kleine Mädchen gern zu haben und zärtlich mit ihnen zu sein. Ich werde meine Gefühle in dieser Richtung nicht mehr unterdrücken. Die Beziehungen – die ich bisher hatte – waren alle sehr förderlich für das Kind. Wenn ein Kind zu mir kommt und Zärtlichkeiten austauschen möchte, werde ich dies tun. Das Kind hat – laut Aussagen der UNO – ein Recht auf Zärtlichkeit."

MONATE ZERMÜRBUNG

Das Gericht hat nie einen (angenommenen) Schaden bei dem Kind nachweisen können, denn dies ist niemals Gegenstand einer Gerichtsverhandlung noch ist es dazu verpflichtet. Sogar nach der Hauptverhandlung (ca. 1 Jahr nach der Festnahme) wandte sich das Kind dem Verurteilten noch freudig zu, wurde jedoch von der Mutter zurückgehalten. Der Gutachter äusserte daraufhin, hier könne man von einer Schädigung des Kindes durch Herrn H. sicher nicht sprechen. Sämtliche Rechtsmittel und Anträge (Revision, Haftverschonung, Anrechnung des strengen Hausarrestes von 450 Tagen auf die Strafe) wurden durchweg abgelehnt, ohne weiteren Bezug auf den jeweiligen Inhalt der Anträge zu nehmen.

Ungeachtet dessen sitzt Peter seit Januar 1979 wieder im Vollzug in der JVA Lingen. Von Anfang an war er in Kontakt mit der Selbsthilfe- und Beratungsgruppe der DSAP, die sich bis zu dem letzten, entscheidenden Zeitpunkt der Verbüßung von 2/3 Strafe für ihn mit allen Mitteln einsetzte. Bis dahin hoffte die DSAP immer noch auf eine rechtsstaatliche und menschenwürdige Verfahrensabwicklung und sorgte für die entsprechenden Stellungnahmen und für Zusendung qualifizierter Sachinformationen über Pädophilie an die jeweiligen Behörden und Justizstellen.

Außerdem vermittelte die DSAP angesichts der bevorstehenden Chance auf 2/3-Haftentlassung einen Wohnsitz und einen aufgeschlossenen Bewährungshelfer. Peter selbst kämpfte während dieser ganzen Zeit unermüdlich aus dem Gefängnis heraus um seine Freilassung, bzw. um Hafterleichterung. Er vermag bis heute seine Strafverfolgung nicht einzusehen. Zweifellos kann er das auch nicht, wenn er sich selber gegenüber nicht einer Bewußtseinsspaltung unterziehen will. Pädophilie ist weder ein Verbrechen noch eine Krankheit. Darüber besteht bereits ein ausgedehnter sexual- und sozialwissenschaftlicher Wissensstand, den die zuständigen Richter und Staatsanwälte – ebenso wie der Gesetzgeber – sich permanent weigern, anzueignen. Die Kriminalisierung von Peter ist auch kein Einzelfall, wie die massenhaft der DSAP und anderen Organisationen bekannten gleichartigen Schicksale aufzeigen. Es sei hier nur an den in jüngster Zeit spektakulär gewordenen Prozeß gegen Peter Schult in München erinnert. Es wird höchste Zeit, daß diese Problematik endlich konsequent in der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen wird.

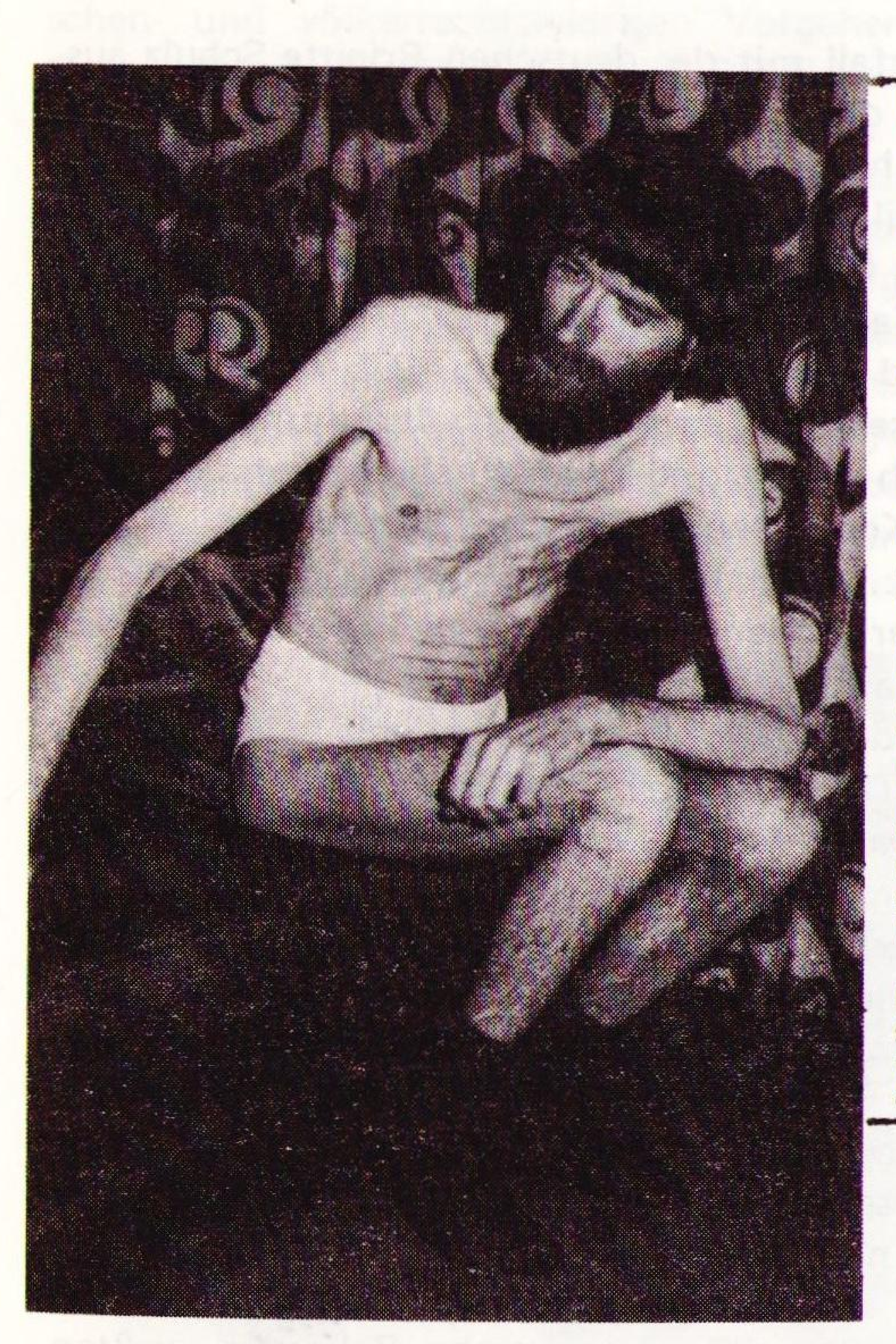
KRÄFTEVERFALL BESTÄTIGT

Peters Gesundheitszustand, der ohnehin schon beim erneuten Strafantritt Anfang Januar sehr labil war, hat sich als Folge der Haft weiterhin rapide verschlechtert. Die kritische Verfassung ist auch durch mehrere ärztliche Aussagen zu belegen.



Anstaltsarzt Medizinal-Direktor Dr. W. Marten schreibt in einem Bericht am 6. und 8. August 1979 (laut Peters Briefen hat der Arzt es nie für nötig befunden, Peter einer Gesundheitsuntersuchung zu unterziehen, noch wurde Peters Antrag auf fachärztliche Untersuchung außerhalb der Anstalt, also neutral, zugestimmt!): *„...daß dem Gefangenen durch die Strafverbüssung nicht geholfen werden kann. Sein schlechter körperlicher Allgemeinzustand (wie allgemein?) ist auf die Haftstrafe im allgemeinen Vollzug zurückzuführen und kann durch ärztliche Maßnahmen nicht beeinflußt werden. Ein weiteres Verbleiben im StV. würde das bisherige Nachbehandlungsergebnis nahezu nichtig machen. Ein 2/3-Gesuch wäre daher ärztlicherseits zu befürworten ...“*

Dipl-Psych Dr. Bromisch (Psych. Dienst JVA Lingen) schreibt am 31.7.79: *„Häufiges Erbrechen, Kräfteverfall und Untergewicht muß als Reaktion auf die normalen Haftverhältnisse zurückgeführt werden.“* Kurz vor Erhalt der Ablehnung der 2/3-Strafe(also nach bereits über 18 Monaten Freiheitsentzug!!) durch die Strafvollstreckungskammer Osnabrück befand sich Peter bereits in einem so erbärmlichen Zustand, daß er wegen eines akuten Schwächeanfalls während eines Urlaubs bei der DSAP-Betreuergruppe am 1.9.79 unverzüglich ärztliche Hilfe benötigte. Die Ärztin, die Peter im Krankenhaus vorläufig untersuchte, schreibt in ihrem Befund-Bericht an die Rechtsanwältin: *„... fand sich ein ausgesprochenes Untergewicht (Kachexie), Gewicht 45 kg (bei fast 1,80 m Körpergröße!!), deutlicher Druckschmerz über dem Magen, sowie eine Hypertonie von 90/70 mmHg ... Herr H. befindet sich in einem äußerst kritischen Allgemeinzustand, dessen Ursache dringend durch fachinternistische Untersuchung festgestellt werden muß ... Ein weiteres Hinauszögern einer Therapie ist nicht zu verantworten.“*



Hafturlaub Anfang Oktober 1979

"Aus dem Zug steigt eine hagere Gestalt. Die Kleidung wirkt wie aufgehängt auf einem Ständer. Ein Vollbart versteckt die eingefallenen Wangen. Blitzende Äuglein künden von einem wachen Verstand. Wie lange noch ? Zwei Tage pumpt sich Peter leer, erzählt seinen Alltag unter der Gewaltherrschaft des Gefängnisses..." ("Das trieft. Müßt ihr eigentlich einen derartigen Schmalz schreiben ? " ID-Layouterin.)

Bei einer Körpergrösse von fast 1,80 m wiegt er nur noch 45 Kilo.

Aber weiterhin geschieht nichts von seiten der verantwortlichen Behörden, keine Untersuchung, keine Berücksichtigung von Peters akuter Selbstmordgefährdung. Selbst sein letzter Urlaub wird ihm mit der Begründung verweigert, er habe Fluchtabsichten und sei „bockig“.

„NACH WIE VOR PÄDOPHIL“

Um den Willen und das Selbstbekenntnis pädophil zu sein, bei Peter Hartleb zu brechen, holt die Justiz zu einem weiteren Zug gegen ihn aus: am 25.9.79 verweigert die Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Osnabrück die 2/3-Strafe mit fadenscheinigen Begründungen: *„... die pädophilen Neigungen des Verurteilten bestehen nach wie vor. ... Die Kammer .. hat nicht die Überzeugung gewinnen können, daß er das Unrecht .. in voller Schwere eingesehen hat .. und sich seiner Schuld und strafrechtlichen Verantwortlichkeit bewußt ist. Bei ihm ist. .. unkritische Betrachtung sowie ein ausgeprägtes Bagatellisierungsverhalten festzustellen !! Die objektive Tatausführung, die fehlende Selbsteinschätzung des V. und seine bislang erkennbare Fehlbeurteilung (!) der Straftaten lassen gegenwärtig für eine bedingte Entlassung ... keinen Raum, auch wenn das Vorleben des V. , sein Vollzugsverhalten und auch seine allgemeinen Lebensverhältnisse an sich nicht gegen eine Strafaussetzung sprechen.“*

Peter ist jetzt völlig am Ende. Er schreibt der DSAP wenige Tage nach der Ablehnung seines 2/3-Gesuches: „Danke für eure Karte, aber es ist alles vergebens, ich kann für nichts mehr garantieren, wenn ich nicht bald draußen bin.“

Wir erhalten am 9.11.79 seine eigene Todesanzeige von ihm zugeschickt!

Welche Signale soll ein Isolierter noch setzen, um endlich Gehör zu finden? Die Bundesversammlung der DSAP ist zu der übereinstimmenden Überzeugung gekommen, daß hier systematische Körperverletzung, Psychofolter und damit Mord in Raten betrieben wird!! Peter wird das nicht mehr weitere 8 Monate durchhalten! Wieweit soll er noch gequält werden ? ?

Mit diesem Artikel wenden wir uns für Peter an die Öffentlichkeit, damit endlich dieser unmenschlichen Rachejustiz an pädophilen Menschen ein STOP gesetzt wird. Peter ist und bleibt pädophil. Daran konnten die bereits verbüßten 19 Monate Gefängnis und 450 Tage scharfer Hausarrest nichts ändern; ebensowenig wie weitere 8 Monate Knast (falls Peter dies überlebt!). Die DSAP fordert deshalb, auch im Namen der verschiedenen solidarischen Gruppen, von den Justizbehörden:

1. Umgehende Freilassung von Peter Hartleb wegen lebensbedrohender Haftschäden und seine sofortige fachärztliche Behandlung.
2. Deutliche Trennung und Unterscheidung in der Rechtspraxis von gewaltfreien Beziehungen zwischen Kindern (bzw. Jugendlichen) und Erwachsenen, und Gewalthandlungen an Kindern.
3. Beendigung der Kriminalisierung und Strafverfolgung von pädophilen Erwachsenen-Kind-Beziehungen durch die Abschaffung der §§ 174–176 StGB.

Bitte unterstützt diese grundsätzlichen Forderungen durch massive Protestschreiben an das OLG Oldenburg, sowie an den Justizminister von Niedersachsen in Hannover (Az. 8 StVK 201a/79). Justizminister Prof. Dr. Schwind, Waterlooplatz, 3000 Hannover. Peter ist hier stellvertretend für alle, die Kinder liebhaben und die ein Kind in seinem Bedürfnis nach Hautkontakt und Zärtlichkeit ernstnehmen.

Gegen eine Spende von 3,– DM + Porto verschicken wir zur näheren Information die Kurzdoku, die Peter als „Offenen Brief“ an den Justizminister von Niedersachsen geschrieben hat.

Bitte helft auch mit, die kostspielige Öffentlichkeitskampagne und die laufenden Kosten unserer Rechtshilfe zu finanzieren: DSAP-Sonderkonto 65003808, Sparkasse Krefeld, Stichwort „Rechtshilfe“.

Weiter Auskünfte erteilt: DSAP
DSAP NRW, Postfach 3236, 4150 Krefeld
DSAP Hamburg,
DSAP Baden-Württemberg, Postfach 1245, 7640 Kehl
DSAP Berlin, Postfach 360226
DSAP München, Päderastengruppe in der HAH, HBg.

"DASS UNSERE KINDER NOCH AM LEBEN SIND DANKEN WIR EINIGEN LÜCKEN IN DER GE– HEIMHALTUNG"

DEUTSCHE UND ISRAELISCHE GEHEIMDIENSTE WÄHREND DER GEHEIMEN GEFANGENSCHAFT VON BRIGITTE SCHULZ UND THOMES REUTER

Frankfurt 5.12.79 *Die Eltern von Brigitte Schulz und Thomas Reuter wenden sich in einem offenen Brief an den Staatssekretär Manfred Schüler, in dem sie die Zusammenarbeit deutscher und israelischer Geheimdienste während der Gefangenschaft von Brigitte und Thomas aufdecken und von Schüler hierzu eine Stellungnahme fordern.*

Brigitte Schulz und Thomas Reuter wurden im Januar 1976 in Nairobi/Kenia unter Mitwirkung israelischer Geheimdienste verhaftet. Sie wurden in Nairobi im Beisein israelischer Sicherheitsoffiziere gefoltert und am 3. Febr. 76 unter Betäubung nach Israel transportiert. Dort wurden sie über 1 Jahr in einem speziellen Verhörslager gefoltert. Danach lief ein 2 jähriger geheimer Militärgerichtsprozeß, so geheim wie die Anklageschrift, die dem auswärtigen Amt in Bonn vorlag, das die Herausgabe bzw. Einsichtnahme jedoch mit Hinweis auf die von ihm eingegangene Schweigepflicht den Eltern und auch Amnesty International gegenüber verweigerte. Die Bundesregierung war in dem Militärgerichtsprozeß durch einen ständigen Prozeßbeobachter vertreten, der dem Auswärtigen Amt über jeden Prozeßtag berichtete. Das Auswärtige Amt verweigerte den Eltern jede Information über den Prozeß. Nach dem Urteil vom 10.9.1979, das nicht schriftlich vorliegt, sollen Brigitte Schulz und Thomas Reuter voraussichtlich Anfang Febr. 81 entlassen werden. Gegen das Urteil wurde Revision eingelegt.
Hier nun der Brief:

Sehr geehrter Herr Schüler,
wir schreiben an Sie als Verantwortlichen für die Kontrolle und Koordinierung der drei bundesdeutschen Geheimdienste und zugleich Verantwortlichen für den Bundesnachrichtendienst. Wir wollen mit diesem Brief endlich Licht bringen in die Affäre der Zusammenarbeit bundesdeutscher Geheimdienste und des BKA mit den israelischen Geheimdiensten während der geheimen Gefangenschaft unserer Kinder Brigitte Schulz und Thomas Reuter 1976-77 in Israel.

Wie Sie sicher wissen, wurden unsere Kinder vor 2 Monaten nach einem zweijährigen geheimen Militärgerichtsprozeß ohne konkreten Tatvorwurf geschweige denn Tatnachweis zu je 10 Jahren Haft verurteilt, von denen sie nach einem inoffiziellen Vertrag jedoch nicht mehr als 5 Jahre absitzen müssen.

Der Militärgerichtsprozeß und dieses Urteil sind so menschen- und völkerrechtswidrig wie die Maßnahmen, die ihnen vorausgingen: Nach einer Woche Folterung in Kenia die geheime Verschleppung nach Israel am 3. Februar 1976; über einjähriges Verschwindenlassen der beiden in einem speziellen Verhörslager der israelischen Geheimdienste, dessen Ort noch heute streng geheimgehalten wird und in dem sie intensiv gefoltert wurden; sowie die generelle Verheimlichung ihrer Verhaftung in Kenia und ihrer Gefangenschaft in Israel länger als ein Jahr.

Das Auswärtige Amt "wußte von nichts"

Nachdem wir im August 1976 einen anonymen Brief erhielten, der uns über die Verhaftung und Folterung in Kenia im Januar 76 unterrichtete, haben wir über ein halbes Jahr unter Einschaltung des Auswärtigen Amtes, des Außenministeriums und der jeweiligen Botschaften in Kenia und Israel geforscht. Die deutschen Behörden erklärten bis März 77 immer wieder, daß es trotz intensiver Nachforschungen "keinerlei Hinweise" weder über eine derartige Verhaftung in Kenia noch über die Existenz unserer Kinder in Israel gäbe. Erst eine von uns beauftragte israelische Rechtsanwältin erreichte im Februar 77 vom israelischen Verteidigungsministerium die Auskunft, daß unsere Kinder leben und irgendwo in Israel gefangengehalten werden.

Sehr geehrter Herr Stastassekretär, wir sind der Überzeugung, daß im Gegensatz zu den Behauptungen der Bundesregierung, bis zum März 77 nichts von der Gefangenschaft unserer Kinder erfahren zu haben, zumindest bundesdeutsche Geheimdienste und das BKA seit der Verhaftung Bescheid wußten.

Sollte es mit den Beziehungen der westdeutschen und israelischen Geheimdienste und Polizeien und mit der auch damals so vielbeschworenen "internationalen Zusammenarbeit gegen den Terrorismus" so schlecht und kritisch bestellt gewesen sein, daß es die israelischen "Dienste" vermieden haben, "befreundete" deutsche Behörden schon aus Gründen der sicheren Identifizierung der Gefangenen zu kontaktieren, und sie sogar belogen, es dagegen aber vorzogen, eine linke, in Israel als "Verräterin" angefeindete Anwältin richtig zu informieren? Wohl kaum.

Die Geheimdienste arbeiten "produktiv" zusammen

Es ist bekannt, wie eng diese Beziehungen spätestens seit 1972 geworden sind. Ihre Vertraulichkeit und Produktivität wird ständig hoch gelobt. In einem Artikel in "Die Rheinpfalz" vom 29.10.79 gibt der wegen seines Insiderwissens bekannte Journalist Franz Ruch wieder, was "aus Kreisen von Terroristenfahndern" zu der Zusammenarbeit mit israelischen Geheimdiensten gesagt wird, wobei ausdrücklich der Fall unserer Kinder mit eingeschlossen wird:

> "Nach dem Vorfall mit der deutschen Brigitte Schulz aus Enkenbach und dem Berliner Thomas Reuter, die in Israel inhaftiert sind, habe sich das gegenseitige Verständigen als fester Bestandteil in der Terroristenfahndung ergeben."

Es gibt bereits seit längerem konkrete Hinweise auf diese Zusammenarbeit im Falle unserer Kinder:

- Bereits während der geheimen Haft 1976-77 erschienen zahlreiche Presseartikel über die Verhaftung und die Verschleppung nach Israel, und zwar durchweg von Journalisten mit guten Kontakten zu Geheimdienstkreisen.
  So zum Beispiel:
  am 5.7.76 im britischen "Daily Express" von dem Militärreporter Chapman Pincher,
  am 29.11.76 in der "Welt" von Werner Kahl,
  am 2.12.76 in "Die Rheinpfalz" von Franz Ruch.
- Nach Bekanntgabe der Gefangenschaft in Israel schrieb Henry Nannen im "Stern" am 6.4.77:
  "Wahr ist immerhin, daß der israelische Außenminster Jigal Allon von einem Protest Genschers nichts gehört haben will, und außerdem sei das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln von Anfang an durch den israelischen Geheimdienst unterrichtet gewesen - wenn der deutsche Verfassungsschutz seine eigene Regierung nicht informiere, sei das den Israelis nicht vorzuwerfen."
- "Der Spiegel" am 11.4.77 unter der Überschrift "Verschwiegener BND": "Bundesdeutsche Behörden wußten seit über einem Jahr, daß sich die als Terroristen verdächtigen Brigitte Schulz, 25, und Thomas Reuter, 24, in israelischer Haft befinden. . . . In Jerusalem wurde mit Verwunderung der Bonner Protest wegen angeblicher Nichtunterrichtung aufgenommen und darauf verwiesen, daß israelische Beamte bereits kurz nach der Überstellung der beiden mit Kenntnis des Bundesnachrichtendienstes (BND) und des Verfassungsschutzes in der Bundesrepublik ermittelt hätten."

– Uns gegenüber hat ein wichtiger Beamter, der es wissen muß, bestätigt, daß das Bundeskriminalamt von Anfang an unterrichtet war.

Der für uns jedoch wichtigste Beweis ist die Schilderung unserer Tochter Brigitte Schulz, an deren Richtigkeit wir nicht den geringsten Zweifel haben.

Nach ihrem Bericht wurden unseren Kindern im Februar 76 - also während der intensivsten Folterphase in Israel - vom Leiter der Verhörsabteilung des Shin Bet (innerer israel. Geheimdeinst) ständig Akten über ihre Person vorgehalten, von denen der Verhörer sagte, sie seien von bundesdeutschen "Secret Service". Sie wurde lange zu diesen und mittels dieser Akten mit Foltermethoden verhört. Dabei ist ihr immer wieder exklusiv daraus zitiert worden, weshalb sie ihren Inhalt auch detailliert wiedergeben kann. In den Akten wird behauptet:

1) Sie sei Mitglied des Sozialistischen Patientenkollektivs (SPK) Heidelberg gewesen (der Shin Bet machte daraus "führendes Mitglied")
2) Sie sei im Herbst 74 beim Flugblattverteilen kurzfristig festgenommen worden.
3) Sie sei im Frühjahr 74 zu einem internationalen Kongreß nach Mailand gefahren (alle Autoinsassen werden namentlich genannt)'
4) Sie sei im Sommer 75 nach Südfrankreich gefahren - es war eine Urlaubsreise (alle Autoinsassen werden namentlich genannt, darunter Tramper).
5) In der Akte befand sich vollständig abgedruckt ein Privatbrief von ihr (Absage einer Einladung) an einen weitläufigen südirischen Bekannten.
6) Außerdem verschiedene Mutmaßungen über Familienmitglieder.

Dieser Vorgang ist ungeheuerlich.

Die westdeutschen Geheimdienste: mitschuldig an der Folter

Er bedeutet, daß gewisse Bundesbehörden von dem menschen- und völkerrechtswidrigen Vorgehen der israelischen Geheimdienste wußten und die Geheimhaltung mit ermöglichten. Die Geheimhaltung war immerhin Bedingung für die Verschleppung nach Israel und die langandauernde Folter in dem unbekannten Verhörslager und hatte zudem das Ziel, die Gefangenen, wenn möglich, für Agentenaufgaben zu erpressen oder sie eventuell ganz verschwinden zu lassen.

Indem die verantwortlichen bundesdeutschen Dienste alle erdenklichen Informationen über unsere Kinder den israelischen Geheimdiensten zu den Verhören übermittelten, haben sie sich sogar zu interessierten Beteiligten an dem Unrecht gemacht. Daß diese Dossiers keinerlei - schon gar nicht für Israel - strafrechtlich relevanten Inhalt haben, entlastet nicht, sondern macht nur deutlicher, zu welch wichtigem Zweck sie hauptsächlich übergeben wurden: um den Verhören überhaupt Daten und Informationen an die Hand zu geben, ohne die unsere Kinder für den israelischen Geheimdienst ein weißes Blatt Papier und die Verhöre unter Folter von nachrichtendienstlich zweifelhaftem Wert oder sogar ganz unmöglich wären. Die Aktenübermittlung bei gleichzeitiger Geheimhaltung durch bundesdeutsche Behörden muß als zumindest indirekte Beteiligung an der Folter gewertet werden. Daran gibt es nichts zu deuteln.



Die Folgen dieser illegalen Methoden spüren unsere Kinder und auch wir noch heute. Der zweijährige geheime Militärgerichtsprozeß mit dem Urteil und die jetzt noch andauernde Gefangenschaft in Israel sind undenkbar ohne die Verschleppung nach Israel und die Folter unter dem Schutz der Geheimhaltung: Unter Folter erzwungene "Geständnisse" aus dieser Zeit, die von den Gefangenen immer als falsch widerrufen wurden, bildeten die einzige Grundlage der Anklage in dem Militärgerichtsprozeß und die israelischen Behörden mußten zu einem hohen Urteil kommen, weil sie nur so die begangenen massiven Menschenrechtsverletzungen glaubten wenigstens teilweise rechtfertigen zu können.

Bisher wurden diese Vorwürfe gegen die bundesdeutschen Geheimdienste nie eindeutig offiziell dementiert.

So wurden z.B. die oben erwähnten Artikel des "Stern" und des "Spiegel" vom April 77 kommentarlos hingenommen, ebenso dieselben Vorwürfe in der Fernsehsendung "Panorama" vom 6. November dieses Jahres.

In dem Verwaltungsgerichtsverfahren Brigitte Schulz gegen Bundesrepublik Deutschland vor dem VG Köln, das wegen Untätigkeit der Bundesregierung bereits 1977 eingeleitet wurde und dessen Hauptverhandlungen noch bevorstehen, hat der israelische Rechtsanwalt von Brigitte Schulz Dr. Bergmann den Vorgang der Aktenübergabe durch bundesdeutsche Geheimdienste und des BKA zum Thema gemacht. Das Auswärtige Amt, das in dem Verfahren die Bundesrepublik vertritt, hat dazu nur ausweichend Stellung genommen. Es erklärte lediglich, daß weder das Auswärtige Amt noch das Außenministerium während der geheimen Haft irgendwelche Dossiers nach Israel übersandt habe und daß auch in seinen eigenen Akten, die es dem Verwaltungsgericht vorenthält, nichts zu finden sei über einen derartigen Aktentransfer anderer bundesdeutscher Behörden.

Wir wenden uns an Sie, Herr Schüler, in ihrer Eigenschaft als Verantwortlicher für die Kontrolle und Koordinierung der drei bundesdeutschen Nachrichtendienste und weil Sie auch die Dienstaufsicht über den Bundesnachrichtendienst haben. Einen Brief desselben Inhalts schicken wir an Herrn Innenminister Baum als den obersten Dienstherren des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundeskriminalamtes.

Unsere Vorwürfe gegen bundesdeutsche Geheimdienste und das Bundeskriminalamt sind so berechtigt wie schwerwiegend: Indirekte Mitwirkung an systematischer Folter und Decken einer über einjährigen Geheimhaft - gegen unseren und angeblich auch den Versuch einiger Regierungsstellen unsere Kinder zu finden - und damit auch Mitverantwortung an der noch jetzt andauernden Gefangenschaft unserer Kinder. Es ist wahrscheinlich nur einigen Lücken in der Front der Geheimhaltung zu verdanken, daß unsere Kinder überhaupt noch am Leben sind.

Diese Affäre ist zu schwerwiegend, um nicht restlos aufgeklärt zu werden und in Vergessenheit zu geraten.

Wie weit sind wir wieder gekommen, wenn deutsche Geheimdienste und Kriminalpolizei zu den schlimmsten Menschenrechtsverletzungen bereit und fähig sind und ihnen durch zuviel Opportunismus, Toleranz oder gar Ermunterung seitens der politischen Instanzen keinerlei Grenzen gesetzt werden?

Wir erwarten Ihr sofortiges Tätigwerden und eine öffentliche Stellungnahme in dieser Angelegenheit.

ZUR GEPLANTEN VERLEGUNG VON ILSE JANDT UND MONIKA BERBERICH IN DEN HOCHSICHERHEITSTRAKT LÜBECK

Von den Angehörigen der politischen Gefangenen erfuhren wir folgendes:

Am 15.11.79 wurde Justizsenator Meyer, Berlin, von Anwälten und Verwandten der politischen Gefangenen wegen der geplanten Verlegung von Monika Berberich und Ilse Jandt nach Lübeck und der Belegung des Hochsicherheitstraktes Berlin-Moabit zur Rede gestellt.

Auf die Frage, welche Gefangenen überhaupt in den neuen Hochsicherheitstrakt verlegt werden sollen, sagt Meyer, daß das „Belegungskonzept" noch nicht fertiggestellt sei, da es bei einigen Gefangenen ja noch „Entwicklungen" geben würde.

Im Laufe des Gesprächs hat Meyer folgende Zusagen gegeben:

- eine Begehung des neuen Trakts mit den Anwälten der betroffenen Gefangenen und eines Teils der Verwandten, bis Mitte Dezember vor der Belegung,
- einen Termin mit den betroffenen Anwälten vor der Belegung.

Zu der Verlegung von Monika Berberich ist noch zu sagen, daß es seit dem 13.11.79 eine einstweilige Anordnung der Vollstrekkungskammer gibt, die Meyer offensichtlich übersehen hat, die besagt, daß der Gesundheitszustand Monikas einer Verlegung nach Lübeck entgegensteht und sie deshalb nicht verlegt werden kann.

Die Angehörigen überreichten Justizsenator Meyer einen offenen Brief, in dem sie die Forderungen der politischen Gefangenen unterstützen:

- keine Verlegung von Monika Berberich nach Lübeck
- keine Belegung des Hochsicherheitstrakts in Moabit
- Abschaffung der Isolation und Kleinstgruppenisolation
- Zusammenlegung der politischen Gefangenen in Gruppen von mindestens 15, entsprechend den Forderungen der medizinischen Gutachter.

Auch die internationale Kommission zum Schutz der Gefangenen und gegen Isolationshaft übersandte Meyer am 6.11.79 einen Brief, wo sie die Forderung nach interaktionsfähigen Gruppen unterstützte und auf die gelaufenen Hungerstreiks von politischen und sozialen Gefangenen gegen die Hochsicherheitstrakte hinweisen.

Kontakt: S. Kuby, Leinestr. 8, 1 Berlin 44

ZENSURPROZESS NACH § 90 a

Frankfurt
20. November

Erneut wird versucht, die Zweifel an der staatlichen ‚Selbstmord'-Version von Stammheim zu kriminalisieren und durch Gerichtsurteile mundtot zu machen (siehe auch ID Nr. 305). Anträge und Beweisanträge der Verteidigung wurden abgelehnt, so auch der Antrag zur Beiziehung der Stammheimer Todesermittlungsakten.

Den folgenden Bericht erhielten wir aus Hamburg über die Kontaktadresse: Concordia Jarowoy, Oelkersallee 15 2000 Hamburg 50

Auf den Tag genau zwei Jahre nach dem Tod von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe in Stuttgart Stammheim begann am 18.10.1979 in Hamburg ein Prozeß wegen „Verunglimpfung der BRD" (§ 90 a) gegen Maria, Mirca und Birgit. Ihnen wird vorgeworfen am 19.10. letzten Jahren ein Flugblatt verteilt zu haben, in dem es u.a. heißt: „Wir glauben nicht an die staatlich verordnete Selbstmordthese, sondern sind der Meinung, daß die Gefangenen vom Staatsschutz ermordet worden sind."

Das heißt, es geht in diesem Prozeß um einen weiteren Versuch, allein schon die Zweifel an der staatlichen Version vom angeblichen Selbstmord mit Gewalt zu unterdrücken.

Vorsitzender dieses Verfahrens ist Richter Graue, über den die Hamburger „Morgenpost" vor einiger Zeit schrieb: „Wir dachten, wir leben in einem Rechtsstaat, doch dann kam Richter Graue."

Seine Art der Verhandlungsführung kommt einer Vorverurteilung gleich. So wurden gleich am ersten Verhandlungstag auf Betreiben Richter Graues die Öffentlichkeit und die drei Angeklagten durch einen brutalen Polizeiüberfall aus dem Gericht geprügelt, anschließend gegen die drei Frauen ein Haftbefehl wegen „Nicht-Erscheinens vor Gericht" erlassen, der erst drei Wochen später wieder aufgehoben wurde. Fast jeder Antrag der Verteidigung wird ohne weitere Diskussion abgelehnt, Verteidigern wie Angeklagten wird gleichermaßen der Mund verboten, Prozeßbesucher werden auf Betreiben Richter Graues und Staatsamwalt Kleins von der Polizei fotografiert und gefilmt.

Dieses Vorgehen stößt bisher in der Hamburger Öffentlichkeit auf recht breite Kritik, wird aber behandelt wie die Marotte eines besonders arroganten oder reaktionären Richters. Anscheinend wird aber der bisherige Verhandlungsverlauf von der Hamburger Justiz gedeckt (Haftbeschwerde und Befangenheitsantrag gegen Richter Graue wurden von den jeweils anderen zuständigen Gerichtskammern abgelehnt).

Offensichtlich soll hier die während des Prozesses gegen Kai Ehlers erlittene Schlappe wieder gutgemacht werden. Der ehemals presserechtlich Verantwortliche der Zeitung „Arbeiterkampf" sollte vor einem halben Jahr ebenfalls wegen der in der Zeitung geäußerten Zweifel an der staatlichen Selbstmordversion nach § 90a verurteilt werden. Angesichts erdrückender Beweise für die Vertuschung der Todesermittlungen, angesichts von RA Heldmann vorgetragener Beweise für neue Zweifel und angesichts einer breiten nationalen und internationalen Öffentlichkeit und Solidarität zu dem Prozeß hatte die Staatsanwaltschaft es vorgezogen, den Prozeß bereits am Eröffnungstag einzustellen, um das Schweigen um die Stammheimer Ereignisse zu wahren.

Natürlich will das Gericht auch in diesem Prozeß verhindern, daß in dem Verfahren die Vorgänge am 18.10.1977 in Stammheim und die eklatanten Widersprüche der Untersuchungsergebnisse überhaupt zur Sprache kommen. So wurde ein Antrag der Verteidigung auf Beziehung der Todesermittlungsakten von Stammheim ohne Begründung abgelehnt, und nach der bisherigen Verhandlungsführung ist zu erwarten, daß mit weiteren Beweisanträgen bezüglich konkreter Todesumstände und zu der aktuell wichtigen Frage der möglichen Beteiligung von Geheimdiensten in Stammheim genauso verfahren wird.

Dies hieße allerdings, daß die Angeklagten möglicherweise für die im Flugblatt geäusserte Meinung verurteilt würden, ohne daß die Gründe und Fakten, aufgrund derer sie „nicht an die staatliche Selbstmordversion glauben" vor Gericht überhaupt geprüft und erörtert werden.

Dieses Vorgehen - eine Meinung sogar unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt gerichtlich zu verbieten und eine staatliche Wahrheit per Gerichtsbeschluß durchzusetzen - ist an sich schon ein Skandal und ein weitreichender Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit in diesem Land.

Erste Voraussetzung für einen Erfolg in diesem Prozeß ist ein dokumentiertes breites öffentliches Interesse.

Außerdem brauchen wir dringend Spenden, um die Prozeßkosten und die notwendige Öffentlichkeitsarbeit finanzieren zu können.

Spendenkonto:
1044/757 Hamburger Sparkasse, Concordia Jarowoy

Totalverweigerer Volker Jetter:

KASERNE – KNAST – KASERNE – KNAST.....

Stuttgart/Schorndorf November 1979 *Der Totalverweigerer Volker Jetter wird wegen seiner Überzeugung ständig zwischen Kaserne und Knast hin- und hergezerrt. Die Deutschen Jungdemokraten Landesverband Baden-Württemberg protestieren gegen diese Behandlung von Volker in einer Presseerklärung:*

Volker Jetter, der aus Frommern bei Balingen stammt, verweigerte die Ableistung sowohl des Kriegsdienstes als auch des Zivildienstes. (Das gleiche, was auch Niko Hübner in der DDR getan hatte!)
Er wurde, nachdem er seinem Einberufungsbescheid keine Folge geleistet hatte, am 12.4.79 von Feldjägern zur Bundeswehr gebracht und am 22.5.79 vom Amtsgericht Rottweil wegen Fahnenflucht zu 6 Monaten Freiheitsentzug ohne Bewährung verurteilt.
Diese Haftstrafe saß Volker Jetter bis zum 5.11.79 in der Justizvollzugsanstalt Rottenburg ab.

Die Bundeswehr ließ ihn am 5.11.79 durch Feldjäger vom Gefängnis abholen und wiederum in die Kaserne nach Immendingen bringen. Inzwischen wurde Volker Jetter wegen erneuter Befehlsverweigerung zu 7 Tagen Disziplinararrest verurteilt. Neben dieser disziplinarrechtlichen Anklage wird beim Staatsanwalt auch Strafanzeige (zivilrechtlich) gestellt!

Volker Jetter ist bis jetzt der einzige Totalverweigerer, bei dem die Bundeswehr sich weigert, ihn nach seiner ersten Haftverbüßung zu entlassen.

Die Zivildienstleistenden der VHS Schorndorf fordern in einem Protestbrief an den zuständigen Kommandeur der 10. Panzerdivision, Generalmajor Hackensellner ebenfalls Volker Jetters sofortige Entlassung aus der Bundeswehr und schreiben weiter:

Sehr geehrter Herr Hackensellner,
wir möchten Sie mit diesem Brief dazu auffordern, Volker Jetter, der sowohl den Kriegs- wie auch Ersatzdienst verweigert, sofort aus der Bundeswehr zu entlassen. Obwohl wir einen anderen Weg wie Volker gewählt haben und Zivildienst leisten, verstehen wir die Gründe, die ihn zu diesem weitergehenden Schritt veranlaßt haben. Wir empfinden es als eine Zumutung, wenn konsequente Pazifisten und Anti-Militaristen für ihre Ablehnung des Kriegs- und Ersatzdienstes bestraft werden.
Wir unterstützen Volker Jetter ohne Vorbehalte in seiner Überzeugung, jeglichen Militärdienst abzulehnen. Wir möchten Sie hiermit dringend bitten, Volker Jetter sofort aus der Bundeswehr zu entlassen und den abscheulichen Kreislauf Gefängnis-Kaserne-Gefängnis-..... zu durchbrechen.

Mit hoffnungsvollem Gruß
Tilman Bornefeld, René Schulze
- Zivildienstleistende an der VHS–Schorndorf -

Kontakt: DFG/VK, Ortsgruppe Tübingen, Seelhausgasse 3, 74 Tübingen

Deutsche Jungdemokraten, Landesverband Baden-Württemberg, Rotebühlstr. 133, 7000 Stuttgart 1

UMSTRUKTURIERUNG DES HÖCHSTER KNASTES

Frankfurt/Höchst
4. Dezember
Wie wir erfahren haben, sollen aus dem total überbelegten Höchster Knast (maximale Aufnahmekapazität 180 Gefangene - derzeit mit 227 Gefangenen überbelegt) sämtliche Jugendliche und Heranwachsende aus den Landgerichtsbezirken Darmstadt und Wiesbaden in den Wiesbadener Knast verlegt werden. Die Jugendlichen und Heranwachsenden aus dem Landgerichtsbezirk Frankfurt sollen erstmal im Knast bleiben. Diese Aktion soll Mitte dieser Woche beginnen. Die Informationen über die Gründe dieser Maßnahme sind unzureichend, angeblich wartet der Anstaltsleiter Franke nur auf Weisungen von „oben".

Für die zu verlegenden Jugendlichen und Heranwachsenden bedeutet dieser abrupte Wechsel in einen anderen Knast: Abbruch der bisherigen Beziehungen zu den Gefangenen und anderen Bezugspersonen. Die „Verbesserung", die sie erwartet, ist ein Knast ohne Sichtblenden.

Dafür wird der Höchster Knast wahrscheinlich der höchsten Sicherheitsstufe angepaßt, da er mit erwachsenen Gefangenen aus Preungesheim belegt werden soll. Gerüste für das weitere Anbringen von Sichtblenden sind bereits zu sehen.
Außerdem werden selbst Gruppen- und Freizeiträume umgebaut zu Zellen, was für die ca. 60 verbleibenden Jugendlichen und Heranwachsenden bedeutet, daß keine Möglichkeiten für evtl. Freizeitaktivitäten mehr bestehen.

Kontakt über ID.

„VERLEUMDUNG MIT 9 VERURTEILUNGEN"

Nürnberg
2. Dezember

„Vor einem Vierteljahr ist in Nürnberg der Prozeß gegen 10 Angeklagte wegen „Verleumdung" mit 9 Verurteilungen zu Ende gegangen. Es ging dabei um die Öffentlichkeitsarbeit zum myteriösen Tod des U-Häftlings Günther Braun. Wer noch Material zu diesem Prozeß (Infos, Erklärungen) haben will, wende sich an

Thomas Decker, Hornstr. 6, 85 Nürnberg"

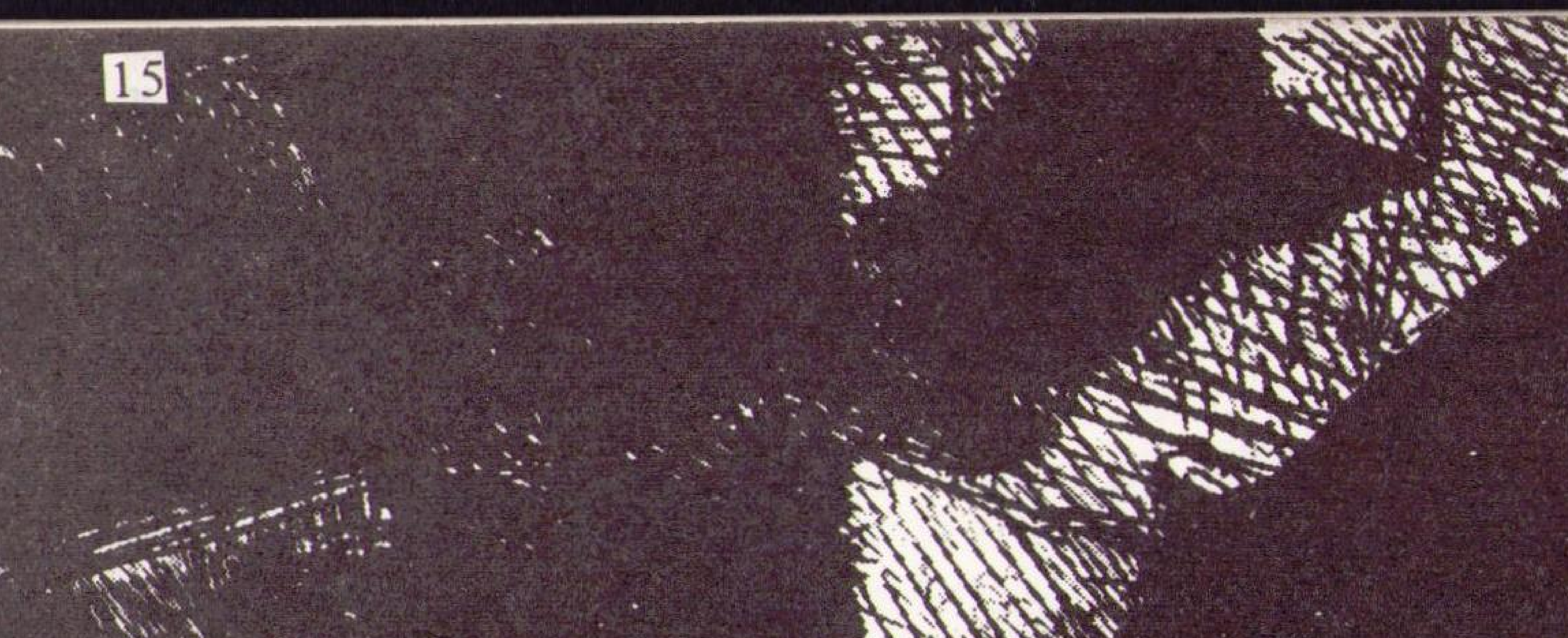
Hessenthal - Wieder ein Zwangsdienstgegner im Gefängnis

Zur Erinnerung: Bernd Bleistein aus 8751 Hessenthal brach seinen Zivildienst nach 8 1/2 Monaten am 19. Juni 78 ab und weigerte sich weiter Zivildienst zu leisten. Sein Anspruch, den er als Kriegsdienstverweigerer hatte, ließ sich im Zwangsdienst nicht verwirklichen.

Am 5. April 79 wurde er von der Aschaffenburger Justiz zu 6 Monaten auf Bewährung verurteilt mit der Auflage den Zivildienst zu beenden (7 1/2 Monate). Einer Einberufung in die Zivildienstkaserne nach Fürth kam er nicht nach und die Bewährung wurde aufgehoben.
Darauf folgte die Haftantrittsaufforderung der JVA Aschaffenburg seine Strafe von 6 Monaten am 12.11.79 anzutreten. Von 35 Freunden begleitet trat er am Montag den 12.11.79 um 13 Uhr diese an.

Wir bitten alle Leute, Schreibt Protestbriefe an den Gefängnisdirektor Hasenhägweg, 8750 Aschaffenburg, an den Verteidigungsminister Dr. Apel, Postfach 1328, 5300 Bonn 1. Und Bernd freut sich sehr über Post. Adresse: Bernd Bleistein, JVA Hasenhägweg, 8750 Aschaffenburg.

Kontakt: Dust, Klaus, Hauptstraße 15
8751 Hessenthal



GRAUZONEN DER FREIHEIT

Über die Paragraphen zwischen „Drinnen" und „Draußen"

Frankfurt 1. Oktober *"Lydia ist frei" — die Überschrift liest sich klar und gut, für einen einfachen Tatbestand: die Knasttore schließen sich hinter einem Menschen. Im ID werden die Leser öfters damit konfrontiert, daß solche Freiheit nicht unbedingt auch wirklich frei macht. Herbert Soffel, ein Angeklagter aus dem ehemaligen Gefangenenrat, wurde vom Krankenhausbett weg verhaftet ("Tageszeitung", 2. Juli 1979), denn die zur Wiederherstellung der Haftfähigkeit gewährte Haftverschonung brauchte nach Ansicht des Gerichts nach einer gewissen Besserung seines Krankheitszustandes nicht weiterzubestehen. So schnell kann das gehen. "Soffel ist frei" wäre dann doch nicht die richtige Aussage gewesen.* (Ob sie jetzt richtig ist - Herbert Soffel ist am 25. November aus dem Knastkrankenhaus weggeblieben - wird sich zeigen. - ID) *Im Fall Astrid Proll herrschte ähnliche Sprachverwirrung. Auch der ID hat schon falsch oder mißverständlich über diese Grauzonen bedingter Freilassung berichtet. Ein ID-Mensch, dem das zu dumm wurde, hat sich von einem erfahrenen Frankfurter Rechtsanwalt Nachhilfestunde geben lassen. Die Informationen sind wahrscheinlich für alle wichtig, deshalb bringen wir sie hier.*

Du hast mordsmäßig geschimpft, als seinerzeit im ID stand, Sylvia Herzinger (angeklagt wegen "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung") sei "freigelassen" worden, weil kein "hinreichender Tatverdacht" mehr bestehe (ID 268).

Klar, denn am Verdacht wurde festgehalten. Mit ihm werden Maßnahmen gerechtfertigt, die den jeweils Betroffenen ganz erheblich belasten und schließlich wird ja auch Anklage erhoben und ein Prozeß soll eröffnet werden. Der Druck, der ausgeübt wird, hat sich also nur verändert, die Probleme bestehen trotzdem noch. Und in dieser Situation kann man sich zwar freuen, daß jemand aus dem Knast rauskommt, das darf aber nicht dazu führen, den Fall nun als erledigt abzuhaken. Und deshalb war das ganz elementarer Unsinn; es bestand zwar Verdacht, es wurden aber andere Mittel gefunden, das Verfahren zu sichern: für Sylvia wurde der Haftbefehl mit entsprechenden Auflagen außer Vollzug gesetzt. Der Haftbefehl besteht also noch, nur wird keine Untersuchungshaft vollzogen.

Und in welchen Fällen passiert das?

Da die Untersuchungshaft der "Verfahrenssicherung" dient, also daß das Gerichtsverfahren gegen den (die) Angeklagte(n) stattfinden kann, soll die Haft
— Flucht,
— Verdunkelung, (also Veränderung oder Beiseiteschaffen von Beweismitteln, auch Zeugen) und
— Wiederholung von Straftaten
verhindern.

Dementsprechend gibt es, wenn der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt wird, Auflagen. Das sind einmal Meldeauflagen — sie reichen von einmal täglich persönlich Melden bis einmal monatlich schriftlich Mitteilen, wo man gerade ist. Dann die Zahlung einer Kaution, mit der die Freiheit versilbert wird. Zum Beispiel mußten für Sylvia Herzinger 60.000, für Claus Croissant 80.000, für Sybille Straub (s. ID 278) sogar 100.000 Mark gezahlt werden. Bei Spionagefällen geht das jetzt auch schon mal über eine Million. Die Kautionssumme streicht der Staat ein, wenn sich der Beschuldigte der Strafverfolgung entzieht — üblicherweise indem er auf das Geld pfeift und abhaut.

Gegen die Verdunklungsgefahr gibt es das Verbot, mit bestimmten Personen in Kontakt zu treten; das ist aber schwer zu kontrollieren. Auch gegen die Wiederholungsgefahr gibt es solche Auflagen: die Hascher bekommen z.B. verboten, auf die Haschwiese zu gehen, was im Grunde erst wieder bedetsam wird, wenn sie dort erneut festgenommen werden.

Und wie legt das Gericht fest, ob z.B. Fluchtgefahr besteht?

Ermessenssache. Bei Ausländern nehmen sie eigentlich fast immer Fluchtgefahr an. Die Standardformulierung, "... ist zu erwarten, daß er sich der Strafverfolgung durch Flucht ins Ausland entziehen wird ..." hört man in fast 90 % aller Fälle. Der Haftrichter legt sonst Wert auf die Bindungen, die einen hindern können, abzuhauen. Und für Richter sind das vor allem ein fester Arbeitsplatz und eine solide Wohnung. Es hat schon Richter gegeben, die haben Fluchtgefahr bejaht, weil der Beschuldigte in einer Wohngemeinschaft wohnte. Das sei eben nicht solide genug, um die Fluchtgefahr auszuschließen. Kriterium ist eigentlich die Phantasie des Richters darüber, ob es sich lohnt zu bleiben.

Also „außer Vollzug gesetzt" wird der Haftbefehl, wenn Flucht-, Verdunklung- und Wiederholungsgefahr mit anderen Mitteln ausgeschlossen werden können, der Tatverdacht aber immer noch besteht. Was war denn nun bei Herbert Soffel los: Haftverschonung und dann diese plötzliche Wiederverhaftung?

Ich glaube, die Geschichte mit dem Soffel läßt sich nur noch mit der Psychopathologie des Vorsitzenden in dem Verfahren erklären. Juristisch könnte man folgendes vermuten: Voraussetzung für die Haft ist, daß du haftfähig bist. Wenn die Haft den Beschuldigten in Lebensgefahr bringt — wie das ja auch bei Werner Hoppe der Fall war — ist die Vollziehung des Haftbefehls nicht mehr "verhältnismäßig", Als der Richter Lehr (Vorsitzender der 23. Strafkammer) unterstellt hat, Soffel sei wieder bei Gesundheit, hat er ihn sofort wieder in Haft nehmen lassen. Wahrscheinlich hat er's mit Fluchtgefahr begründet: wer gesund ist, muß vor diesem Gericht einfach davonlaufen.

Was machst du gegen Haftentscheidungen?

Alle diese Entscheidungen trifft der Haftrichter. Den Haftbefehl erläßt er auf Antrag der Staatsanwaltschaft, alle weiteren Entscheidungen ergehen entweder auf Antrag der Staatsanwaltschaft oder der Verteidigung bzw. des Beschuldigten.

Wichtig ist der Anspruch auf Haftprüfung. Jeder Inhaftierte kann nach Eröffnung des Haftbefehls Haftprüfung verlangen, die dann in einer mündlichen Verhandlung stattfinden kann. Bis dahin sollte er sich aber auf jeden Fall einen Verteidiger besorgt haben. Wenn man mindestens drei Monate in Haft saß, kann man schließlich alle zwei Monate erneut mündliche Haftprüfung beantragen. Gegen die Haftentscheidungen hat sowohl der Staatsanwalt wie auch der Beschuldigte Beschwerderecht. Dann entscheidete die nächsthöhere Instanz (also z.B. Haftprüfung durch das Amtsgericht; Haftbeschwerdeentscheidung durch das Landgericht).

Und was war mit Astrid Proll? Da gab es doch die Diskussion über ein „Angebot" auf Ministerebene?

Der hessische Justizminister Günther kann der Staatsanwaltschaft Weisungen geben, und damit hast du natürlich eine Ebene für politischen Druck. Die Staatsanwaltschaft ist ja sowieso eine merkwürdige Konstruktion, als politische Kontrollbehörde im Prozeß. Das Gericht selber ist natürlich, wie die Verfassung vorschreibt, „über alle politischen Weisungen erhaben." Da gibt es nur den Druck über die Öffentlichkeit, die Presse undsoweiter. Davon abgesehen sind im Fall Astrid Proll die gleichen Gründe für Außervollzugsetzung des Haftbefehls und für Haftverschonung maßgebend, wie ich sie schon erklärt habe.

Vielleicht wird jetzt im ID ein bißchen vorsichtiger mit Sätzen umgegangen wie „Lydia ist frei. . ."

Schiefe Darstellungen kommen halt laufend vor in den linken Zeitungen, in der TAZ, im ID. Es ist naiv, und Leute außerhalb der „Scene" kriegen kein Vertrauen zu dieser Berichterstattung. Außerdem ist's fatal, weil die Leute einen falschen Begriff von der Repression bekommen.

Kontakt: über ID.

HERBERT SOFFEL HAT SICH ERNEUTER INHAFTIERUNG ENTZOGEN ! !

Frankfurt
5. Dezember

Herbert Soffel war Mitglied des Frankfurter Gefangenenrates, der Anfang der siebziger Jahre Knastarbeit in Frankfurt machte und unter anderem eine Knastzeitung, den ND, herausgab. Der Gefangenenrat erregte überregionales Aufsehen, als er den Mannheimer Gefängnisskandal aufdeckte. 1975 und 76 wurden Teile des Gefangenenrates inhaftiert, u.a. auch mit dem Vorwurf, an dem Tod des Butzbacher Gefängnisleiters Künkeler beteiligt gewesen zu sein.

Herbert S. wurde am 20.11.79 wegen sechsfachen Bandendiebstahls mit Schußwaffen in Tateinheit mit einer zweifachen Urkundenfälschung, sowie verschiedener anderer Diebstähle unter Einbeziehung einer bereits abgesessenen vierjährigen Haftstrafe aus dem Jahr 76 und erlittener U-Haft von einem halben Jahr zu einer Gesamtstrafe von 8 1/2 Jahren Knast verurteilt.

Skandalös bei dem Urteil war unter anderem, daß Richter Lehr Herbert S. praktisch eine Selbstverschuldung seines jetzigen Gesundheitszustandes unterstellte. Herbert mußte vor ca. 2 Monaten (bereits zum 2. Mal) wegen akuter Lebensgefahr, als Folgeerscheinung durch 4 1/2 jährige Isolationshaft, aus dem Knast in ein öffentliches Krankenhaus gebracht werden.

Von den Angehörigen Herberts erhielten wir eine Erklärung von ihm, aus der hervorgeht, daß er sich seit dem 25.11.79 nicht mehr im Stadtkrankenhaus Kassel befindet und sich somit selbst dadurch der drohenden erneuten Inhaftierung - und damit wahrscheinlich seiner Vernichtung - entzogen hat.

In den letzten Tagen schoß mir immer öfter ein Satz von Schwedes (SS-Gutachter) durch den Kopf: „Jaaa, im Moment sind sie wieder haftfähig... natürlich (sic!) werden sich jetzt ihre Symptome verstärken". Das sagte Schwedes kurz nachdem ich im Juni in der Uni-Klinik aus dem Bett raus verhaftet wurde. Drei Monate später konnte ich wieder gerade noch rechtzeitig in ein normales Krankenhaus kommen.
Drei Monate, in denen ich isoliert war, in denen ich so gut wie jeden Tag durchsucht wurde und mehrmals zwischen Ffm und Kassel hin und her ‚verschubt' wurde, in denen ich ein Nierenversagen hatte, zusammengeschlagen und zwangsweise zu Schwedes transportiert wurde. Drei Monate, in denen mit allen Mitteln versucht wurde, mich zu brechen: physisch, psychisch. Genossen, Freunde und Rechtsanwalt konnten das „Letzte" verhindern: im Notarztwagen kam ich gerade noch rechtzeitig in ein Krankenhaus. Jetzt, zwei Monate später, nach relativer Besserung der Symptome (ohne daß die Ärzte eine sichere Ursache fanden) steht meine Wiederverhaftung kurz bevor. Nach schon 4 1/2 Jahren Knast heißt das: weitere vier Jahre Vernichtungshaft, die in ihrer Totalität und Determiniertheit sich nicht ‚befürchten' lassen, sondern in ihrer Realität bereits Dokument sind.
Irmgard Möller und Günther Sonnenberg, um nur zwei Namen zu nennen, beide haftunfähig, beide im Heiß/Kalt-Bad der Isolationsfolter: Ergebnisse deutscher Gründlichkeit: die Verwissenschaftlichung der Folter.

Die neuen Hochsicherheits-Trakts, nach den neuesten Erkenntnissen der Deprivationsforschung gebaut, in denen die Gefangenen total den SS-Organen und Geheimdiensten ausgeliefert sind, in denen die Gefangenen jeder normalen Orientierung beraubt die „idealen Objekte" eines wissenschaftlich programmierten Vernichtungsprogramms sind. Die „Ergebnisse" (bzw. die sie erwarten) - Folgen, sind - auch - bekannt: Desorientierung, Verlust der psychosomatischen Einheit, Entfremdungserscheinungen, sich gegenseitig verstärkende vegetative Entsteuerungen.
Konkret: genau die Situation, die mich erwartet: ein nicht ausgesprochenes Todesurteil mit der zweifelhaften Hoffnung, daß evtl. nochmal der RA, Freunde, Genossen rechtzeitig intervenieren können, die Klarheit, das - erlebte - Wissen, daß ich in kurzer Zeit wieder auf nen Punkt komme, bei dem es wieder um 'gerade noch' gehen wird

Sprich: die Gewißheit, daß ich weder vier Jahre noch ein paar Monate Knast unter den üblichen Haftbedingungen überleben kann; einfach weil mein Körper nicht mehr mitspielt und als Alternative, ZUM ÜBERLEBEN, ZUM GESUND—WERDENKÖNNEN, selbst die dazu nötigen Bedingungen zu bestimmen; wozu ich jetzt noch die Möglichkeit habe, was erstmal ein „Sich zurückziehen" impliziert, im Gegensatz zu den anderen Gefangenen, die der Totalität der Vernichtungshaft ausgesetzt sind und weiterhin werden.

Der Vernichtungshaft, der ich mich heute entzogen habe, sind noch viele Gefangene ausgesetzt.
Der Kampf gegen die Vernichtungshaft und die Realisierung der Trakte muß weitergeführt werden.

Herbert Soffel

EINBERUFUNG – WER HILFT?

Ich bin vom Kreiswehrersatzamt Hannover-Außenstelle Hameln für die Einberufung zum Wehrdienst am 2.1.80 vorgesehen. Ich – geb. 52, 27 Jahre – habe zwei KDV-Verhandlungen verloren. Die letzte Verhandlung liegt ungefähr 4 Jahre zurück. Widerspruch konnte von mir nicht fristgemäß eingereicht werden und wurde nicht anerkannt. Es folgte ein Musterungsbescheid. Eine Musterung kam nicht zustande, weil ich umgezogen war. Danach kam eine Liste zu meinem Hauptwohnsitz (Elternwohnsitz), wo ich meine voraussichtlich ständigen Aufenthaltsorte chronologisch eintragen sollte (von wann bis wann wo?). Darauf habe ich nicht geantwortet. Das ist fast 4 Jahre her und ich hörte seitdem nichts mehr.

Bei der ersten Musterung habe ich die Annahme des Wehrpasses verweigert. Ich habe vor, dieser Einberufung nicht zu folgen.

Wer befindet sich in einer ähnlichen Situation? Wer hat Erfahrungen und Informationen, die helfen können, solche Situationen zu meistern? Vielleicht ergeben sich gemeinsame Aktionen ...? ? ?

Mein vorläufig ständiger Aufenthaltsort:
Rainer Schmidt, Saalestr. 3b, 3216 Salzhemmendorf 9, Ockensen.

WARUM ICH TOTALVERWEIGERER GEWORDEN BIN ...

BREMEN November '79 *Claus aus Bremen schreibt uns:*
Ich habe am 1.9.19, nachdem ich 4 Monate Zivildienst abgeleistet hatte, diesen abgebrochen, sodaß ich Totalverweigerer geworden bin. Ich will jetzt nicht genau schildern, wie es dazu gekommen ist, da sonst der Brief ziemlich lang würde. In der Hauptsache will ich mich auf einen Aspekt beschränken, der mir im Moment am wichtigsten ist. Bis vor 5 Monaten war für mich das Wort Totalverweigerer unbekannt, jedoch habe ich mich damit sehr wenig beschäftigt und wenn überhaupt, dann habe ich immer gedacht: Ich find es zwar toll, daß Leute im Kampf für den Frieden sogar in den Knast gehen, aber für mich selber habe ich eine solche Konsequenz nie ernsthaft überlegt. Totalverweigerer waren für mich tolle Idealisten, die ich irgendwie bewundert habe, aber, da ich das für mich selber absolut nicht nachvollziehen konnte, habe ich mich mit ihnen überhaupt nicht auseinandergesetzt.

Überspitzt formuliert waren das für mich ‚pazifistische Spinner'. Wo ich jedoch selber ZDL-Dienst angefangen habe, hatte ich keine feste Beschäftigung. Gut 4 Monate war ich in Urlaub und die restliche Zeit habe ich zwar auf dem Papier studiert, jedoch die meiste Zeit das gemacht, was mir Spaß gemacht hat. Ja und dann, als ich gerade angefangen hatte, so ein klein bischen zu lernen, mit mir selber und meiner Zeit zurecht zu kommen, da kommt der liebe Staat und sagt: Schluß jetzt, jetzt wirst du 16 Monate, jeden Tag für 8 Stunden arbeiten. Erstens sehe ich nicht ein, für einen Staat arbeiten zu müssen, den ich für schlecht halte und zweitens hab ich jetzt mal ganz direkt gespürt, wie unfrei das hier alles abläuft. Nicht nur, daß man hier seine Klappe halten muß und in allen Dingen eingeschränkt wird, nun auch mein Tagesablauf von diesem Staat ganz direkt festgelegt wird.

Mir ist klar, daß fast jeder in diesem Staat zur Arbeit gezwungen wird und er oder sie damit um sein oder ihr Leben betrogen wird, aber was ich halt bis jetzt immer dachte, daß, wenn ich nämlich auf das ganze Geld verzichte, ich mich diesem Rhythmus entziehen kann, daß das auch nicht möglich ist, das hab ich erst verstanden, als ich den ZDL-Dienst angefangen hab.

Ich will mit diesem Brief nicht sagen, daß ich die Gründe zu Totalverweigerung, die aus pazifistischen Beweggründen entstehen, nicht akzeptiere. Im Gegenteil, ich bin auch gegen Militär und Gewalt. Ich will nur sagen, daß auch andere Gründe zur Totalverweigerung führen können und sich nicht nur ausgeprägte Pazifisten damit auseinandersetzen können, sondern jeder der meint oder versucht, zumindest sein Leben selbst bestimmen zu dürfen, ob er nun gern den ganzen Tag studieren möchte oder spazieren geht, oder was bauen, oder faulenzen oder was auch immer.

Claus aus Bremen

TREFFEN DER ZIVILDIENST-LEISTENDEN

Tübingen
3. Dezember

Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) in Tübingen veranstaltet ein Treffen über Sinn, Ziel und Form einer Klage gegen den 16. Monat bzw. für Verdienstausfall. Kostenloses Infomaterial versendet:

F. Rollinger
Hindenburgplatz 25
7401 Dußlingen
Tel.: 07072/5316

Das Treffen findet statt: am 15.12.79, 9.00 Uhr im Verein für Friedenspädagogik Seelhausgasse 3, 74 Tübingen

JUGENDHOF SOLLEN DIE ZIVILDIENSTLER GENOMMEN WERDEN

Rossdorf 4. Dezember *Der Jugendhof im Bessunger Forst ist seit 1966 Jugendbildungsstätte in eigener Trägerschaft. Dort wird in freier Atmosphäre besonders Gruppen mit sozial benachteiligten Teilnehmern die Möglichkeit zu Tagungen und Veranstaltungen gegeben. Der größte Teil der Arbeit wird von 6 Zivildienstleistenden verrichtet - eine der wenigen Möglichkeiten, einigermaßen Zivildienst zu leisten -. Das Bundesamt für Zivildienst will jetzt dem Jugendhof die Anerkennung als Dienststelle entziehen. Damit ist der Jugendhof akut in seiner Existenz bedroht. Hier setzt sich den Tendenz des Bundesamtes fort, kleinere Dienststellen - wo noch relativ autonom sogar fortschrittliche Arbeit geleistet werden kann - zu schließen und die Zivildienstleistenden in zentrale Kasernen zu stecken - damit alles unter Kontrolle ist und die Abschreckung, Zivildienst zu leisten, erhöht wird. Die Leute im Jugendhof wehren sich gegen diese Maßnahmen. Nachdem zuerst alle ZDLs innerhalb von 5 Tagen in andere Dienststellen versetzt werden sollten, ist nun per Gerichtsbeschluß ein Aufschub bis April erwirkt worden.*
Begründung für diesen Beschluß des Bundesamtes für Zivildienst ist ein hanebüchener Reisebericht eines Oberregierungsrates aus dem Bundesamt für Zivildienst in Köln, der sich vor Ort „über die dort herrschenden Verhältnisse informieren" wollte. Hier wird er dokumentiert.

Abschrift des Reiseberichts vom 29.9.1979
Verfasser: Referent II 3 - Oberregierungsrat Manfred Dorl
Bundesamt für den Zivildienst, Köln

Auf der Rückfahrt nach Darmstadt bat mich Regionalbetreuer Lotz, einen Besuch des Jugendhofes im Bessumer (!) Forst in 6101 Roßdorf (ZDS 2735/01) zu machen, um mich über die dort herrschenden Verhältnisse zu informieren.
Dabei handelt es sich um ein sog. Schullandheim(!), in dem aber nicht nur Jugendgruppen aus Schulen unterkommen kön-

nen, sondern auch Jugendgruppierungen verschiedenster Art. Ich kann kaum beschreiben, welch negativer Eindruck die gesamte Einrichtung hervorruft. Es ist, als ob man in eine Wohnkommune niedrigster Stufe kommt. Alles starrt vor Schmutz, Unaufgeräumtheit und allgemeiner Unordnung. Der Leiter, ein ehemaliger ZDL Henkel saß inmitten seiner ungepflegten ZDL in der Küche beim Palavern. Alles wirkte abbruchreif und assozial. Die Aufgabe der ZDL soll im Kochen und Säubern der Unterkünfte der Gäste bestehen, die in einem Nebenhaus untergebracht sind. Als ich dort war, traf ich eine Mädchengruppe ohne Leitung an; die ca. 20jährigen (!) versorgten sich selbst (!) und hatten nur die Unterkunft angemietet, um ein Treffen zu veranstalten. Es waren ca. 6 Mädchen dort. Im anderen Teil des Hauses saß eine Jugendgruppe von 8 teils sehr jungen, teil älteren Teilnehmer, die gerade von einem ZDL über das Anerkennungsverfahren als KDV informiert wurden und angeblich über die Kriegsdienstverweigerung diskutierten.

Die dort untergebrachten ZDL hausen in einer Baracke, die menschlichen Ansprüchen kaum noch gerecht werden kann. Die Unordnung und herumliegenden Abfälle sind kaum zu beschreiben. M.E. sollte nicht nur die Gemeinnützigkeit überprüft werden, auch in gesundheitsrechtlicher Hinsicht ist eine Untersuchung geboten. Keinesfalls kann diese ZDS weiterhin anerkannt bleiben. Bezeichnenderweise sind sämtliche 6 vorhandenen ZD-Plätze belegt, z.T. schon für die Zukunft vorgemerkt, obwohl keine EKL gefordert wird. Der Andrang von einer gewissen Sorte ZDL ist so groß, daß ständig EKL erteilt werden, die bislang befolgt wurden, da hier nähere Umstände nicht bekannt waren.

Ich rate I1 (Leiter des Bundesamtes für Zivildienst) dringend unangemeldet eine weitere Überprüfung durchzuführen, falls diese Ausführungen nicht zur Aberkennung ausreichen sollten. Ein Einsatz von ZDL ist von mir nicht weiter zu verantworten, ich schlage vor, die jetzt dort tätigen Dienstleistenden unverzüglich zu versetzen, wobei eine vorherige ausgiebige Körperreinigung und Desinfektion angezeigt wäre (!).

Anläßlich der Regionalbetreuertagung sollten sämtliche Regionalbetreuer angewiesen werden, derartige Einrichtungen sofort dem Bundesamt für Zivildienst (BAZ) zu melden, damit von hier entsprechende Schritte eingeleitet werden können.

Kontaktadresse:
Jugendhof im Bessunger Forst e.V.
Aschaffenburger Str. 183 - 185
6101 Roßdorf 1
Tel.: 06151/14171

Woche zum Knast und zur Psychiatrie in Göttingen!

Göttingen
3. Dezember

In der Zeit vom 10.-17. Dezember wollen wir eine Knastwoche machen.

Mit Filmen, Musik und einer Ausstellung zum Knast und zur Psychiatrie wollen wir die Auseinandersetzung mit der Situation der „Eingesperrten" und unserem Verhältnis dazu wieder aufnehmen, einmal unabhängig von „spektakulären" Ereignissen, die bisher zwar Anstoß gegeben haben zu Gesprächen, Diskussionen und Veranstaltungen; es hat sich aber nur in den seltensten Fällen daraus eine kontinuierliche Arbeit, bzw. Diskussionszusammenhang ergeben.

Es ist wichtig, von der „linken Sensationslust" wegzukommen, denn es werden ständig Menschen eingesperrt, von dieser Gesellschaft ausgesperrt, die sich nicht anpassen, nicht eingliedern lassen in die vorgeschriebenen Normen, die unter unmenschlichen Bedingungen zu dem gemacht werden sollen, was hier gebraucht wird, angepaßte Duckmäuser und kaputte Arbeitsmaschinen. Eine enge Verbindung zwischen Knast und Psychiatrie läßt sich durch die bereits genannten Tatsachen feststellen, aber auch durch verstärkte Psychiatrisierung von Gefangenen, dem Durchsetzen einer lebenslänglichen Sicherheitsverwahrung, starke Ähnlichkeiten in der Unterbringung, um nur einige Verbindungen zwischen Justiz und Knast und der Psychiatrie zu nennen. Darüber wollen wir mit Euch reden, im Anschluß an die Veranstaltungen:

Mo, 10.12.: „Die Anstalt" (Film), 20 h Theaterkeller, Geismarlandstr.
Do, 13.12.: „Albert warum?" (Film) 20 h
Sa, 15.12.: „Der faire Prozeß des Marcel G." 20 h
Sa, 16.12.: „Radikales Frühstück" mit Dave Corner (Lieder zum Knast) 10.30 h Theaterkeller
Mo, 17.12.: „Attica" (Film), 20 h Theaterkeller

Die Ausstellung zum Knast und Psychiatrie ist vom 15.12.79 bis zum 14.1.80 im Foyer des Jungen Theaters (KAZ, Hospitalstr.).

Kontakt: Gruppe Justiz-Knast-Psychiatrie, c/o Buchladen Rote Str. Rote Straße 10, 3400 Göttingen

DER (LEIDENS-) WEG EINES FÜRSORGEZÖGLINGS

ODENTHAL
4. Dezember

Michael Zimmermann, ein heute 16-jähriger Junge, lebte laut Zitat aus einem Gerichtsurteil in einem Haus, das „äußerlich recht zerfallen und vernachlässigt" war, „...unmittelbar vorm Zaun zum Oberhausener Bordell".

Um aus seiner damaligen Situation auszubrechen meldete sich Michael als 14-jähriger beim Jugendamt und bat um Aufnahme in ein Heim. Zuvor jedoch sollte er wegen „Räuberischer Erpressung" eine 10-monatige Jugendstrafe im Knast absitzen. Der Grund der Verurteilung war: Michael hatte einem Nachbarsjungen Prügel angedroht, wenn er nicht mit seinem Mofa einige Runden fahren dürfe.

Der Staat zeigte jedoch fürsorglich „Nachsicht" und Michael durfte vom Gefängnis ins Landeserziehungsheim Viersen umziehen. Dort hielt er es nicht lange aus.

Am 17.9.78 riß er zusammen mit zwei Freunden aus. In Neuwied, wo die drei hingetrampt sind, erleichterten sie nachts einen Nichtseßhaften um 9 DM. Die Polizei faßte die drei und brachte sie zurück in die Landeserziehungsanstalt Viersen.

3 Monate später floh Michael wiederum mit drei Freunden aus der Erziehungsanstalt. Sie kamen zum Jugendhof nach Odenthal.

Heinz, der auf dem Jugendhof wohnt: *„Wir sagen hier ist der Jugendhof. Das ist eine Einrichtung, eine alternative Einrichtung zur herkömmlichen Heimerziehung."*

ID: *„Von wem wird denn der Jugendhof getragen?"*

Heinz: *„Wir tragen uns selbst. Wir bekommen also keine Zuschüsse und so. Nä, überhaupt nicht. Uns gibt es seit 5 Jahren und hier leben zur Zeit 15 Jugendliche und Erwachsene. Alle die hier wohnen, haben mit Knast oder Heimen schon etwas zu tun gehabt. Hier sind keine Sozialarbeiter und wir kriegen kein Geld von den Behörden. Und wir bekommen deshalb kein Geld, weil wir sagen: Was sollen wir überhaupt hier mit einem Sozialarbeiter? Wir können uns auch selbstverwalten! Wenn ihr „Fachlichkeit" wollt, wir haben selbst genug „Fachlichkeit". Wir waren selbst in Heimen und kennen eure Scheiß-Methoden ... Am Tag rufen hier, damit Du dir mal die Auswirkungen ungefähr vorstellen ka kannst, am Tag rufen hier so im Durchschnitt 3 Leute aus Heimen an. Das ist ganz viel und von daher...*
Hier stehen die ganzen Leute. Wir kriegen erstmal kein Geld von den Behörden und machen unsere Arbeit und Leben trotzdem. Wir haben es nicht nötig, irgendwo

filzen zu gehen. Man muß einfach sehen, wie das auf die anderen wirkt – auf die Heimerziehung.
Die haben große Heime. Da sind die Psychologen und die Erzieher und diese Scheißer. Die Heimleiter und die Küchenfrau und alles in einer versorgten Haltung. Ein Heimplatz kostet pro Tag 140 DM und trotzdem geht die Hälfte der Insassen danach in den Knast."

Zwei Jungen durften auf dem Jugendhof bleiben. Nur bei Michael wollten die Behörden, daß er in die Landeserziehungsanstalt Viersen zurück geht. Er blieb aber auf dem Hof.

Im Februar '79 stand Michael mit seinen Freunden wegen Raub an dem Nichtseßhaften (Beute 9 DM) in Mönchengladbach vorm Landgericht. Er wurde verurteilt, weil er sich der offiziellen Heimerziehung entzogen hatte. Noch im Gerichtsaal wurde er verhaftet. Die Strafe lautete: 1 1/2 bis 3 1/2 Jahre Knast. Die anderen beiden Freunde wurden ebenfalls verurteilt. Andreas S., der freiwillig im Heim geblieben ist, kam mit 4 Wochen Arrest davon. Hans S. ein bis drei Jahre Zeitstrafe.

Ein Rechtsanwalt, der das Vertrauen von Michael und dem Jugendhof besaß, beantragte die Aufhebung der Untersuchungshaft, dem aber erst nach einem Selbstmordversuch Michaels stattgegeben wird. Der Haftbefehl wird außer Vollzug gesetzt. Obwohl vorher schon ein psychiatrisches Gutachten vorlag, daß Michael wegen seiner Kindlichkeit haftunfähig sei. Die Freilassung aus der Haft bewirkte ein hoher Beamter des Landesjugendamtes.

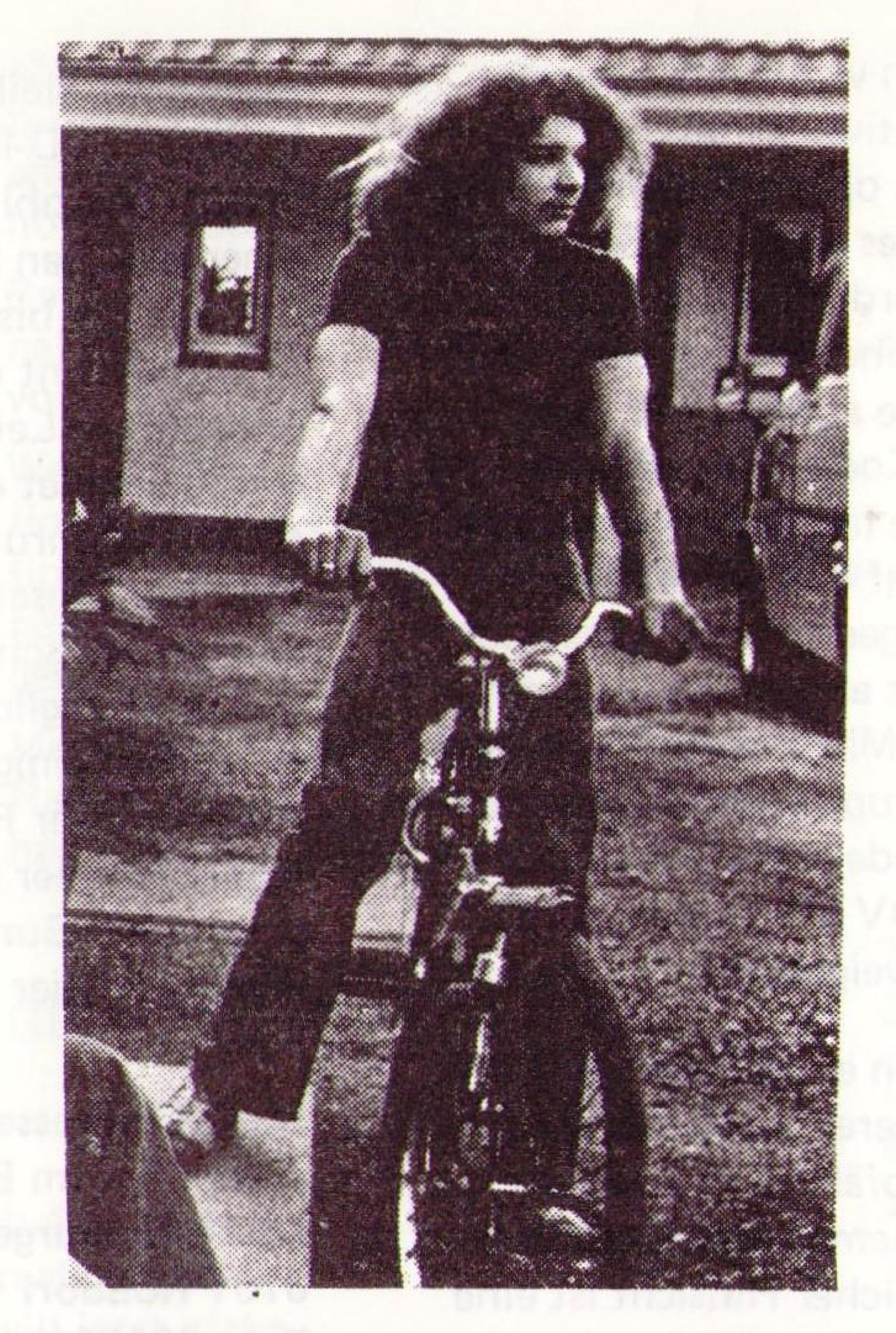
Doch Michael durfte nicht zurück zum Jugendhof gehen, sondern in ein Kleinheim des Landesjugendamtes, denn so Heinz vom Jugendhof:

„Das Landesjugendamt denkt sich, wenn wir den Michael zum Jugendhof hingeben würden, dann würde es den Jugendhof inoffiziell anerkennen. Weil die das aber nicht machen wollen , weil die nicht sehen wollen, daß auch wir Erfolge haben gegenüber ihren Scheiß-Heimen, deshalb durfte Michael nicht zu uns."

Michael floh jedoch aus dem Kleinheim zurück zum Jugendhof.

Ein Kompromiß mit dem Jugendamt wurde gefunden. Von Montag bis Freitag mußte Michael ins Heim, das Wochenende durfte er auf dem Jugendhof verbringen. Voraussetzung war aber, daß die Berufungsverhandlung im Mai '79 stattfinden würde.

Aus unerklärlichen Gründen wurde der Termin ständig verschoben. In Juni '79 hielt es Michael nicht mehr im Heim aus und ging wieder ganz zurück zum Jugendhof. Er lernte dort ein Mädchen kennen und deren Familie. Michael hatte vielleicht zum erstenmal in seinem Leben das Gefühl, zu einer Familie zu gehören. Während dieser Zeit, in der er auf dem Jugend-



Michael Zimmermann vor seiner Verhaftung

hof lebt, meldete er sich jede Woche auf der Polizeistation und niemand hatte daran etwas auszusetzen. Er glaubt, jetzt ginge alles in Ordnung.

Doch am 22.10.79 brach der Staat wieder mit Gewalt in das Leben von Michael ein. Das Landgericht Mönchengladbach beschloß: Michael muß zurück ins Gefängnis. Begründung: Der Verschonungsbeschluß vom 29. März habe angeordnet, daß sich der Junge dem Landesjugendamt zu unterstellen habe. Der mittlerweile 16-jährige Junge habe trotz dieser Auflage auf dem Jugendhof GELEBT. Erst am 14. November, zwei Tage vor dem Beginn der Berufungsverhandlung, erfuhren Michael und der Jugendhof von dem Beschluß. Ein Tag vor der Verhandlung erfuhr der Jugendhof, daß Gutachter und Zeugen ausgeladen worden waren und nur Michael mit seinem Anwalt zum Gericht kommen sollten.

Alle Mitglieder des Jugendhofes fuhren trotzdem am 16. November zur Gerichtsverhandlung nach Mönchengladbach. Das Urteil des Gerichts lautete: Der Haftbefehl gegen Michael Zimmermann ist sofort zu vollstrecken, weil Michael flüchtig sei.

Zum zweitenmal in diesem Jahr wurde er im Gerichtssaal verhaftet. Und nur deshalb, weil er endlich mal Leben wollte, bei seiner Freundin und bei seinen Freunden auf dem Jugendhof. Der Anwalt und einer vom Jugendhof erreichten eine sofortige Besuchserlaubnis. Sie konnten Michael noch ein wenig Mut machen, dann mußten sie wieder raus.

Draußen vor dem Gefängnis protestierten seine Freunde lautstark gegen das Urteil. Das Ergebnis war, daß eine Reihe von Leuten von der Polizei zusammengeschlagen wurden. Vier ältere Frauen, die zufällig Augenzeugen des Geschehens wurden, weinten vor Schreck und Empörung und riefen den Jugendlichen zu: „Lauft doch weg, Jungs...".

Der Anwalt von Michael legte noch am selben Tag Beschwerde gegen das Urteil ein. Er schreibt: „...*Es bleibt also für die Verteidigung der recht zweifelhafte Eindruck zurück, wonach Michael Zimmermann weniger als Mensch, sondern vielmehr als Objekt behandelt wird, an dem aus welchen Gründen auch immer, ein Exempel statuiert werden soll, wonach Gesetze nicht für, sondern gegen die Menschlichkeit gemacht sind (...) Es bleibt abzuwarten, ob Michael Zimmermann die neue Situation überlebt und aufgrund seines kindlichen und labilen Charakters erneut Selbstmordversuche unternehmen wird. Wer ist dann dafür verantwortlich?"*

Niemand trägt die Schuld von Michaels Verurteilung. Das Landesjugendamt meint nach der Verhaftung: „Wir haben einen Antrag auf Haftverschonung gestellt." Das Landgericht sagt: „Wir können nicht anders. Wenn das Landesjugendamt die Fürsorgeerziehung aufheben würde ... ja, dann ist er nicht mehr flüchtig. Aber so ..."

Michael ist mittlerweile zwangsweise ins Landeskrankenhaus Viersen (Psychiatrie eingeliefert worden.

Die Hauptverhandlung der Berufung soll nun am **21. Dezember um 11.30 Uhr im Landgericht Mönchengladbach** stattfinden.

Heinz vom Jugendhof sagte noch zu mir: *„Wir hoffen, daß dort eine Menge Leute hinkommen, nicht um dem Gerichtsverfahren beizuwohnen, die wird sowieso nicht öffentlich sein. Aber wir brauchen eine ‚stumme' Demonstration. Die sollen sehen, daß die Leute, wenn sie nachher im Namen des Volkes sprechen, daß die mit einer möglichen Verurteilung von Michael nicht einverstanden sind. Das sollen die sehen!"*

Der Jugendhof bittet, daß viele Leute Protestbriefe gegen die Gerichtsverhandlung von Michael Zimmermann und für einen Freispruch schreiben. Einen Durchschlag schickt bitte an den Jugendhof Odenthal.

Protestbriefe an: *Landgericht Mönchengladbach, Postfach, 4050 Mönchengladbach 1, z.Hd. des Vorsitzenden der I. Jugendkammer, Herrn Jansen;*
und an das: *Landesjugendamt, z.Hd. von Herrn Haller, Kennedy-Ufer 2, 5000 Köln 21.*

Kontakt: Jugendhof, 5068 Odenthal/ Schallemich, Tel. 02202/ 79663

(Der Artikel wurde u.a. zusammengestellt aus den Berichten des Kölner Volksblatt und der Mönchengladbacher Stadtzeitung „lott jonn". Waldemar/ID)

Am Alter stirbt Keiner

ZUSTÄNDE IM LANDESKRANKENHAUS BONN

Bonn
3. Dezember

Am 22.10. besetzten Mitglieder der Beschwerdezentren aus Köln und Bonn eine Altenstation des Bonner Landeskrankenhauses (LKH). Nach ca. 2 Stunden Besetzung wurden die Besetzer von der Polizei zur Wache gebracht. Ein Kölner SSK-ler (Sozialistische Selbsthilfe Köln): „Wir mußten alle mit zur Wache, aber es war alles sehr lustig. Wir haben Gitarre gespielt und solche Sachen. Die sind da bald ausgeflippt!" Über die Zustände im LKH Bonn, speziell auf der Altenstation (Abteilung 4), schreiben sie in den „Unbequemen Nachrichten" - Informationen aus Nervenheilanstalten, Heimen..... (Nr. 8, Nov. 79):

In Bonn gingen mehrere Patienten an den grausamen Verhältnissen des Landeskrankenhauses zugrunde. Bekannt wurden uns die Vorfälle nur zufällig. Uns geriet ein Brief zweier Bonner Ärztinnen in die Hände, in dem sie dringend um Hilfe baten: Notstand in der Altenstation. Zur Pflege fehlte das Personal, zur ärztlichen Versorgung die Ärzte. So wurden die Patienten sich selbst überlassen. Die Folge waren zahllose Stürze und Verletzungen. Seit Ende Mai sind allein in der Abteilung 4 des LKH Bonn über 100 Stürze und Verletzungen vorgekommen, 4 starben an deren Folgen.
Und die Patienten Erika Fischbach mußte sterben, weil ein Rettungsgerät fehlte, obwohl es schon längst von der Station beantragt worden war.

Der Todesstoß

Eine Woche später mußte der LVR (Landschaftsverband Rheinland, Träger von Psychiatrieanstalten, Alten- und Erziehungsheimen im Rheinland/ d.Red.) in einer Pressekonferenz die skandalösen „Pannen" aus Bonn eingestehen. Dort erklärte Klinikchef Huhn (bekannt durch die brutale Behandlungsmethode Elektroschock, s. ID 294/d. Red.) noch selbstsicher: „Sie tun das Schlimmste, was Sie dieser Klinik antun können, indem sie Dinge anprangern, die nicht anzuprangern sind... Wenn Sie aber hier Ziele angeben, die Sie eben für Italien als beispielhaft herausgestellt haben, dann tun Sie der psychiatrischen Versorgung in unserem Land den Todesstoß..."
Diese Weisheit beschränkt sich leider bis jetzt nur auf den Chefsessel des Klinikchefs Huhn: Inzwischen mußte die gesamte Bonner Betriebsleitung inklusive Huhn den Hut nehmen. Wie in Braunweiler (das inzwischen geschlossen wurde/d.Red.) und Düren zog der Landschaftsverband auch diesmal nur personelle Konsequenzen, das Behandlungssystem bleibt weiterhin unangetastet. Obwohl dies der dritte aufgedeckte Klinikskandal innerhalb von 1 1/2 Jahren ist, obwohl noch nie so deutlich wurde, daß dieses Elend und die grausamen Verhältnisse auf das Behandlungssystem zurückzuführen sind, versucht die Chefetage des LVR-Trägers noch immer, sich aus der Affäre zu ziehen und die Verantwortung auf einzelne abzuschieben. Dabei werden uns immer neue Vorfälle aus Bonn bekannt, die dieses menschenverachtende Behandlungssystem zu verantworten hat.

Zwei Patienten starben mit Überdosen im Körper

Am 16.9.79 starb im LKH Bonn eine 23jährige Patientin, nachdem sie von Dr. Böhm mehrere starke Dosen Däm-



Altenstation im Landeskrankenhaus Bonn. Hier mußten Menschen sterben wegen Personalmangels. Der Chefetage im Landschaftsverband Rheinland war das schon vor Monaten vorausgesagt worden ! Die Beschwerde-Zentren Köln und Bonn machten durch eine Besetzung auf die Mißstände aufmerksam.



Endlich geschieht etwas: Klinikchef Professor Huhn holt die Polizei. Doch leider soll sie nicht wegen der Todesfälle ermitteln, sondern die ungebetenen 'Ruhestörer' vom Beschwerde-Zentrum festnehmen.

pfungsmittel bekommen hatte. Eine halbe Stunde nach der letzten Spritze hatte sie einen Kreislaufzusammenbruch. In der Woche vom 22. bis 27.10.79 starb wieder eine Patientin nach mehreren Zusatzspritzen. Auch sie brach mit Kreislaufversagen zusammen. Die von Dr. Böhm unternommene Wiederbelebungsmaßnahme blieb erfolglos. Beide Todesfälle ereigneten sich im 130 Millionen-Neubau, dem Prunkstück der rheinischen Psychiatrie. Denn hinter der neuen Fassade herrschen noch immer die gleichen erschrekkenden Bedingungen, unter denen schon Marion Masuhr im LKH Brauweiler 1978 zu Tode kam. Dieses 13jährige(!!) Mädchen wurde mit Spritzen vollgepumpt und am Bett festgefesselt bevor sie starb.

Am 18.8. mußte der 55jährige Patient Franz Pinner sterben, weil wieder das rettende Beatmungsgerät auf der Station fehlte. Das von der Nachbarstation war defekt. Als schließlich ein funktionstüchtiges Gerät beschafft war, war Franz Pinner bereits tot. Was hilft eine Modellklinik mit Hotelcharakter, die immer noch als Ghetto zum Abschieben und Verwahren funktioniert und dazu die alten Behandlungsmethoden wie Ruhigstellen benutzt.

Deshalb darf es nicht nur bei einem Austausch der Klinikleitung bleiben. Das Großkrankenhaus muß abgeschafft werden!

Hemmungslose Nebentätigkeiten - Patient im Stich gelassen

Im Zusammenhang mit dem Bonner Klinikskandal erregten auch die Abteilungsärzte Aufsehen, die es bei 30 % Ärztemangel fertigbringen, zu ihrer persönlichen Bereicherung hemmungslos Nebentätigkeiten nachzugehen. Dadurch sind die oft tagelang nicht anwesend auf ihrer Station und auch in wichtigen Fällen nicht erreichbar für Patienten und Pfleger.

Aktuellstes Beispiel ist Frau Dr. Auch, die schon vor ein paar Monaten damit beschäftigt war, gegen entsprechendes Entgelt als Gutachterin dem Pleitegeier Iwan Herstatt die Hand zu halten. Jetzt hat sie sich ein neues dankbares Betätigungsfeld erschlossen: Im Strafprozeß Dr. Boden begutachtet sie während ihrer Dienstzeit sämtliche Zeuginnen. Wenn Patienten sie ansprechen, wehrt sie ab: „Ich habe keine Zeit für Sie".

Kontakt: Beschwerdezentrum Bonn, Endenicher Str./ Mozartstr. Tel. 655409, Tägl. 16-20 Uhr (Teestube)
Beschwerdezentrum Düsseldorf, Kopernikusstr. 53 Tel. 343727, Mittwochs ab 20 Uhr
SSK Beschwerdezentrum Köln, Liebigstr. 25, Tel. 556189, Tägl. 14.30 - 18.30 Uhr

PS: Aufruf !

Bedburg-Hau - Auch die Insassen des größten „Irrenhauses" in Europa brauchen unsere Unterstützung! Deshalb rufen wir alle Interessierten Bürger auf, mit uns ein Beschwerdezentrum in Kleve zu gründen!
Kontakt über SSK-Beschwerdezentrum Köln.

Mitarbeiter klagt an

Diese Beschreibung der Zustände auf der Kinderstation (Va 7) im Landeskrankenhaus (LKH) Bonn, stammt von einem Mitarbeiter des „ehrenwerten Hauses":

„Mir fehlen die Worte, wenn ich die Unterbringung der (früher 20) heute 18 Kinder der Kinderstation Va 7 der Jugendpsychiatrie im LKH Bonn beschreiben soll. Wenn sich die immer verschlossene Stationstür öffnet, ein Bild des Schreckens, das einen wochenlang nicht zur Ruhe kommen läßt.

18 Jungen und Mädchen im Alter von 12 bis 20 Jahren zusammengepfercht, wie ich es sonst nur von der Massentierhaltung bei der Geflügelzucht kenne. Ein Raum von etwa 30 qm Größe. Etwa ein Meter mal ein Meter fünfzig für jedes Kind. Hier sind spastisch gelähmte, schizophrene, schwachsinnige und Epileptiker zusammengesperrt.

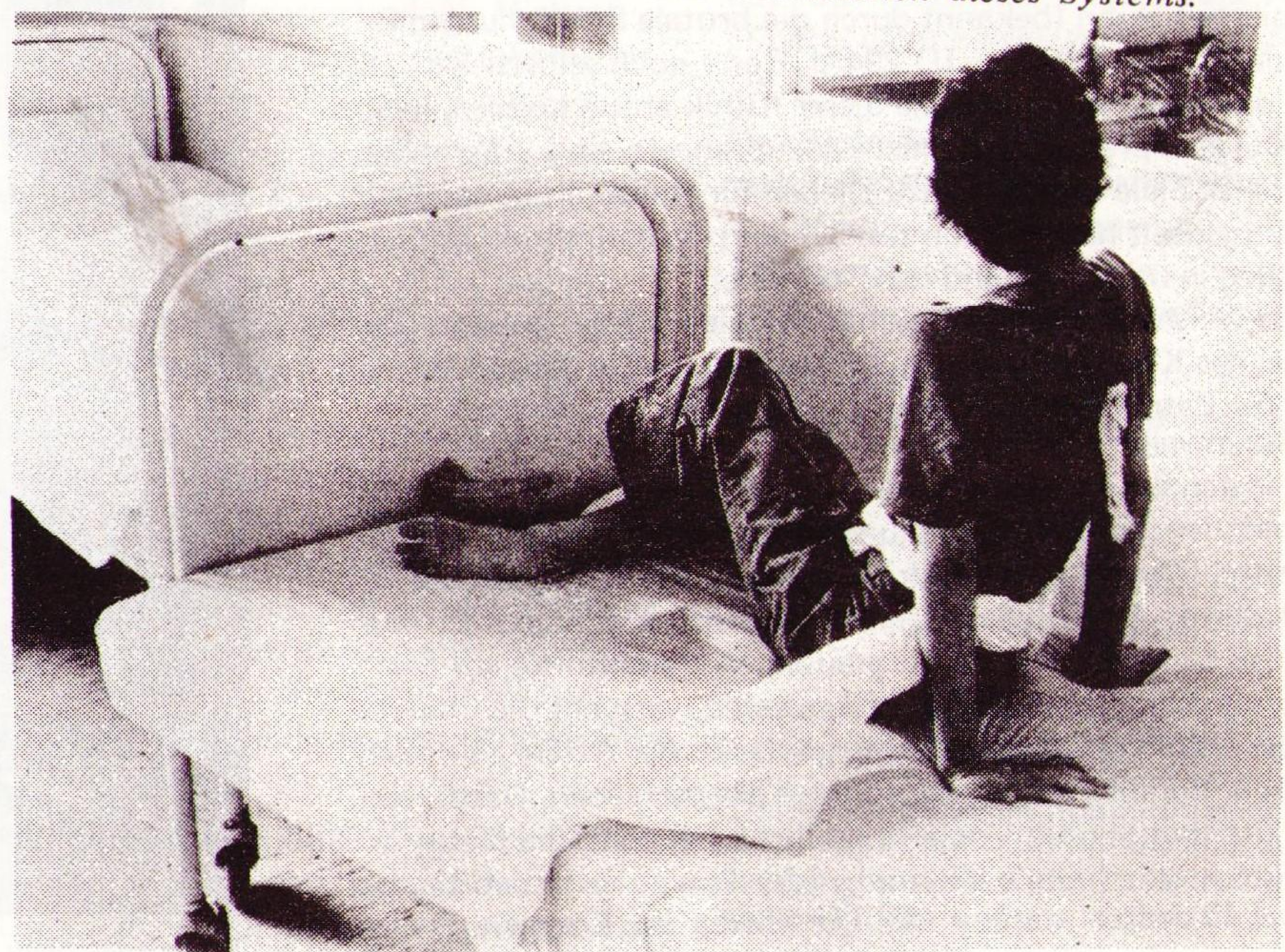
Schreiende, sprechende und schweigende Kinder, Rollstuhlfahrer, umherlaufende und Kinder, die immer liegen. Die große Anzahl der Kinder auf so engem Raum erzeugt bei mir ein Gefühl, als ob mein Kopf zerspringt. Ich glaube, wenn ich immer hier sein müßte, würde ich anfangen durchzudrehen, zu schreiben oder abzustumpfen und zu schweigen, genau wie diese Kinder.

Das wenige Personal dieser Station ist meist nicht für diese Arbeit ausgebildet. Zudem wechselt es ständig. Obwohl viele von ihnen versuchen, ihr bestes zu tun für diese Kinder, meinte einmal eine dieser Kräfte: „Ich glaube, ich baue nur Scheiße hier, aber ich weiß nicht, was ich mit diesen Kindern tun soll."

Wenn eines dieser Kinder unruhig wird, erhält es nicht die ihm zustehende notwendige Liebe, sondern es muß alleine in einem Raum eingesperrt werden, damit der Stationsbetrieb aufrecht erhalten werden kann.

Die meisten Kinder könnten in einer Familie leben, wenn sie jemand haben wollte. Zumindest müßten sie in kleinen Gruppen gefördert werden, doch die Klinikleitung und der LVR scheinen an einer positiven Entwicklung dieser Kinder kein Interesse zu haben. Sie scheinen das für rausgeschmissenes Geld zu halten.

Für mich zeigt sich die grausame Menschenverachtung dieser Psychiatrie, ja, dieser Psychiater am deutlichsten bei diesen Kindern, bei den Schwächsten und Wehrlosesten dieses Systems.



LKH-Behandlungssystem: Fesselung statt Zuwendung

NECKERMANN MACHT'S MÖGLICH

Die Welt,hier die "Neckermann–Welt", kann man von oben oder von unten betrachten. Wir drucken hier zwei Berichte ab, eines aus der stumpfen Feder eines BILD am Sonntag – Schreiberlings,der den "leidvollen" Weg einer Neckermann–Angestellten zur Ehefrau von Neckermann junior schildert. Der andere Bericht stammt von einen Jobber, der einige Tage bei Neckermann gearbeitet hat.

BILD am SONNTAG, 25. November

Von PAUL PERLACH

Wenn ein junges Mädchen eines schönen Tages mit nichts als zwei Kunstlederkoffern in der Hand ihr jugoslawisches Provinznest Despotovac verläßt, um mutterseelenallein mit dem „Knoblauch-Expreß" ins deutsche Land der Träume zu rattern, dann darf wohl die Frage erlaubt sein:

„Wie soll das nur enden?"

Na schön, die Bahnfahrt hatte sie nur ein paar Pfennig gekostet – schließlich ist ihr Vater ja Beamter bei der jugoslawischen Eisenbahn.

Na gut, in einem der Koffer hatte sie das jugoslawische Reifezeugnis – was allerdings in Deutschland nicht viel mehr wert ist als eine Eisenbahnfahrkarte.

Na ja, und dann war da noch Väterchens gutgemeinter Ratschlag: „Paß auf, Kind, daß du bei den Kapitalisten nicht unter die Räder kommst!"

Sie fing als Lehrling an

Das alles begab sich vor neun Jahren. Ljiljana hieß das Mädchen, Ljiljana Stojanovic. Als sie da-





Frankfurt
November '79

Der Sachbearbeiter des Arbeitsamtes reichte mir eine Karte rüber und meinte: „Hier ist was für Sie. Neckermann, Versand. Der Stundenlohn beträgt 8,22 DM". Ich saß auf dem Stuhl und begriff die ganze Sache erst gar nicht.

Ich mußte arbeiten gehen, das war klar! Die Stromrechnung, die auf dem Schreibtisch lag, sowie die Miete für den nächsten Monat mußten rübergeschoben werden. Die drei oder vier Monate Arbeit bei Neckermann hältste schon durch. Am Nachmittag rief ich dort an:„Guten Tag, ich wollte wegen....". – „Kommen Sie morgen Vormittag zwischen 8 und 12 Uhr".

Am nächsten Tag:

Neckermann liegt am anderen Ende von Frankfurt. Ziemlich riesiger Klotz. Der Name „Neckermann" thront bestimmt mit 1 1/2 Meter großen Buchstaben auf dem Gebäude.

Ich gehe, nachdem ich einen Besucherausweis erhalten habe, zum Personalbüro. Atmosphäre wie in einer Bank. Nur nicht so persönlich. Keine aufgesetzte Freundlichkeit der Angestellten, der ich die Karte vom Arbeitsamt gebe, sie legt diese auf den Stapel der anderen Karten. Personalbogen ausfüllen... die üblichen Fragen (Wohnort, Firmen angeben, wo ich schon gearbeitet habe - lückenlos -). Ein Ausländer wurde abgewiesen, weil er noch 17 Jahre alt ist. Ging innerhalb von einer halben Minute. Soll doch selber sehen, wo er Arbeit bekommt.

Eine Viertelstunde später wurde ich aufgerufen und ein smarter, junger Personalsachbearbeiter spricht mit mir den Arbeitsvertrag durch.

„Der Stundenlohn beträgt 8,22 DM", sie sieht mich an:„brutto versteht sich"!

Ja, ja, sage ich, und wir gehen den Arbeitsvertrag weiter durch. Der Vertrag läuft nicht bis zum Monatsende, sondern bis zum 24.12., damit Neckermann bloß nicht noch die Feiertage bezahlen muß.

Mit dem Arbeitsvertrag versehen und der

-mals rüberkam, war sie also weiß Gott nichts weiter als eine von Millionen von Gastarbeitern, die in der Bundesrepublik ihr Glück, oder doch wenigstens einen Job suchen. Sie fing als Lehrling an bei Neckermann, 450 Mark im Monat, Drei-Zimmer-Wohnung in der Millionenstadt Frankfurt, die sie sich mit zwei Arbeitskolleginnen teilte. Klar, daß man da unter die Räder kommen kann.

Papas Sorge war allzu begründet, zumal er nicht mal jenen berühmten Werbeslogan kannte: „Neckermann macht's möglich." Über so was reden sie in Despotovac nämlich nicht.

Erst seit ein paar Wochen, genauer seit dem 22. Juni 1979, weiß auch dort jedes Kind, was „Neckermann macht's möglich" so bedeutete.

Denn seit exakt diesem Tag heißt Ljiljana aus Despotovac nicht mehr Stojanovic, sondern Neckermann. Johannes Neckermann (39), der Lieblingssohn des früheren Kaufhaus-Königs, heiratete die zierliche Slawin nach russisch-orthodoxem Ritus.

Das hört sich alles so wunderschön an. Patentmuster für Groschenromane. Aschenputtel als Gastarbeiterin. Ein Prinz namens Neckermann. Aber so schön war das nun auch wieder nicht. Gegen den Weg ins Eheglück sind selbst die Straßen in Despotovac noch eine phantastische Autobahn. Wer mal dort war, weiß, was das heißt.

Bevor sie den jungen Herrn Neckermann kennenlernte, lief ja alles wunderbar glatt. Ljiljana war fleißig, ordentlich, strebsam. Also machte sie Karriere. Vom Lehrling zur Buchhalterin, stieg dann sogar zum Außenhandelskaufmann auf, verantwortlich für Jugoslawien.

Vor einem Jahr ließ der Juniorchef Johannes die tüchtige Mitarbeiterin mal in sein Zimmer kommen.

„Neckermann", stellte er sich knapp vor und kam dann zur Sache. „Ich muß nächste Woche nach Jugoslawien und möchte, daß Sie mich begleiten."

„Gern", antwortete sie.

„Besorgen Sie sich schon mal einen Fallschirm bei Ihrem Abteilungsleiter", forderte Neckermann jun. sie auf, „denn jeder, der an Bord meiner Privatmaschine kommt, muß bestens für den Ernstfall ausgerüstet sein."



Nach russisch-orthodoxem Brauch wurden Johannes und Ljiljana getraut. Die Braut trug ein weißes Kleid mit Folklore-Stickerei



Gewißheit: am Montag fängt die „Scheisse" an, verlaße ich das Haus. Erst in der Straßenbahn wird mir klar, worauf ich mich eingelassen habe. Den Neckermann müßte man das Pferd unterm Arsch wegschießen, denke ich mir. Bei einem Stundenlohn von 8,22 DM bleiben vielleicht 7,- DM übrig. Das heißt bei einer 40-Stundenwoche ca. 1100 Mark im Monat auf der Hand, plus 20 Mark Fahrkostenrückerstattung und dann noch mit der Strassenbahn eine Stunde hin und eine zurück. Alles zusammen macht das mit Pause 11 Stunden am Tag.

Montag, „mein" erster Tag:

Pünktlich um 6 Uhr stand ich bei Neckermann auf der Matte. Das hieß um 4.45 Uhr aufstehen, damit ich um 5 Uhr die S-Bahn erreichte. Frühstück fiel aus. Am Hauptbahnhof, wo ich umsteigen mußte, fiel mir ein Gespräch ein, was ich mit einem Bekannten geführt hatte. Der meinte, man sollte doch etwas dagegen tun, das Strauß 1980 Bundeskanzler wird. Als ich morgens um 5.30 Uhr auf der S-Bahnstation des Hauptbahnhofes stand, wie ich gemeinsam mit den anderen auf die Rolltreppe wie eine Herde von Schafen zusteuerte und gleichzeitig ein Kneuel von Menschen die Rolltreppe hinunterfuhr, um in die S-Bahn zu gehen, dachte ich mir: Strauß brauchste nicht mehr zu verhindern. Das Modell von Strauß & Co funktioniert. Die menschlichen Ameisen sind dressiert!

Aber weitergeht's zu Neckermann.

Wir waren ungefähr 60 - 70 Leute, die darauf warteten, von irgendjemand abgeholt zu werden und am Fließband Pakete zu verpacken, zu sortieren oder in Waggons zu verladen.

Ein großer Teil davon waren Frauen. Viele von ihnen waren älter. So um die vierzig; ziemlich abgemagert. Durch die dreimonatige Arbeit bei Neckermann bereicherten sie die Haushaltskasse, außerdem: bald ist Weihnachten.

Eine von ihnen, vielleicht war sie auch schon fünfzig, das Gesicht zugefettet mit einer Creme, die Fettpolster hinter ein strammes Korsett versteckt, erzählte einer jüngeren:

„Ich mach das schon ein paar Jahre. Früher habe ich immer nur im Büro gearbeitet. Aber das machen die jetzt nicht mehr. Obwohl, ich mach jetzt auch nur im Lager schriftliches" und bewegte ihre rechte Hand dabei, als ob sie einen Kugelschreiber in der Hand hielt. Erste Bekanntschften wurden in diesen ersten 3 Stunden geschlossen. Außer über die übliche Frage an meine beiden Nachbarn, ob sie schon mal bei Neckermann gearbeitet haben, kam ich nicht hinaus. Beide hatten noch nie. Ich schwieg also, andere flüsterten miteinander. Eine Frau war ziemlich gut drauf, riß einen Witz nach dem anderen runter. Wir lachten.

Nach drei Stunden Warten wurden wir in Gruppen abgeholt. Eine Frau kam in den Raum und sagte: „Ich soll hier vier STÜCK abholen!" Ehrlich, die sagte vier

Ljiljana: „Heute weiß ich, daß Johannes solche Späße von Herzen liebt, damals wurde mir angst und bange."

Als sie tatsächlich ihren Abteilungsleiter um einen Fallschirm bat, prustete Johannes Neckermann los: „Ha, ha, ha, das gibt's doch nicht."

Dennoch flog Ljiljana mit, ohne Fallschirm, versteht sich. Auch sie konnte inzwischen über den Witz lächeln.

Auf dem Rückflug holte Pilot Johannes die Jugoslawin ins Cockpit, erklärte ihr die Instrumente und ließ das erstaunte Mädchen sogar an den Steuerknüppel. Mehr war nicht. Johannes: „So schnell schießen die Preußen nun auch wieder nicht."

Erst ein paar Tage später fiel ihm Ljiljana wieder ein. Scheinheilig fragte er seine drei Kinder Markus, Julia und Lukas, die seit dem tragischen Unfalltod ihrer Mutter Ingrun vor zwei Jahren schon mehrere Kindermädchen verschlissen hatten: „Was würdet ihr denn sagen, wenn sich demnächst eine junge Dame um euch kümmert, die der Papi ganz gern leiden mag?"

Die kleinen Neckermänner fanden das überhaupt nicht lustig. Sie murrten: „Ach nee, wir wollen keine neue Mutti. Außerdem müssen wir uns dann wieder jeden Abend die Zähne putzen."

„Du mußt durchhalten"

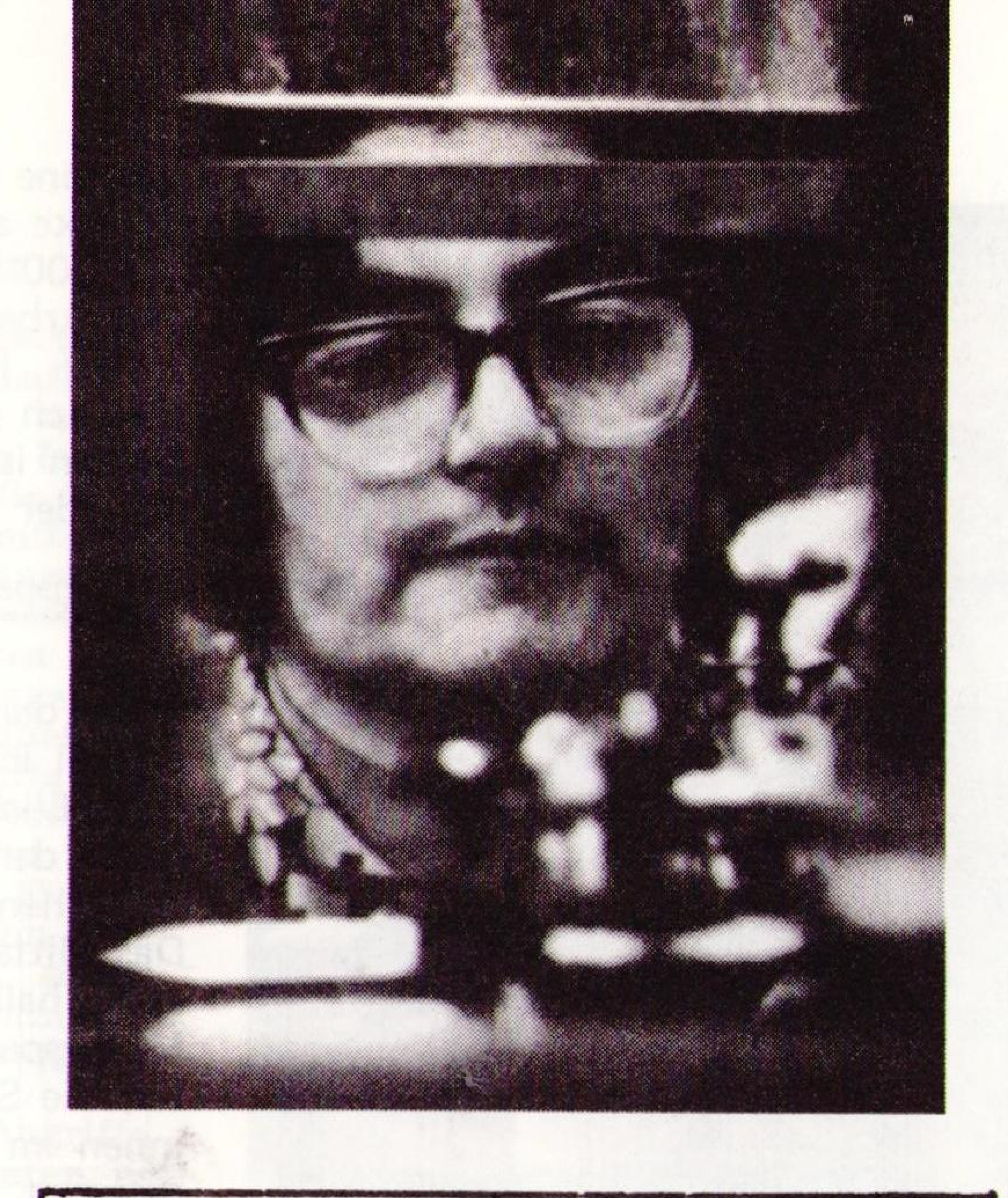
Johannes bohrte täglich weiter, bis Lukas (4), der Jüngste, meinte: „Wir können uns die Tante ja mal angucken."

Sie erinnert sich noch sehr genau an den ersten Tag, an dem sie in der Zwölf-Zimmer-Villa in Dreieich bei Frankfurt auftauchte: „Die Kinder waren verzogen und wohl auch aufgehetzt von dem Personal. Kein Wunder, 7 Monate ganz ohne Mutter."

Aber noch schlimmer waren die Angestellten. Eine Hausdame zynisch: „Kümmern Sie sich ja nicht um die Kinder. Sorgen Sie sich um das Bett ihres Vaters."

Ein Kindermädchen: „Was wollen Sie eigentlich hier, im Balkan ist es doch viel wärmer.

Ljiljana Neckermann: „Jeden Tag wurde es schlimmer. Mindestens einmal wöchentlich pack-



Anbei Auszüge aus einem Flugblatt, das während des langen Jahres der Betriebsarbeit von einer RK-Frauengruppe („Frauen Gemeinsam sind stark") bei Neckermann/Ffm im Januar 1973 verteilt wurde. Wir drucken diese Auszüge gewissermaßen als Dokument der Zeitgeschichte ab.

Die Betriebsversammlung hat uns wieder mal gezeigt, wie wenig sich die Herren vom Betriebsrat und von der Gewerkschaft für unsere Interessen einsetzen (....) Der Betriebsrat hat von seinen großartigen Bemühungen erzählt, wie er sich für uns einsetze, wo man sich wirklich das Lachen verbeißen mußte, zum Beispiel bei der Weihnachtsmusik oder den Kränzen für die Verstorbenen.

Er hat die ausländischen Arbeiter gelobt und auf ihre Gleichberechtigung hingewiesen, aber das konnten sie leider garnicht verstehen, weil kein Dolmetscher da war. Vielleicht hätten sie dazu auch was zu sagen gehabt wie es wirklich mit der Gleichberechtigung steht! (..)

(„) Als Extrabonbon der Betriebsversammlung teilte der Betriebsrat mit, daß die CocaCola-Preise erhöht werden. Das laute Murren brachte zum Ausdruck, daß alle dagegen waren. (..) Die eintönige Betriebsversammlung wurde davon unterbrochen, daß eine mutige Kollegin aus der Lochkartenabteilung das Interesse ihrer Abteilung nach einem Kakaoautomaten vorbrachte. (...) Ein Jugendvertreter hat gefordert, daß man bei der Betriebsversammlung im ganzen Raum mehr Mikrofone verteilt, weil diejenigen, die Angst haben, vor so einer großen Menschenmenge zu reden, sich dann eher trauen würden, was zu sagen. (..) Der Neckermann, der immer gesagt hat, man solle freundlich und höflich zueinander sein, hat hinterher eine ganz blöde Bemerkung zu dem Jugendvertreter gemacht: „Du redest wohl lieber mit dem Arsch als mit dem Mund."

Höflich sein, Herr Neckermann!

Wir sind noch nicht mit Ihnen zusammen vom Pferd gefallen!

Stück. Zu meinen Nachbarn meinte ich: „Das Stück zu 8,22 DM". Bald wurden auch wir von einem Vorarbeiter geholt und ans Fließband gestellt.

Die Pakete auf eine Palette zu stellen war meine Aufgabe. Dazu mußte ich die Palette in ein Gitter tragen und mit der rechten Hand das Gitter runterziehen, damit ich den Umhand der Palette daraufziehen konnte.

Am Abend tat mir durch das ewige Runterziehen des Gitters der rechte Arm weh. Der erste Tag war geschafft.

In der Straßenbahn:

Morgens um 5.30 Uhr erinnert eine Strassenbahn eher an einen Schlafwagen der Deutschen Bundesbahn als an eine Strassenbahn. Die Hälfte der Insassen war noch schlaftrunken. Einige hatten die Augen zu und schliefen halb. Einige lasen die BILD. Das Schwierige an der Geschichte war, noch einen Sitzplatz zu ergattern. Also mußte man/frau versuchen, bei der Haltestelle als einer der ersten die Straßenbahn zu besteigen. Manchmal hatte ich einen Sitzplatz, manchmal nicht.

Kollegen:

Mit zwei Italienerinnen und einem 18jährigen Mann war ich in der gleichen Gruppe.

Wenn mal eine kurze Pause entstand rannte eine der beiden Italienerinnen an einen Tisch und las Bravo auf italienisch.

Ich habe während der ganzen Zeit mit ihr kein Wort gewechselt. Nur mit der anderen kicherte sie etwas auf italienisch. Die andere war schon gesprächiger und älter. Ich glaube, wir verstanden uns gut. Acht Jahre war sie schon bei Neckermann, und zwei Kinder hatte sie außerdem. Öfters palaverte sie den Vorarbeiter voll. Der sagte dann nichts mehr. Der 18-jährige, Name weiß ich nicht mehr, mußte seine Lehre aus gesundheitlichen Gründen abbrechen. Er war etwas dick. Das Hin- und Herrennen zwischen Fließband und Palette machte ihm sichtlich Schwierigkeiten. Die anderen lachten. Ich versuchte mein Lachen zu unterdrükken.

Einmal sprach er mich an:
„Ich habe gestern gefragt, ob wir Überstunden machen können".
Ich: „Ich mache keine Überstunden".
Er: „Durch die Überstunden kommt noch ein gutes Stück Geld drauf. Ich mache auf jedenfall welche".
Ich: „Weißt Du, wenn Neckermann uns besser bezahlen würde, brauchten wir auch keine Überstunden zu machen".
Er meinte noch, daß dies stimmt, und holte sich eine neue Palette.

Öfters tauchte ein Gabelstaplerfahrer bei uns auf. Er riß seine Witze auf italienisch und die Frauen lachten. Anschließend fuhr er wie Nici Lauda in der Halle umher.

Eine Frau vom Nachbarband trug statt Arbeitshandschuhen weiße Handschuhe;

te ich aus Wut und Verzweiflung meine Koffer, wollte zurück in die Heimat, denn meine Stellung bei der Firma Neckermann hatte ich ja gekündigt, um ganz für die Kinder sorgen zu können."

Immer wieder war es Johannes, der sie aufmunterte: „Du darfst jetzt nicht aufgeben, nicht alles hinschmeißen. Du mußt durchhalten."

Auch mit den angehenden Schwiegereltern gab's einigen Ärger. Josef Neckermann, der Patriarch, war außer sich, daß sein jüngster Sohn schon wieder heiraten wollte. Und das kurz nach dem Tod seiner schönen Lieblingsschwiegertochter, der ehemaligen „Miß Europa" Ingrun Möckel. Außerdem hatte er wohl seine eigenen Ansichten über Ordnung und Sauberkeit jugoslawischer Hausfrauen.

Sohn Johannes: „Eines Tages schneite Vater unangemeldet bei uns rein. Überall blinkte und blitzte es. Ljiljana hatte wie immer alles im Tip-Top-Zustand. Da mochte Vater sie auf einmal."

Und die bessere Frankfurter Gesellschaft war ebenfalls kritisch bis ablehnend. Man würde ja sehen. Am 1. März 1979, wenn in Dreieich die Galerie J. Neckermann, Gemälde alter Meister, eingeweiht würde.

Es war der Tag der Jugoslawin. Johannes Neckermann: „Unsere 150 Gäste hatten allererstes Niveau, praktisch von der Prinzessin von Hessen abwärts. Ljiljana sah phantastisch aus in ihrer Hochsteckfrisur, der eleganten Robe. Sie war eine von allen gefeierte Gastgeberin."



Verzicht auf eigene Kinder

Ein weiterer Punkt für sie, aber gewonnen hatte sie längst noch nicht. Die Hausangestellten stänkerten weiter, hetzten die Kinder gegen die Jugoslawin auf.

Es kam, wie es kommen mußte: Die schöne Slawin verlor die Nerven. Am 1. Juni 1979 packte sie ihre Koffer zum elftenmal. Aber diesmal nicht, um sie gleich wieder auszupakken.

Sie verließ Hals über Kopf die Villa: „Ihr seht mich nie wieder", rief sie trotzig.

Lukas, der Kleinste, weinte: „Papi, warum hast du Jil nach Hause geschickt?" Vater Johannes: „Ich habe eine andere Frau."

Lukas: „Nein, hol Jil zurück."

Markus, der Älteste: „Du könntest sie doch heiraten, sie ist so lieb zu uns."

Als er Ljiljana zurückholte, fragte Johannes sie: „Willst du meine Frau werden?"

Nur 14 Tage später wurde Hochzeit gefeiert.

Und der Schatten ihrer Vorgängerin, wie wird sie mit dem fertig?

„Zweimal wöchentlich gehe ich mit den Kindern, die inzwischen 'Mami' zu mir sagen, zum Grab ihrer richtigen Mutter. Gemeinsam sprechen wir ein Gebet."

Wünschen Sie sich eigene Kinder von Ihrem Mann?

„Wünschen schon, aber ich verzichte im Interesse meiner drei Stiefkinder darauf."

Und die Zukunft?

„Es ist alles zu schön, um wahr zu sein. Doch manchmal habe ich Angst vor dem dicken Ende. Aber ich werde um mein Glück kämpfen, mit jedem, der es zerstören will."

ENDE

wie eine Dirigentin. Daß sie eine Perlonperücke auf ihrem Kopf trug, sah man auf 100 Meter Entfernung.
Ein Arbeitskollege sagte mal am Anfang zu mir, ich solle nicht so schnell arbeiten. Ich dachte mir auch, wer von uns beiden ist denn nun der Linksradikale, du oder ich?

Mittagspause:

Wenn die Sirene heulte ging ich — so schnell ich konnte — zur Kantine. Schließlich wollte ich nicht die halbe Pause damit verbringen, in der Schlange zu stehen, bis ich mein Essen bekam. Das Mittagessen kostete 4,— DM, also einen halben Stundenlohn. Während der Mittagspause sah ich sie alle. Die Arbeiter, die Sekretärinnen und die Arbeiterinnen im Nylonkittel. Alle Gruppen saßen getrennt. Kein Schild stand vor den Tischen, etwa: Nur für Angestellte. Nein, die Arbeiter saßen an den einen Tischen, die Angestellten an den anderen. Schließlich wußte man, wo man hingehörte!

Nach einer halben Stunde heulte die Sirene wieder, und das Fließband hatte sie wieder. Ein älterer Türke, vielleicht war er schon 50 Jahre alt, ich weiß nicht, vielleicht war er auch jünger, kam nie in die Kantine mit. Er blieb während der Mittagspause an seinem Arbeitsplatz und aß die Brote, die er sich von zu Hause mitgebracht hatte. Ich glaube, er war der einzige Türke in unserer Abteilung. Wir unterhielten uns öfters. Er war irgendwie nett.

Eines Morgens, es war so um 7.30 Uhr und die Arme taten mir weh, die Arbeit stank mir, faßte ich einen Entschluß. Er kam sehr plötzlich. Wie von oben. Du hörst auf, du schmeißt die Scheiße hin. Komme was wolle. Ich fühlte mich stark!

Den anderen dreien aus meiner Gruppe sagte ich es. Ich ging zum Abteilungsleiter und sagte: „Ich kündige"!

Er fragte, wann ich denn aufhören wolle. Ich: „Sofort!"
Er gab mir einen Vordruck, auf den ich meine Kündigung schrieb. Anschließend ging ich nochmal zu „meinem" Arbeitsplatz um meine Sachen zu holen.
Die zweihundert Meter durch die Halle zu gehen mit der Gewißheit „Zum letztenmal gehste hier durch" war ein tolles gefühl. Ein Kollege kam vom Band und fragte, warum ich denn gekündigt habe, es werde doch nicht schlecht bezahlt, 8.22 DM in der Stunde. Viele Kollegen wurden aus Dörfern mit einer hohen Arbeitslosenquote in Bussen zu Neckermann gefahren. Er war einer davon.

Als ich zum letztenmal durch das Tor ging, war es einfach toll! Die Sonne schien und nicht das Kunstlicht wie in der Halle. Es mag sich kitschig anhören, aber es war so. Ich ging in ein Fischgeschäft, aß ein Lachsbrötchen und trank einen Kaffee. Anschließend ging ich im Taunus spazieren.

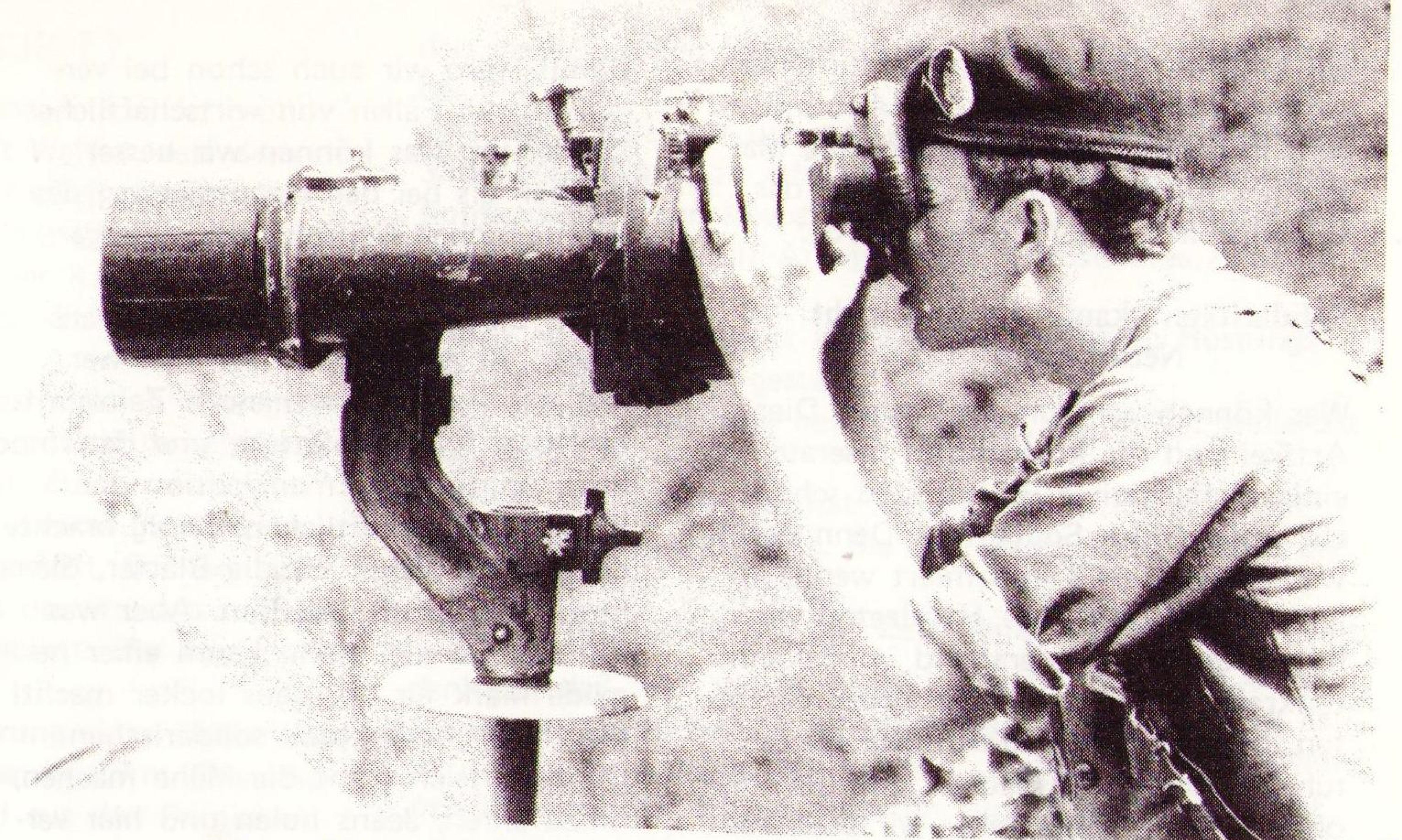
(vorläufiges) Ende

Indianer brennen Herzogs Lager nieder

LIMA. Das Urwalddorf im peruanischen Dschungel, in dem der deutsche Filmemacher Werner Herzog einen Kinofilm drehen wollte, ist von Indianern niedergebrannt worden. Wie Herzog vor Journalisten in Lima mitteilte, überfielen rund 200 mit Schrotgewehren, Speeren und Macheten bewaffnete Indianer des Agaruna-Stammes das Dorf und zertrümmerten Funkgeräte, Generatoren und Boote. Anschließend legten sie Feuer. Herzog bezifferte den Schaden auf 80 000 Dollar. Das Dorf war als Hauptdrehort für einen Film über den irischen Kautschuk-Baron „Fitzgeraldo" vorgesehen. In dem Film, der acht Millionen Dollar kosten sollte, waren unter anderen Jack Nicholson und Mick Jagger als Darsteller vorgesehen.

Herzog wehrte sich gegen die Angriffe von Anthropologen und Missionaren, er zerstöre die Lebensart der Agarunas. Der 37jährige Filmemacher erklärte, die Indios trügen T-Shirts mit dem Abbild des Tanzstars John Travolta, besäßen Motorboote und Transistorradios. Er warf Anthropologen, Missionaren und „politischen Agitatoren" vor, die Indianer gegen sein Filmprojekt aufzuhetzen.

Reuter



Lieber Werner,
wir haben von deinem Schicksal gehört, also wirklich - so ein Pech. Daß es dich so hart erwischen mußte! Ehrlich, wir haben für die Dandys im Busch mit ihren Motorbooten und dem ganzen Krims-Krams auch nicht viel übrig. Und gegen die Travolta-Welle haben wir stets politisch argumentiert. Mit einem Wort: der ganze ID hat volles Mitleid mit dir und deiner Filmlaufbahn.
(Zu der ganzen Geschichte: ID Nr. 298)

KAUFT UND VERSCHENKT LIP–UHREN!

Einige Leute der Arbeiterselbsthilfe (ASH) Frankfurt waren kürzlich zu Besuch bei LIP in Besancon. Sie haben von dort einen Situationsbericht und ein Interview mit LIP-Leuten mitgebracht.



Unser Besuch bei LIP

Wenn du Lip in Besancon besuchst, wirst du dich nicht allzulange an einem Gefühl der stramm gereckten Fäuste internationaler Solidarität aufgeilen, wiewohl das auch dazu gehört. Kommst du da rein und läßt dir bei einer täglichen Rundführung alles zeigen, dann mußt du erschrecken vor den Dimensionen: komplizierte, teure, hochfeine Maschinen, Geräte und Anlagen — stehen leer. Den Leuten da fehlt einfach das Geld , um das Material für die Uhrenherstellung einzukaufen. Inzwischen wurden zwar die Verkaufspreise der Uhren erhöht, wie die inzwischen hier bekannte "Atomkraft-nein danke" Uhr auf 55.-DM. Um aber in dieser Situation der Unterkapitalisierung zu helfen, sind andere Maßnahmen nötig. Du läufst zwischen den Drehbänken und unter Stanzen her, und ab und zu siehst du mal einen, der etwas zu tun hat. Eine Montagehalle mit 100 — 200 Arbeitsplätzen: hier sitzt ne Frau, da ein Alter, dort ein Grüppchen, dahinten wieder welche. Gut, LIP ist eine tolle Sache, das Paradebeispiel für Selbsthilfe und Selbstorganisation in hochentwickelten Industrieländern; aber LIP ist wirtschaftlich ungesund: ungeheure Werte an Produktionsmitteln liegen brach. Trotzdem zahlen sich die Arbeiter alle aus dem gemeinsamen Topf ihren Lohn, ob nun Material zum Arbeiten da ist oder nicht...

Es zeichnet sich eine dritte Krise bei LIP ab: **nun will die Regierung die LIP-Arbeiter spalten, indem sie ihnen Waffenaufträge gibt!** Wie soll die Mehrheit standhaft bleiben, wenn der Uhrenverkauf weiter so schleppend geht? Vom Handel boykottiert und im Solidaritätsverkauf ist die Euphorie raus, das gilt insbesondere für Frankreich, ist aber irgendwann sicher auch hier zu erwarten. Die wirtschaftliche Unterstützung durch solidarische Verkäufe muß aber weitergehn. Schon einmal standen die LIP-Arbeiter vor dieser Wahl, konnten sich jedoch selbst helfen. Sie haben sich gespalten und ein kleiner Teil von ihnen zog mit den entsprechenden Maschinen um in

ein anderes Gebäude. Es kam zu einer Auseinandersetzung mit den Abtrünnigen, in deren Folge schließlich die Maschinen zurückgeholt wurden und das Gebäude in die Luft gejagt wurde.

Solidaritätsverkauf: wir sind nicht Neckermann

Was können wir nun dazu tun? Dieser Artikel und die kostenlosen Inserate einiger alternativer Blätter sind schon ein erstes Stück Solidarität. Denn bevor was passiert, muß informiert werden — wir suchen Leute, die Handzettel verteilen, die nach Feierabend im Bekanntenkreis ohne Gewinn die Uhren verkaufen, wir brauchen Läden, die die berühmte Ausnahme machen und hier mal ohne Gewinn verkaufen, wir brauchen die Zeitungen — und einige taten es schon bereitwillig —, die sich nicht auf den Standpunkt stellen, bei Genossen könnten sie höchsten Genossenrabatt für Inserate geben.

Zugegeben, die allgemein verbreitete Ansich bei den deutschen alternativen Projekten "alternativ muß auch verdient werden" ist ja korrekt*(will ich aber meinen! d Comp.)*. Doch das Konzept von LIP von der Ausschaltung des Handels ist einfach anders, grundsätzlicher gemeint, und daran sich zu beteiligen gibt nicht denjenigen recht, die alles umsonst gemacht haben wollen.

Obwohl wir bereits bei den ersten Testverkäufen in Deutschland klargestellt haben, daß mit Verdienen bei den Uhren nichts drin ist, wandte man sich dennoch an uns als wärn wir Neckermann. So ist bereits mit Sicherheit abzusehn, daß sich hier für die alternativen Projekte ein neues Ärgernis auftut; aber es ist von vornherein ausgeschlossen, daß hier solche Unklarheiten auftauchen wie bei manchen "Direktverkäufen" von okzitanischem Rotwein.

Damit wärn wir auch schon bei vergleichbaren Fällen von wirtschaftlicher Solidarität; was können wir besser machen als bei der Unterstützung des okzitanischen Weinverkaufs, oder gar bei Salik?

Salik, die von Frauen besetzte Jeansfabrik, ist gescheitert. Der Fall war mal das Fressen für manche Zeitschriften(sogar Kirchenblätter), und dazu noch diese ungemeine Emanzipation der Frauen...Wirtschaftlichen Erfolg brachte diese Story sicher für die Blätter, die ihre Leser damit fesselten. Aber was soll das Gerede, wenn kaum einer ne müde Mark für ne Jeans locker macht! Wenn die intellektuell solidarischen Genossen sich nicht die Mühe machen, hinzufahren, Jeans holen und hier verteilen. Wir kennen noch unzählige Beispiele, wo die Salonsozialisten nur geredet, zerredet und zerstört haben. Einige 100 dieser Hosen sind in Deutschland untergekommen dank einer einzelnen Initiative. Bei den LIP-Uhren muß da mehr passieren.

Aber Solidaritätsverkauf ist kein Spontiabenteuer. So haben ein Teil der Leute, die den Wein importieren, die Weinbauern in riesige Schulden gestürzt, einen einzelnen z.B. mit 60 000.-DM; so hat ein fehlendes Verkaufskonzept viele Probleme unter den Initiativen, Bioläden und Kneipen verursacht, ob es nun Direktverkauf (also ohne Aufschlag) oder Solidaritätsverkauf mit kostendeckendem Aufschlag und kleinem Gewinn sei; da ist dann wohl die Spitze dieses Durcheinanders ein Rechtsstreit, geführt von zwei natürlich linken Anwälten, ob eine Spende an die Mivoc-Winzerbewegung nun gezahlt werden muß oder nicht.

Ein Rückblick auf diese Erfahrungen ist wohl unbedingt nötig, wenn wir euch im Folgenden auffordern:



— beteiligt euch an dem im Aufbau befindlichen Netz für den Uhrenverkauf
— wenn ihr einigermaßen verdient, verschenkt zu Weihnachten mal ein paar LIP-Uhren in der Familie,danke!
— wir brauchen dringend, dringend ein paar Übersetzer vom Französischen ins Deutsche, wer kann sowas schnell machen?
— wer verteilt in seiner Bekanntschaft am Arbeitsplatz, in der Schule, Uni, Läden, Kneipen Werbezettel für die Uhren? Wer trägt regelmäßig z.B. alle vier Wochen an solche strategisch wichtigen Punkte der Stadt ein neues Päckchen Handzettel? Wir brauchen für jede Stadt regelrecht einen Werber zum Zettel Verteilen, der mit den Läden verhandelt, ob sie nicht mal ne Uhr ohne Gewinn verkaufen, oder auch ein LIP-Plakat in Kneipen an die Tapeten pinnt
— Wer will, kann z.B. mit der Bestellung von zwei Uhren und einem Gesamtprospekt anfangen und je nach Bedarf nachbestellen.

Und jetzt noch 2 Kontaktadressen an die ihr euch vorläufig hinwenden könnt: Association der Freunde von LIP, B.P. 961 – F 25 022 Besancon Cedex, oder an TUWAS GmbH, Box 1641, 4500 Osnabrück.

Die Stimmung unter den LIP-Arbeitern: der ökonomische Druck schlägt durch

Die allgemeine Meinung im Moment ist, daß alles, was sich zur Zeit in den Verhandlungen abspielt, nicht mehr die Domäne der Arbeiter ist, weil sich alles auf einer zu hohen Ebene abspielt. Der Eindruck,die Würfel seien gefallen, wird von Tag zu Tag klarer.

Trotzdem, eine Fraktion der Arbeiter, bestehend aus einem Teil der Verkäufer, genannt die Wilden, und Leuten, die nicht in den Plan einbezogen wurden, weigern sich, das Spiel mitzumachen. In di sem Fall werden wir einen Teil des Geldes aus den wilden Verkäufen zurückhalten und wir werden weiterhin 1% zurücklegen in einen Notfond. Wir organisieren in der Fabrik eine Werkstatt zur unabhängigen Uhrenherstellung, die die wilden Uhrenverkäufe mit Uhren der Marke LIP versorgt.

Die Frage der Waffenherstellung ist wichtig geworden und es scheint, daß in diesem Bereich die Kontakte sehr fortgeschritten sind. Der Kreis der Gegner ist immer kleiner geworden. Sogar Herr Jeaningros hat in diesem Punkt dem Druck der Gewerkschaft nachgegeben unter dem Motto einer "Einstellung für alle".

Bei diesem Waffengeschaft würde es sich 1979 um 1 Million Francs handeln, 1980 um 10 Millionen Francs.

Dazu das folgende Interview mit Leuten von LIP:

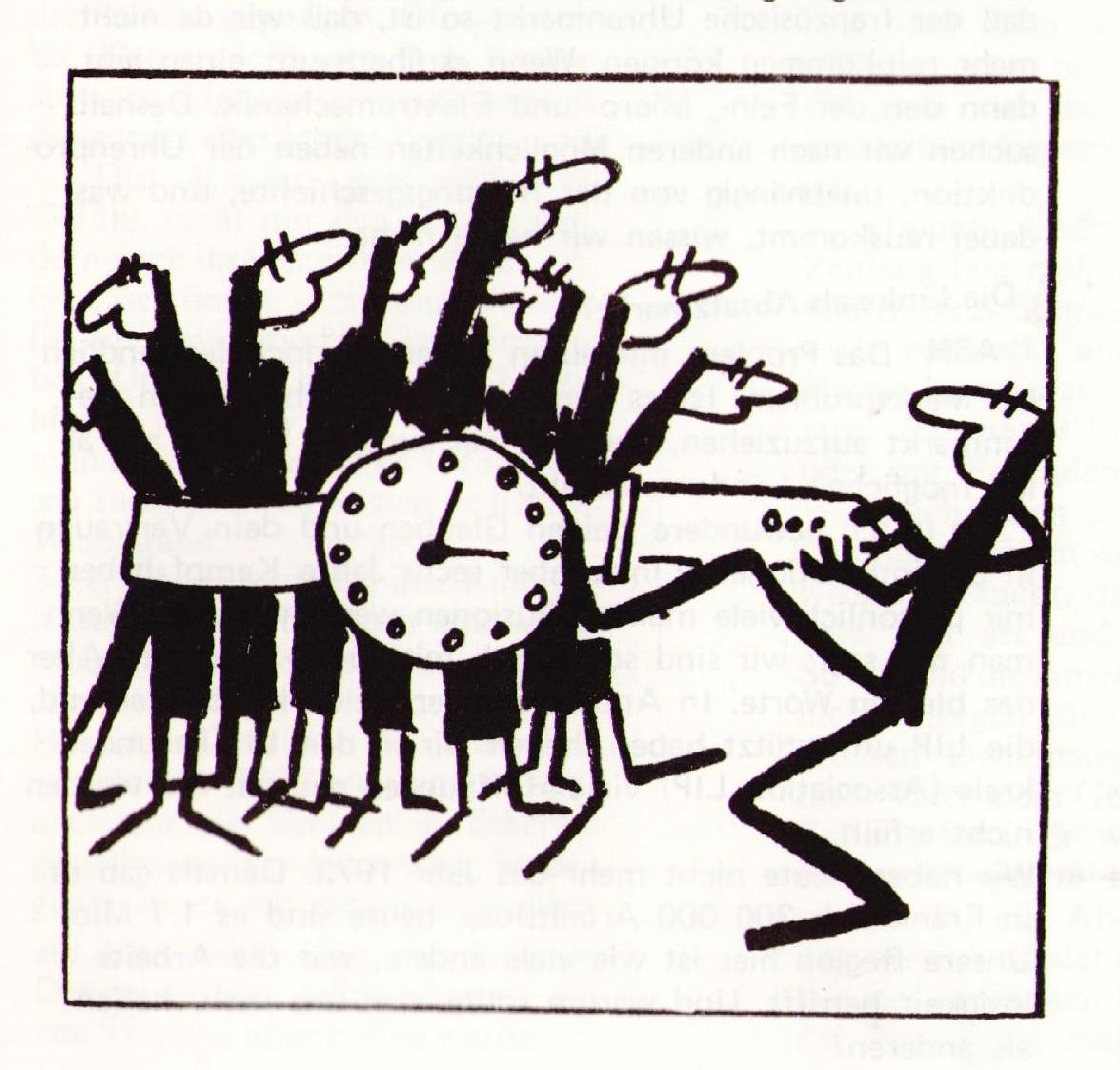
WAFFEN PRODUZIEREN BEI LIP ??

LIP: Das Problem der Waffenproduktion in LIP ist groß: Wir produzierten schon seit langer Zeit Waffen, seit dem ersten Weltkrieg. Und LIP hat immer Waffen produziert, selbst zum Zeitpunkt des ersten Konflikts (Besetzung) 1973. Dabei darf man nicht vergessen, daß der Kampf von LIP immer in erster Linie ein Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze war.

Damals hat sich unser Kampf mit vielen anderen Bewegungen getroffen, z.B. mit pazifizistischen, antimilitaristischen, wie zum Beispiel der im Larzac. In dem Zusammenhang haben wir uns die Frage nach der Art unserer Produktion, also auch nach der Waffenproduktion gestellt. So nach und nach hat sich bei einigen LIP-Arbeitern der Wunsch nach Einstellung der Waffenproduktion entwickelt. Das war zur Zeit des ersten Konflikts(1973).

Am 26.Juni 1978 haben wir der Regierung einen Sanierungsplan für den Betrieb vorgelegt, und zwar in Form einer Arbeiterproduktionskooperative, bestehend aus den Bereichen Uhrenproduktion, Fein- und Mikromechanik, Uhrengehäuseproduktion und einigen Aktivitäten im medizinischen Bereich. Ein Jahr nach Vorlage dieses Plans teilte uns die Regierung mit, daß man mit der Abteilung Fein- und Mikromechanik einverstanden sei, was die Uhrenproduktion betrifft sei sie anderer Meinung: sie sei zu groß und würde wohl viele Probleme stellen. Wir müßten also diesbezüglich unsere Vorstellungen einschränken, vor allem was den Uhrenexport anbelangt. Dabei darf man jetzt aber nicht vergessen, daß andererseits Pläne unterstützt werden, wie z.B. die der Firma MATRA, die sich in einige Uhrenfirmen eingekauft hat, um so etwas wie einen multinationalen Uhrenkonzern aufzubauen. Sie haben uns gesagt: in Ordnung, ihr könnt weiterhin Uhren produzieren, aber bitte nicht mehr so viele, jetzt gibts nämlich die MATRA.

Zum Dritten, was die Uhrengehäuseproduktion angeht, gibt die Regierung ein kategorisches Nein, obwohl sie ein Jahr zuvor anscheinend damit einverstanden war. Der Grund dafür ist ein Abkommen im Rahmen der internationalen Marktneuaufteilung zwischen Frankreich und einem großen Schweizer Uhrenfabrikanten, der beinhaltete, daß dieser Fabrikant wenige Kilometer von der schweizerischen Grenze entfernt eine Uhrenfabrik baut, die ungefähr 300 Arbeitsplätze schafft. Dadurch war der Bereich Uhrengehäuseproduktion bei LIP zum Scheitern verurteilt. In diesem Bereich hat die Regierung jede Unterstützung abgelehnt. Was den medizinischen Bereich angeht, werde man sehen, wie's bei uns läuft.



Und das heißt für uns erst mal, daß wir, anstatt 300 bis 350 Arbeitsplätze zu erhalten nur noch über eine Produktionskapazität von knapp 200 Arbeitsplätzen verfügen. Das heißt für gut 100 LIP-Arbeiter den Verlust ihres Arbeitsplatzes.

Genau an diesem Punkt hat uns die Regierung Rüstungsaufträge in Aussicht gestellt.

ASH: Die Regierung hat also gesagt, ihr solltet vielleicht Waffen produzieren?

LIP: Die Regierung hat nicht ausdrücklich ja gesagt zu den Rüstungsaufträgen. Sie hat gesagt, man müsse halt mal sehen, was da los ist...

Faktisch produziert LIP zur Zeit keine Waffen, Es ist aber denkbar, daß man darauf zurückkommt, um 30 bis 40 Arbeitsplätze zu retten. Es ist sogar wahrscheinlich. Aber es ist noch nichts sicher. Wir werden niemals fertige Waffen produzieren. Was wir produzieren, sind Einzelteile, Räder oder Hülsen und so.

ASH: Auf der einen Seite erklärt ihr euch solidarisch mit dem antimilitaristischen Kampf im Larzac, auf der anderen Seite produziert ihr für das Militär...

LIP: Sicher. Aber man darf nicht vergessen, daß Frankreich der drittgrößte Waffenlieferant der Welt ist,und bezogen auf die Einwohnerzahl sogar der größte. D.h. die einzige Branche, die in Frankreich gut läuft und Arbeitsplätze schafft, ist die Rüstungsindustrie. Und so gesehen ist das Problem der Waffenproduktion für die Arbeiter von LIP nicht das größte Problem. Das stellt für die engagierten Arbeiter natürlich ein großes Problem das, gerade für die, die sich im Larzac engagieren, aber für die gesamte Belegschaft ist das nicht das große Problem.

ASH: Also, Arbeit ist Arbeit, egal was?

LIP: Ja, inklusive Waffenproduktion. Aber im Gegensatz zu 1973, wo die engagierten Kollegen Angst hatten, diese Frage offen zu stellen, stellt sie sich heute ganz frontal. Unter den engagierten Arbeitern gibt es auch heute noch eine Minderheit, die über dieses Thema lieber nicht sprechen will, aber im Großen und Ganzen wird heute darüber geredet.

ASH: Wieviele Arbeitsplätze würde denn die Rüstungsproduktion schaffen?

LIP: 60 bis 70, nicht mehr, und wir sind heute 350 Arbeiter. — Was die Rüstungsaufträge betrifft: ich glaub da nicht dran. Ich kann mir schlecht vorstellen, daß eine rechte Regierung den LIPs staatliche Aufträge anvertraut. Sie sind uns gegenüber schließlich relativ mißtrauisch, sie haben uns genau im Auge. Ich habe da nichts dagegen, aber ich glaub's nicht.

ASH: Es gibt da noch eine andere Geschichte: Francois hat mir erzählt, daß ihr eine Lizenz haben könnt, daß ihr Kredite haben könnt, aber das nur unter Bedingungen, daß ihr einige eurer Leute vor die Tür setzt.

LIP: Ich war persönlich nicht bei der Unterredung mit der Regierung, aber meine Genossen haben mir erzählt, über was dort geredet wurde.

ASH Waren das alles Gewerkschafter?

LIP Das waren Vertreter der Kooperative, des Betriebsausschusses, ein Vertreter der CFDT und außerdem ein Vertreter der Gesamtmetall der CFDT. Und natürlich verschiedene Vertreter der Ministerien.

Die Regierung war noch nie so stark

Unsere Leute haben das Gefühl gehabt, obwohl es nicht klar war, daß die LIP-Akten neu aufgeschlagen werden sollten und daß die Regierung womöglich bereit ist, eine finanzielle Unterstützung zu geben, allerdings nicht bedingungslos. Wenn man weiß, daß auf lokaler Ebene der Präfekt (bevollmächtigter Abgesandter der Pariser Regierung) wei-

terhin gegen eine reguläre Neueröffnung von LIP ist, daß die gesamte Arbeitgeberschaft gegen jegliche Hilfe für LIP ist, und wenn man sich nichts vormacht, daß wir nämlich in einem Frankreich mit einer von Rechten geführten Regierung leben, die nie so stark war wie heute, und das wohl noch für einige Jahre, wegen der Wahlniederlage der Vereinigten Linken im März 1978...

ASH Der Präfekt von hier ist also gegen alles, was euch betrifft?

LIP Ja, und wenn hier was passiert, dann nur dadurch, daß es massiven Druck von außen gibt. Der Präfekt hat ganz offen gesagt, daß er gegen eine Wiedereröffnung von LIP ist. So gesehen, hatten unsere Delegierten den Eindruck, daß es eine ganze Reihe von politischen Auflagen geben wird. Die erste war einerseits der Auszug von LIP aus Palente (einem Stadtteil von Besancon), auf der anderen Seite haben wir sehr genau registriert, daß es eine Bereitschaft gibt, LIP wieder aufzubauen, aber nicht in Palente.

ASH Ich will nochmal auf den Punkt mit der Rüstungsproduktion zurückkommen: unser Betrieb, die ASH in Frankfurt, verkauft seit einiger Zeit LIP-Uhren. Uhren sind zwar keine Waffen, aber sie werden vielleicht einmal hergestellt werden in einem Betrieb, in dem auch für die Rüstung produziert wird. Wir würden wahrscheinlich ziemlich große Schwierigkeiten haben, eure Uhren weiterhin zu verkaufen...

LIP Paß mal auf: ob in Deutschland, in Frankreich oder in den Vereinigten Staaten, es gibt momentan ein riesiges Rennen um die Produktion von Waffen. Warum? Weil die Waffenproduktion viel Geld einbringt. Und egal ob bei euch oder bei uns, es gibt nur eine kleine Minderheit, die sich gegen die Rüstung stellt. Leider. Und hier wie dort ist die Regierung von einer Mehrheit gewählt worden und die entscheidet eben. Und unter anderem entscheidet sie sich für die Waffenproduktion.
Ich akzeptiere, wenn du da LIP kritisierst. Aber: wer ist denn LIP? LIP ist verglichen mit der französischen Bevölkerung nichts. Wir sind nur ein kleiner Betrieb, der vielleicht mal Waffen produziert. Ich kenne aber Gewerkschafter, die in großen Betrieben arbeiten, die ausschließlich für die Rüstung produzieren. Und die sagen sowieso nichts dagegen, weil sie sonst ihren Arbeitsplatz verlieren und die Kollegen denken, er wolle ihnen ihre Arbeit wegnehmen.

ASH Ihr habt jetzt sechs Jahre gekämpft...

LIP Einverstanden. Und wir haben die ganze Zeit über nach anderen Produkten gesucht: wir haben aus Rüstungsteilen Wecker produziert, unsere Versuche im medizinischen Bereich, wir haben im Auftrag die Atomkraft-Nein-Danke-Uhr produziert, aber leider entscheiden nicht wir unsere Produktion, sondern die Regierung. Unser Problem ist die Erhaltung unserer Arbeitsplätze. Und wenn du sagst: wir produzieren nie mehr Waffen, dann bleibst du zwar stolz und standhaft, aber du verhungerst. Ich weiß, daß diese Ideen im ganzen Volk verankert sein müßten, aber im Moment geht es darum, Arbeit zu haben, um zu fressen. Und warum hat sich wohl die Mehrheit der Belegschaft für die Waffenproduktion ausgesprochen? Doch nicht, weil sie Spaß daran haben, sondern um fressen zu können.

ASH Waffenproduktion ist doch aber keine Lösung für Probleme wie Arbeitslosigkeit, Militarismus etc...

LIP Okay, okay! Aber wenn du zwei, drei Jahre nach anderen Produktionsmöglichkeiten suchst und merkst, daß du damit nicht durchkommst, dann gibt es nur eine Sache momentan, die Erfolg hat: Waffenproduktion. Entweder läßt du 50 Freunde fallen, oder du sagst: egal wie, wir bleiben zusammen und führen unseren Kampf weiter.

ASH Wenn ihr euch auf Waffenproduktion einlaßt, dann seid ihr total abhängig vom Staat.

LIP Sicher, dann sind wir ausgeliefert, mehr noch als bisher. Deswegen bin ich auch dagegen. Das ist ein großer Widerspruch.

ASH Könnt ihr eure Maschinen nicht auf eine andere Produktion umstellen?

LIP Sicher, sehr gut sogar. Nur dabei ist das Problem, daß wir nicht genügend Techniker haben, viele sind uns damals davongelaufen. Rüstungsproduktion ist ja auch keine schöne Arbeit. Sehr grob, Serienproduktion. Wir haben aber heute in LIP viele ungelernte Arbeiter. Also müßten wir bei einer anderen Produktion Techniker von außen einstellen. Das würde aber nicht unbedingt bedeuten, daß dann alle Ungelernten hier weiterarbeiten könnten. Das würde allerdings die betriebsinternen Spannungen noch verschärfen, da man, statt innerhalb genügend Arbeitsplätze zu schaffen jetzt auch noch Leute von außen einstellt.

ASH Was denken denn eure Gewerkschaften darüber?

LIP Meinst du die Waffenproduktion? Die Gewerkschaften kümmern sich in erster Linie um den Erhalt der Arbeitsplätze. Soweit ich weiß, hat sich die CGT das Problem der Rüstungsproduktion nie gestellt. Innerhalb der CFDT schon, da gibt es einen Anfang, aber nur sehr, sehr langsam, die Waffenproduktion auf nationaler Ebene in Frage zu stellen, insbesondere was den Waffenexport betrifft.

„Wir sind auf dem technischen Niveau von 1972"

ASH Eure Uhrenproduktion reicht nicht aus, um euch zu bezahlen?

LIP Wenn LIP wieder auf die Beine kommen sollte, ist die Uhrenproduktion nur eine unter anderen. Seit vier, fünf Jahren hat LIP seine Marktstellung verloren und in der Zwischenzeit haben Amerikaner und Japaner diese Marktstellung eingenommen. Wir verkaufen heute, und das auch nur über den militanten Verkauf, ungefähr ein Fünftel der Uhren, die wir vor dem Konflikt normal verkauft haben. Wir sind heute auf dem technischen Niveau von 1972, insbesondere, was die elektronischen und Quarzuhren angeht. Wir sind also in dieser Hinsicht völlig draußen.

ASH Das liegt aber daran, daß ihr die finanziellen Mittel nicht habt.

LIP Ja. Wir sind nicht in der Lage, wie früher ein Forschungslabor zu unterhalten. Man muß ganz realistisch sehen, daß der französische Uhrenmarkt so ist, daß wir da nicht mehr reinkommen können. Wenn es überhaupt einen gibt, dann den der Fein-, Micro- und Elektromechanik. Deshalb suchen wir nach anderen Möglichkeiten neben der Uhrenproduktion, unabhängig von der Rüstungsgeschichte, und was dabei rauskommt, wissen wir heute nicht.

Die Linke als Absatzmarkt?

ASH Das Problem mit euren Uhren ist doch letztendlich ein Marktproblem. Ist es denn nicht vorstellbar, einen Gegenmarkt aufzuziehen, der erst mal aus den Linken aus allen möglichen Ländern besteht?

LIP Ich bewundere deinen Glauben und dein Vertrauen in die internationale Linke, aber sechs Jahre Kampf haben mir persönlich viele meiner Illusionen weggenommen. Wenn man mir sagt: wir sind solidarisch mit euch - sehr gut. Aber das bleiben Worte. In Anbetracht der vielen hunderttausend, die LIP unterstützt haben, haben wir in den LIP-Freundeskreis (Association LIP) viele Hoffnungen gesetzt. Sie wurden nicht erfüllt.
Wir haben heute nicht mehr das Jahr 1973. Damals gab es in Frankreich 300 000 Arbeitslose, heute sind es 1.7 Mio. Unsere Region hier ist wie viele andere, was die Arbeitslosigkeit betrifft. Und warum sollte man uns mehr helfen als anderen?



KINDER IM IRAN

Über 60% aller Iraner sind unter 20 Jahre alt. Terry Povey von der englischen Zeitschrift „Middle East" (Nr. 59, September 1979) hat sich in Teheran nach der Situation der Kinder und Schüler umgesehen. Was ist aus den patriarchalischen Familienstrukturen, was aus der autoritären Erziehung in den Schulen geworden? Welche Erfahrungen haben die Kinder im letzten Jahr gemacht?

Vor der Revolution waren die starren Familienstrukturen ein Hauptmerkmal der iranischen Gesellschaft - und je ärmer die Familie war, desto stärker waren diese Bande. Ähnliche Verhältnisse herrschten in den Schulen: Autoritäre Lehrer verlangten unbedingten Gehorsam; der Unterricht bestand aus mechanischem Auswendiglernen.

Jetzt ist es anders. Eine neue Jugend ist aufgetaucht, die bereit ist, Eltern und Lehrer herauszufordern. Denn die braven Schulkinder von einst sind während des letzten Jahres tagsüber und nachts auf die Strasse gegangen. Oft wussten die Eltern nicht, wo ihre Kinder steckten. Manchmal verschwanden diese trotz elterlichem Verbot.

Die Kinder geniessen das Gefühl, nicht nur den Schah, sondern auch ihre Eltern besiegt zu haben. Sie können sich damit brüsten, für die Revolution gekämpft zu haben. Und wenn sie von den Eltern hören, jetzt sei alles vorbei und man müsse zu den alten Verhältnissen zurückkehren, leisten sie harten Widerstand.

Sie erzählen gern über ihre Rolle im Kampf und haben sich eine klare Meinung darüber gebildet, auf welcher Seite sie stehen. Der 16jährige Hamid schloss sich den Kämpfen im Oktober 1978 an, wenige Tage, nachdem die Schulen in Teheran geschlossen worden waren. Es begann, als er mit einigen Freunden zur Universität ging, um an einer Demonstration teilzunehmen, die von Truppen angegriffen wurde.

«Wir waren eine grosse Menschenmenge ausserhalb der geschlossenen Universität. Es gelang uns, die Türen aufzubrechen, aber als wir hineingingen, eröffneten die Soldaten das Feuer. 73 Studenten wurden an diesem Tag getötet. Wir rannten weg, aber wir waren so wütend, dass wir auf unserem Weg Banken und teure Geschäfte angriffen. Am nächsten Tag kamen wir wieder, diesmal ein wenig besser ausgerüstet. Viele hatten Wurfgeschosse, einige sogar Molotowcocktails.»

Von nun an ging Hamid an viele Demonstrationen, und als sich die Kämpfe verschärften, meldete er sich für ein Training in einem Luftwaffenstützpunkt. «Sie gaben mir ein Gewehr und hiessen mich auf die Rückspiegel von Tanks schiessen. Jemand erklärte mir, wie ich das Gewehr benutzen sollte, aber ich glaube nicht, dass ich etwas traf. Wir waren eine ganze Menge, die zur gleichen Zeit schossen.» Als die Kämpfe vorbei waren, wurde Hamid ein «Wächter der Revolution» in seinem Quartier. «Ich blieb so lange bei den «Wächtern», bis die religiösen Gruppen auf die Linken Druck auszuüben begannen, dann ging ich.»

Hamids Eltern wussten eine Zeitlang fast nichts über die Aktivitäten ihres Sohnes. «Wenn ich jeweils verdreckt und verletzt nach Hause kam, sagte ich meinen Eltern, ich hätte Fussball gespielt oder mit Freunden herumgerauft. Wenn ich ihnen die Wahrheit gesagt hätte, hätten sie mir nur zu beweisen versucht, dass das vergeudete Zeit sei und dass wir den Schah und die Amerikaner ohnehin nicht besiegen könnten. Nach einer grossen Demonstration bemerkte mein Vater mein Gesicht auf einem Zeitungsfoto. Er wurde sehr wütend und sperrte mich für einen ganzen Tag ein. Aber am nächsten Tag war ich wieder auf der Strasse. Als wir gewonnen hatten, änderte die Einstellung meines Vaters für eine Weile. Er erzählte allen Freunden, sein Sohn sei einer von den Freiheitskämpfern und jetzt sei er ein «Wächter der Revolution». Aber weil er weiss, dass ich mit den Linken sympathisiere, wollte er mir kürzlich wieder verbieten, das Haus zu verlassen. Doch er weiss, dass das zwecklos ist.»

Dieselbe Geschichte in Hamids Schule. Die Lehrer versuchen mit wenig Erfolg, zur alten Routine zurückzufinden. «Unmittelbar nach der Revolution war alles sehr frei. Wir konnten mit den Lehrern offen über Politik reden. Jetzt hat sich das Klima wieder abgekühlt, und aus der Sicht der meisten Lehrer ist alles wieder normal. Aber in Wirklichkeit akzeptieren wir das nicht. Wenn sie uns zum Beispiel nicht an eine Demonstration gehen lassen, klettern wir einfach über die Mauer. Wir haben Löcher in den Stacheldraht geschnitten, so geht das ganz leicht.»

Parvin war 6 Jahre alt, als die Kämpfe begannen. Sie war noch im Kindergarten, aber sogar hier waren die Auswirkungen der Revolution fühlbar. «Zuerst wussten wir nichts. Wenn wir jemanden nicht mochten oder jemand schlecht mit uns war, nannten wir ihn «Schah». Jetzt finden fast alle den Imam gut. Jemand nennt Khomeini einen Kommunisten. Ein anderes Kind sagt, es selbst sei Kommunist, und deshalb sei es gegen den Imam. Aber die meisten von uns sind für Khomeini.»

Parvin ist in einer gemischten Schule und sie möchte es gerne so beibehalten. «Seit der Revolution machen wir Spiele, Knaben gegen Mädchen. Wir haben zwei Seiten, Amerika und Palästina. Wenn uns die Knaben zwingen, Amerika zu sein, sagen wir ihnen, dass der Schah ein Mann ist — und so müssen sie den Schah spielen. Bei den Kämpfen finde ich es am besten, wenn wir gewinnen.»

Aber die Auswirkungen der Revolution gehen tiefer als nur bis zu neuen Spielen. Parvin und ihre Mitschüler schreiben und verteilen ihre eigenen Flugblätter. «Einige von uns kommen zusammen und schreiben ein Flugblatt, dann schreibt es jeder ein paar mal ab und dann verteilen wir es in der Umgebung der Schule. Als die Fedayin eine Demonstration verschieben mussten, schrieben wir dafür eine Entschuldigung.

Als die Schüler für Ayatollah Taleghani demonstrierten, waren auch Parvin und ihre Mitschüler beteiligt. «Wir machten eine Demonstration auf dem Pausenplatz und schrien: 'Khomeini ist der Leader, aber Taleghani bedeutet uns mehr'».

Postvertriebsstück *Nr. 311* **Nummer des Abos** **bez. bis ID Nr.** **Exempl.**

Gebühr bezahlt

D 1870 CX

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

INHALTSVERZEICHNIS

UND AUF DIESER SEITE IST EINE BILDERDIENST-MITTEILUNG !

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: *Waldemar Schindowski*

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr
ID-Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte) :	**30.– DM**
Halbjahr (24 Heftte) :	**60.– DM**
Jahresabo (48 Hefte) :	**120.– DM**

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das **Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).**
Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.
Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.
KEIN GELD AUF'M KONTO, KEIN ID IM KASTEN!

NEUES VOM BILDERDIENST

1. Neue Bilder vom besetzten Damm im Taunus, die Leute haben sich auf den Winter eingerichtet.

2. Zimbabwe-Seminar in Bonn am 1. und 2. Dezember 79, ein Foto von Simba Makoni, dem Zanu Vertreter für die BRD, Österreich, Schweiz, Italien, Griechenland.

3. Am Samstag, dem 1.12.79 gab's in Frankfurt eine Demo gegen Wohnraumzerstörung. (Die üblichen Demobilder als Erinnerung für die, die daran teilgenommen haben)

4. Fotos von Tipis (Indianerzelte) mit denen Leute in Deutschland unterwegs sind. Die wohnen da wirklich drin.

Bestellen könnt ihr beim ID-Bilderdienst, Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90

oder anrufen: 0611/70 43 52